

Jugendpolitisch **GEPRÜFT**

**Analysen
Diskussionen
Forderungen**

m

materialien für jugendarbeit und jugendpolitik

Zu der Autorin und den Autoren

Thomas Castens, Dipl.–Politikwissenschaftler, Referent des Landesjugendringes Niedersachsen e.V.

Beate Frey, Dipl.–Sozialwirtin, Referentin des Landesjugendringes Niedersachsen e.V.

Manfred Neubauer, Jugendpolitischer Referent der AEJN, Vorstandssprecher des Landesjugendringes Niedersachsen e.V.

Hans Schwab, Geschäftsführer des Landesjugendringes Niedersachsen e.V.

Impressum

Herausgeber:

Landesjugendring Niedersachsen e.V.
Maschstraße 24 • 30169 Hannover
Tel: 05 11 / 80 50 55 • Fax: 05 11 / 80 50 57

Autorin und Autoren:

Thomas Castens, Beate Frey, Manfred Neubauer, Hans Schwab

Redaktion:

Beate Frey

Satz und Lektorat:

Ute Rogat

Layout und Gestaltung:

s•form, Laatzen

Druck:

Buchdruckwerkstätten Hannover GmbH

1. Auflage: 1.500

Hannover • Mai 1994

Inhalt

<i>Zu der Autorin und den Autoren</i>	2
<i>Vorwort</i>	4
 <i>Erwartungen der Jugendverbände an die neue Landesregierung</i>	5
 <i>Positionspapier „Sozial- und Jugendpolitik: Statt Um- und Abbau antizyklische Ausweitung!“</i>	13
 <i>Soziales Engagement in der Jugendhilfe Jugendverbandsarbeit: Fachlichkeit im Ehrenamt oder als Profession?</i>	20
 <i>Entwicklung und Ausbau der (jugend-) politischen Handlungsfähigkeit vor Ort</i>	27
 <i>Jugendhilfeplanung als Arbeitsfeld für die Jugendverbände</i>	33
 <i>Das Programm „Strukturschwache Gebiete“ Stationen und Perspektiven regionaler Jugendarbeit in Niedersachsen</i>	39
 <i>Die Situation von Mädchen und Frauen in Mitgliedsverbänden des Landesjugendringes Niedersachsen</i>	42
 <i>Eine geschlechtsspezifische Entwicklung der Jugendarbeit erfordert auch eine eigenständige Jungenarbeit</i>	49
 <i>Kinder in unserer Gesellschaft Diskussionspapier zur Kinderpolitik</i>	56
 <i>Rechtsextremismus: Jugendverbände als Orte der Prävention und Integration</i>	63
 <i>Gedenkstätte Bergen-Belsen: Jugendliche arbeiten auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers</i>	71
 <i>Ergebnisse der Jugendhilfestatistik 1992 Eine beeindruckende Leistungsbilanz der Jugendarbeit</i>	74
<i>Veröffentlichungen des Landesjugendringes Niedersachsen e.V.</i>	78

Vorwort


Der Landesjugendring Niedersachsen legt hiermit eine Textsammlung mit den wichtigsten und derzeit aktuellen Themen zur Jugendarbeit und Jugendpolitik vor. Aktueller Anlaß sind die Neukonstituierung des Niedersächsischen Landtages nach der Wahl vom 13. März dieses Jahres und die Diskussion um das zukünftige Regierungsprogramm. Um der Jugendarbeit zu einem inhaltlich und förderungspolitisch angemessenen Stellenwert in der neuen Landesregierung zu verhelfen, ist ein fortlaufender Diskussionsprozeß notwendig, dem sich der Landesjugendring erneut offensiv stellt. In diesem Sinne ist die vorliegende Broschüre als Herausforderung zu betrachten, mit deren Inhalten sich die Verantwortlichen aus der Politik auseinandersetzen sollten, wenn sie Entscheidungshilfen suchen.

Der Landesjugendring bezieht Stellung: mit einem einleitenden Text, in dem die Erwartungen an die neue Landesregierung formuliert sind, mit einem Beschluß der Vollversammlung vom 05. März 1994 zur Sozial- und Jugendpolitik sowie einer Reihe von Texten, die die eingangs erhobenen Forderungen inhaltlich ausführlicher erörtern. Die Texte sind aus verschiedenen Diskussionszusammenhängen des Landesjugendringes entstanden. Sie sind insofern stilistisch unterschiedlich und spiegeln einige der inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte der Verfasser-in wider.

Der Landesjugendring und seine Mitgliedsverbände verbinden mit der vorliegenden Positionsbeschreibung die Erwartung, daß die neue niedersächsische Landesregierung Stellung zur Weiterentwicklung der Jugendarbeit und Jugendpolitik in Niedersachsen bezieht.

Abgesehen von dem aktuellen Bezug dokumentiert die Broschüre Probleme und Perspektiven grundlegender Art, die sich in Jugendarbeit und Jugendpolitik derzeit stellen und an denen der Landesjugendring arbeitet. Insofern stellt sie Materialien, Anregungen und Modelle zur Verfügung, die auch über Niedersachsens Grenzen hinaus Bedeutung bekommen können.

Hannover, im Mai 1994



Manfred Neubauer

Vorstandssprecher des Landesjugendringes Niedersachsen e.V.

Erwartungen der Jugendverbände an die neue Landesregierung



- Zukunft der Jugendarbeit
- Zukunft der Jugend
- Zukunft der Gesellschaft

Notwendigkeiten auf dem Weg ins Jahr 2.000

- ❶ Förderung der Arbeit von Ehrenamtlichen
1,5 Mio.
- ❷ Förderung der jugendpolitischen Interessenvertretung
0,5 Mio.
- ❸ Förderung von Maßnahmen mit Kindern
0,5 Mio.

und nicht zuletzt

- ☆ Ausbau der Förderung von Bildungsmaßnahmen, in einem ersten Schritt
0,5 Mio.

**Was ist uns die Zukunft der
Gesellschaft wert?**



Erwartungen der Jugendverbände an die neue Landesregierung

In diesem Sinne wendet sich der Landesjugendring Nds. hiermit an die neue Landesregierung, um nachdrücklich auf die Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen aufmerksam zu machen

In vielen Bereichen ist die Jugendarbeit mit direkten und indirekten Sparmaßnahmen konfrontiert: Haushaltsmittel werden insbesondere auf der kommunalen Ebene zusammengestrichen, Bildungsstätten erhöhen ihre Tagessätze und Ausfallgebühren, für immer mehr Kinder und Jugendliche bzw. deren Eltern wird es schwierig, Teilnahmebeiträge für Maßnahmen der Jugendarbeit aufzubringen usw. Gerade in Zeiten angespannter Haushaltslagen ist es aber zwingend geboten, die fachliche- und nicht etwa die finanztechnische - Diskussion zu jugendpolitischen Fragen in den Mittelpunkt zu stellen und dabei die öffentliche und ggf. auch die juristische Auseinandersetzung zu suchen. Als Ziel muß dabei die Entwicklung von fachlich notwendigen Konzepten vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung mit der sozialpolitischen Alltagswirklichkeit vieler Menschen verfolgt werden.

In diesem Sinne wendet sich der Landesjugendring Nds. hiermit an die neue Landesregierung, um nachdrücklich auf die Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen aufmerksam zu machen, damit zusammenhängende Probleme zu benennen, Möglichkeiten der Jugendarbeit aufzuzeigen sowie notwendige und richtungsweisende förderungspolitische Maßnahmen einzufordern.

Zur Lebensrealität von Kindern und Jugendlichen:

Dabei sind es gerade die Kinder- und Jugendlichen, und insbesondere die Mädchen und jungen Frauen, die in immer höherem Maß zu den Verlierer-inne-n dieser Umbruchsituation gehören.

Die heutige Lebenssituation Jugendlicher ist gekennzeichnet durch gravierende gesellschaftliche Wandlungsprozesse: Rezession und Massenarbeitslosigkeit, ungelöste Probleme der deutschen Einheit, Um- und Abbau sozialstaatlicher Leistungen, Wohnungsnot sind zentrale Schlagworte, die die Entwicklung der jüngsten Zeit skizzieren.

Fünf bis sechs Millionen Menschen sind im Bundesgebiet arbeitslos, wenn man zu den offiziell registrierten diejenigen hinzuzählt, die sich in Warteschleifen befinden. Gleichzeitig wurden Lohnersatzleistungen und andere Unterstützungen empfindlich gekürzt. Angesichts von 2,5 Mio fehlenden Wohnungen und zum Teil explodierenden Mieten spitzt sich die Situation für immer mehr Menschen drastisch zu. Dabei sind es gerade die Kinder- und Jugendlichen, und insbesondere die Mädchen und jungen Frauen, die in immer höherem Maß zu den Verlierer-inne-n dieser Umbruchsituation gehören. Schon heute sind mehr als 40% der Sozialhilfeempfänger-innen jünger als 25 Jahre, oder anders herum formuliert: rund 10% aller unter 15jährigen leben von der Sozialhilfe. Ca. 500.000 Kinder leben derzeit in Obdachlosenunterkünften. Im Augenblick leben 1,8 Mio. Kinder in Familien, in denen Vater und/oder Mutter arbeitslos sind. Dies betrifft insbesondere Kinder von alleinerziehenden Elternteilen, und das sind überwiegend Frauen.

Die gesellschaftliche Umbruchsituation wirkt sich nachhaltig auf die Sozialisationsbedingungen von Kindern und Jugendlichen aus. Zusätzlich zu den sozialen Problemen ist die Jugendphase heute in weitaus stärkerem Maß als früher durch Prozesse der Individualisierung und Pluralisierung der Lebenslagen geprägt. Die Auflösung traditioneller sozialer Milieus und sozialer Bindungen, Veränderungen in den Geschlechterrollen und unsichere Zukunftsaussichten bedeuten für viele Mädchen/junge Frauen und Jungen/junge Männer Angst und Orientierungsschwierigkeiten. Wenn eine solche gesellschaftliche Konstellation zu extremistischen Handlungen führt, kann es kaum noch ein deutlicheres Indiz dafür geben, daß die materiellen und psychosozialen Bedürfnisse junger Menschen endlich einen nachhaltigen Niederschlag in politischen Entscheidungen finden müssen.

Vor diesem Hintergrund ist es zwingend geboten, die Handlungsmöglichkeiten der Jugendarbeit zu stärken. Die Jugendarbeit muß in die Lage versetzt werden, auf die neuen und höheren Anforderungen an die Qualität ihrer Angebote und die Qualifikation ihrer ehren- und hauptamtlichen Kräfte angemessen reagieren zu können. Weiterhin müssen wirksamere politische Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche geschaffen werden, ihre Wünsche und Bedürfnisse müssen sich in nachvollziehbaren politischen Entscheidungen wiederfinden.

Die gesellschaftliche Umbruchsituation wirkt sich nachhaltig auf die Sozialisationsbedingungen von Kindern und Jugendlichen aus.

Vor diesem Hintergrund ist es zwingend geboten, die Handlungsmöglichkeiten der Jugendarbeit zu stärken.

Zur Funktion der Jugendverbandsarbeit:

Den oben genannten Anforderungen an Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten kommen gerade die Jugendverbände schon jetzt in besonderer Weise nach. Jugendverbände eröffnen aufgrund ihrer Organisationsform und Struktur Kindern und Jugendlichen grundsätzliche Gestaltungsmöglichkeiten des Verbandsgeschehens. Sie bieten darüber hinaus soziale Heimat, Möglichkeiten zur Selbstorganisation, Gleichaltrigen-Erziehung, Gemeinschaft und Solidarität. Sie sind insofern nicht nur als Lern-, sondern auch als Lebensorte zu beschreiben. Unterschiedliche verbandsspezifische Ausprägungen ermöglichen Jugendlichen, sich zuzuordnen: konfessionelle, humanitäre, gewerkschaftliche, politische, auf den ländlichen Raum bezogene, naturbezogene, kulturbezogene oder auf das Geschlecht bezogene Angebote der jeweiligen Verbände stehen für das Prinzip der Pluralität der Träger, das nicht zuletzt durch ausdifferenzierte und sich weiter ausdifferenzierende Jugendkulturen seine Legitimation bezieht.

Gemeinsame Kennzeichen der Jugendverbände sind die Ehrenamtlichkeit, die Selbstorganisation, die freiwillige Teilnahme, die Flexibilität in Angeboten, Formen und Inhalten, die Verschränkung von Leben, Lernen und Handeln sowie das Vermeiden von Lehrplan- und Erfolgswängen. Die Inhalte und Methoden der Angebote orientieren sich an den Interessen und Bedürfnissen der Mädchen/jungen Frauen und Jungen/jungen Männern. Insofern spiegeln sich gesellschaftliche Veränderungen und Probleme immer in der Jugendarbeit wider. Die (verbandliche) Jugendarbeit kann allerdings nicht als „Reparaturinstanz“ für politische Fehlentscheidungen herhalten.

Jugendverbände nehmen darüber hinaus die politische Interessenvertretung von und für Kinder und Jugendliche wahr. Als Form der

Die Inhalte und Methoden der Angebote orientieren sich an den Interessen und Bedürfnissen der Mädchen/jungen Frauen und Jungen/jungen Männern.



Jugendverbände initiieren, fördern und begleiten solche Mitgestaltungsprozesse.

Politikerinnen und Politiker sollten auf die authentischen Erfahrungen der Jugendverbandsvertreter-innen zurückgreifen und deren Kompetenzen in politische Entscheidungen umsetzen.

Interessenvertretung sind insbesondere die Jugendringe als Zusammenschlüsse der Jugendverbände zu nennen. Sie stellen als Kreis-, Stadt-, Gemeinde- oder Samtgemeindejugendringe die bedeutendste Interessenvertretung der Kinder- und Jugendarbeit dar und sind deshalb als Partner in der (Jugend)politik auf kommunaler Ebene ernst zu nehmen. Weitere Formen sind die Mitwirkung in Jugendhilfeausschüssen, in den nach dem AGKJHG zu bildenden Jugendausschüssen auf Gemeindeebene und die Beteiligung bei der Jugendhilfeplanung. Jugendpolitik ist als Querschnittsaufgabe zu verstehen, die neben dem Ressort „Jugend“ sowohl die Bereiche Stadtplanung, Verkehrspolitik, Umwelt, Gesundheit, Soziales und Gleichstellung der Geschlechter berührt. Jugendverbände initiieren, fördern und begleiten solche Mitgestaltungsprozesse. Politikerinnen und Politiker sollten auf die authentischen Erfahrungen der Jugendverbandsvertreter-innen zurückgreifen und deren Kompetenzen in politische Entscheidungen umsetzen. Jugendverbände und Jugendringe sollten von Politiker-inne-n als ständige wichtige Ansprechpartner-innen gesucht werden.

Zu den bisherigen Förderungsschwerpunkten der Jugendarbeit in Niedersachsen:

Alle bisherigen Förderungsbereiche haben sich bewährt, und der Landesjugendring erwartet deshalb, daß sie fortgesetzt und ausgebaut werden.

Das bedeutet insbesondere den Ausbau der Regelförderung.

Das Land Niedersachsen hat durch seine bisherige Förderpraxis die Arbeit der Jugendverbände auf breiter Ebene unterstützt und damit ihren gesellschaftlichen Stellenwert anerkannt. Die Schwerpunkte der Förderung sind aus Sicht des Landesjugendringes richtig gesetzt, weil sie bislang die Arbeit der Verbände vom Grundsatz her ermöglichen und in einzelnen Bereichen (Programm Strukturschwache Gebiete, Modellprojekt „Mädchen in der Jugendarbeit“, Förderung verbandlicher Bildungsstätten) akzentuieren. Die Mittel wurden zweckgemäß verwendet und haben dazu geführt, daß eine breite Palette von Bildungsmaßnahmen, Freizeit- und Erholungsmaßnahmen angeboten und nachgefragt wird. Internationale Begegnungen gehören zum festen Bestandteil verbandlicher Bildungskonzepte. Diesen Maßnahmen kommt angesichts gestiegener Fremdenfeindlichkeit eine besondere Bedeutung zu. Die Förderung von Jugendbildungsreferent-inn-en ist zur Unterstützung ehrenamtlicher Strukturen unerlässlich geworden. Die Mittel für verbandliche Bildungsstätten liefern einen Beitrag zum Erhalt deren baulicher Substanz. Das Programm Strukturschwache Gebiete besteht mittlerweile seit 16 Jahren und hat maßgeblich dazu beigetragen, daß Strukturen der Jugendarbeit in der Region geschaffen und erhalten bleiben konnten. Das Modellprojekt „Mädchen in der Jugendarbeit“ besteht seit gut zwei Jahren und kann bereits auf einen umfangreichen Mädchenspezifischen Maßnahmenkatalog zurückblicken. Alle bisherigen Förderungsbereiche haben sich bewährt, und der Landesjugendring erwartet deshalb, daß sie fortgesetzt und ausgebaut werden. Das bedeutet insbesondere den Ausbau der Regelförderung, da z.B. die Steigerungsraten für Bildungsmittel seit ca. 10 Jahren weit hinter der Kostenentwicklung zurückgeblieben sind. Dieses Problem wird für die Jugendverbände immer drängender, weil es mit den zur Verfügung stehenden Mitteln kaum weiter möglich ist, ihre Bildungsangebote in bisherigem Umfang und auf qualitativ hohem Standard aufrechtzuerhalten.

Zu Defiziten der Förderpolitik:

Abgesehen von der Notwendigkeit, die Regelförderung auszubauen, sind durch die Entwicklungen der letzten Zeit weitere Defizite erkennbar geworden, bei denen der Einstieg in die Förderung den präventiven Charakter der Jugendarbeit unterstützen würde. Insbesondere in folgenden drei Punkten sollte die Landesförderung gemessen an aktuellen Erfordernissen ausgebaut werden:

Seit knapp drei Jahren hat der Landesjugendring mit seiner „Kampagne E“ auf die Probleme Ehrenamtlicher in der Jugendarbeit aufmerksam gemacht und fordert seitdem Verbesserungen der Rahmenbedingungen für ihre Arbeit. Mit der einstimmigen Verabschiedung eines Entschließungsantrags zur besseren Förderung Ehrenamtlicher wurde ein erstes wichtiges politisches Signal in die richtige Richtung gesetzt. Die bisherigen Maßnahmen können nur als Einstieg verstanden werden, weil bei weitem nicht alle Bereiche, die dort als verbesserungswürdig genannt werden, mit den bislang zur Verfügung stehenden Mitteln angemessen umgesetzt werden konnten. Insbesondere ist es noch nicht gelungen, Modelle für die Erstattung der Kosten, die Ehrenamtlichen in Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit entstehen, umzusetzen. Hierzu bedarf es dringend weiterer politischer Unterstützung, die sich nicht in Absichtserklärungen erschöpfen darf, sondern konkrete Verbesserungen für die Situation der Ehrenamtlichen nach sich ziehen müssen. Nur dann ist zu erwarten, daß Politik und ihre Repräsentant-inn-en für junge Frauen und Männer wieder an Glaubwürdigkeit gewinnen.

Der Landesjugendring hält folgendes Modell für geeignet: Es soll ein Haushaltstitel „Förderung der Arbeit von Ehrenamtlichen“ eingerichtet werden. Die darin zur Verfügung stehenden Mittel sollen zweckgebunden für die Förderung Ehrenamtlicher verwendet werden. Sie sollen auf der Basis der Gruppenleiter-innenausweise für jeden Verband berechnet und ihm pauschal zur Verfügung gestellt werden. Es ist dann Sache des jeweiligen Verbandes, zu entscheiden, in welchen Bereichen schwerpunktmäßig die Arbeit seiner Ehrenamtlichen gefördert werden soll. In Frage kommt dabei z.B.: Subventionierung der Aus- und Fortbildung von Jugendgruppenleiter-inne-n in Richtung Kostenneutralität für die Teilnehmer-innen, Sonderveranstaltungen für Ehrenamtliche, in denen die Anerkennung der geleisteten Arbeit zum Ausdruck gebracht wird, Übernahme von Kosten, die bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben entstehen (Porto, Telefon etc.). Dieser Titel im Jugendhaushalt des Landes sollte anfangs mit einem Gesamtvolumen von rund 1,5 Mio DM ausgestattet sein.

Die jugendpolitische Interessenvertretung ist ein Bereich der Jugendarbeit, der durch die gesetzlichen Regelungen des KJHG's und des Nds. AGKJHG's stark an Bedeutung gewonnen hat. Die dort von gesetzgeberischer Seite geschaffenen Mitwirkungsmöglichkeiten für Jugendliche werden seitens des Landesjugendringes und seiner Mitgliedsverbände als richtige Schritte gewertet, um demokratische Willensbildungsprozesse im Interesse und unter direkter Beteiligung der Betroffenen zu installieren. Es ist deshalb erforderlich, der Jugendpolitik einen entsprechenden Stellenwert in der Jugendarbeit zu verschaffen. Erst wenn das gelingt, ist es gewährleistet, daß die gesetzlichen Möglichkeiten eine angemessene Umsetzung erfahren, und erst dann wird es gelingen, Jugendliche mit politischen Entscheidungsprozessen vertraut zu machen und sie zu motivieren, ihre eigenen Interessen zu artikulieren.

I. Förderung der Ehrenamtlichen

Es soll ein Haushaltstitel „Förderung der Arbeit von Ehrenamtlichen“ eingerichtet werden.

1,5 Mio DM

II. Förderung der jugendpolitischen Interessenvertretung



Um ... Jugendpolitik zu einem eigenen und profilierten Arbeitsgebiet der Jugendarbeit entwickeln zu können, ist es erforderlich, für diesen Bereich die Personalstruktur auszubauen, so daß insbesondere die regionale Beratung, die Qualifizierung und Begleitung jugendpolitischer Interessenvertreter-innen gewährleistet werden kann.

0,5 Mio DM

III. Förderung von Maßnahmen mit Kindern

Jugendverbände bieten Kindern ein Lern- und Erfahrungsfeld außerhalb von Elternhaus und Schule, das sie sich zusammen mit Gleichaltrigen erschließen, in dem sie gemeinsam Lebens- und Zukunftsperspektiven entwickeln können.

Die Mitwirkung von Vertreter-inne-n der Jugendarbeit in Ausschüssen nach dem KJHG und dem Nds. AGKJHG erfordert allerdings ein hohes Maß an Qualifikation. Diese sollte gerade der Jugendringarbeit zugute kommen, da in der Regel von dort aus entsprechende Vertretungsaufgaben wahrgenommen werden. Dieser Bereich der Qualifikation und Begleitung der Jugendringe ist in der bisherigen Personalstruktur der Jugendarbeit noch nicht hinreichend berücksichtigt. Der Landesjugendring und seine Mitgliedsverbände sind mit dem Aufbau eines sog. „Beratungs- und Vernetzungskonzeptes für Jugendringe“ in Vorleistungen getreten, um dem gestiegenen Bedarf der Jugendringe an Beratung und Qualifikation in jugendpolitischen Fragen besser gerecht werden zu können. Vorwiegend Bildungsreferent-inn-en der Jugendverbände haben sich dezentral zu 'Beratungsregionen' zusammengeschlossen, um sich selber und die Jugendringe der jeweiligen Region in verbandsübergreifenden Fragestellungen zu qualifizieren. Es zeigt sich allerdings, daß aufgrund großer regionaler Unterschiede in Niedersachsen die flächendeckende Arbeit kaum möglich ist: die Bildungsreferent-inn-en sind regional sehr unterschiedlich verteilt, es gibt Ballungsräume wie Hannover und sehr schwach besetzte Regionen wie die Lüneburger Heide oder das Emsland. In der Regel verhält es sich dabei so, daß gerade dort von Jugendringen verstärkter Beratungsbedarf zu verzeichnen ist oder sich weiße Flecken in der Jugendringlandschaft zeigen.

Um in ganz Niedersachsen die Jugendpolitik zu einem eigenen und profilierten Arbeitsgebiet der Jugendarbeit entwickeln zu können, ist es erforderlich, für diesen Bereich die Personalstruktur auszubauen, so daß insbesondere die regionale Beratung, die Qualifizierung und Begleitung jugendpolitischer Interessenvertreter-innen gewährleistet werden kann. In die Förderung sollten deshalb Personalkosten für die hauptamtliche Unterstützung der bereits in vielversprechenden Ansätzen vorhandenen Arbeitsstrukturen sowie Mittel für Fahrtkosten und Sachkosten in Höhe von 0,5 Mio DM aufgenommen werden.

Die Arbeit mit Kindern und die Kinderpolitik werden vielfach als Stiefkind betrachtet. Häufig konzentriert sich die Diskussion um den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz und die damit verbundenen Kosten. Dieser Anspruch ist zwar ein wichtiger Baustein bei der Schaffung einer kinderfreundlichen Gesellschaft, allerdings treten durch den öffentlichen Kostenpoker die Kinder selber mit ihren persönlichen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnissen in den Hintergrund. In unserer Gesellschaft kommen Kinder mit ihren Rechten und Wünschen am wenigsten zum Zuge und werden von Erwachsenen am wenigsten ernst genommen. Anliegen der Jugendarbeit ist es aber, Kinder nicht länger als 'unfertige' Menschen oder als Objekte staatlicher Politik anzusehen, sondern sie als eigenständige Akteurinnen und Akteure mit eigenen Kompetenzen zu behandeln.

Angebote für und Aktivitäten mit Kindern sind wichtige Bestandteile der Arbeit von Jugendverbänden. Kinder können hier eine aktive Rolle spielen, sie werden an Entscheidungsprozessen beteiligt und darin bestärkt, Wünsche, Ideen und Vorstellungen vorzubringen und gegenüber vermeintlich Stärkeren ihre Interessen zu vertreten. Jugendverbände bieten Kindern ein Lern- und Erfahrungsfeld außerhalb von Elternhaus und Schule, das sie sich zusammen mit Gleichaltrigen erschließen, in dem sie gemeinsam Lebens- und Zukunftsperspektiven entwickeln können.

Der Arbeit mit Kindern ist auch im KJHG besondere Aufmerksamkeit gewidmet worden. Allerdings gibt es bislang seitens der Landesregierung keine besonderen Fördermöglichkeiten von Maßnahmen mit Kindern bis 14 Jahren, so daß hier eine entscheidende Lücke besteht. Entwicklungsbedarf besteht insbesondere bei qualifizierten, bildungsorientierten Freizeitmaßnahmen mit Kindern. In Anlehnung an die Herabsetzungsrichtlinie soll dafür ein Förderungsbetrag von zunächst 0,5 Mio DM angestrebt werden.

0,5 Mio DM

IV. Perspektiven

In Zukunft wird sich ein Förderungsbedarf in weiteren Bereichen immer dringender bemerkbar machen: dadurch, daß in den letzten Jahren dem Auf- und Ausbau Mädchenspezifischer Angebote in der Jugendarbeit Aufmerksamkeit gewidmet wurde, ist deutlich geworden, daß auch für Jungen verstärkt Möglichkeiten geschaffen werden müssen, sich mit geschlechtsspezifischem Rollenverhalten auseinanderzusetzen. Dieser Arbeitsbereich kann aber nur als ein zusätzlicher verstanden werden, und keineswegs als einer, der zu Lasten Mädchenspezifischer Angebote gehen kann. Der Abbau von Benachteiligungen der Mädchen hat sich als eine Aufgabe herausgestellt, die dauerhaftes Engagement erfordert. Als Ergänzung zur Mädchenarbeit ist es aber sinnvoll, zukünftig auch Ansätze für die Jungenarbeit in Jugendverbänden zu fördern.

Weiterhin müssen Formen überlegt werden, über die Maßnahmen zur Zusammenarbeit mit Kindern und Jugendlichen ohne deutschen Paß gefördert werden können. Es muß ermöglicht werden, daß die Jugendarbeit mit ihren eigenen Methoden und Stärken Antworten auf fremdenfeindliche Ausschreitungen entwickeln kann. Auch dieser Bereich bedeutet eine Erweiterung der Angebotsstruktur und wird entsprechender Fördermittel bedürfen.



Die vorweggenommene Antwort der Landesregierung



Schaun wir mal!

Positionspapier „Sozial- und Jugendpolitik: Statt Um- und Abbau antizyklische Ausweitung!“



Die Bundesrepublik befindet sich in einer Umbruchzeit, in der vieles vom Alten nicht mehr gilt und sich das Neue erst schwach am Horizont abzeichnet. In dieser „Wendezeit“ ist es um so dringender, eine Standortbestimmung freier Träger der Jugendarbeit vorzunehmen, um von dort aus die Perspektiven einer zeitgerechten Jugendverbandsarbeit entwickeln zu können.

1. Große Probleme und geringe Problemlösungskompetenzen

„Das Auftreten jugendlicher Gewalt in der nach wie vor reichen deutschen Gesellschaft, die Wiederkehr eines militanten Rechtsextremismus, die Ausbreitung kriegerischer Formen der Konfliktaustragung international, die brutale Zuspitzung von Konkurrenz im Weltmarkt, der Bedeutungsverlust sozialstaatlicher Regulierung - dies alles widersprach auf eklatante Weise dem schönen Bild einer verallgemeinerungsfähigen »sozialen Marktwirtschaft« mit liberaler Politikform und ökologischer Zukunftsorientierung, das in konservativen, linken und »grünen« Versionen zeitweilig fast selbstverständliche Geltung gewonnen hatte.“ Dieses Eingangszitat des Paderborner Soziologieprofessors Arno Klönne verdeutlicht, in welch stürmischen Zeiten wir uns befinden und wie offenkundig gering die Problemlösungskompetenzen unserer Politikerinnen und Politiker sind. In der Tat sind in der Bundesrepublik spätestens seit der staatlichen Einheit die Koordinaten des politischen Systems gehörig durcheinandergeraten.



2. Ungeklärte Probleme der staatlichen Einheit Deutschlands: Arbeitsplätze und Finanzierung

Es stellte sich als Trugschluß heraus, die Einheit »aus der Portokasse« finanzieren zu können (zwischenzeitlich wurde dies - wenn auch zögerlich - zugegeben), und noch heute ist ungeklärt, wie das tatsächliche Zusammenwachsen der beiden Deutschländer verlaufen soll. Der Bundespräsidentchaftskandidat Jens Reich, Kandidat aus dem Osten, wies zurecht darauf hin, daß die Einheit als verwaltungstechnischer Akt angegangen wurde und noch heute die Entfremdung der Bürgerinnen und Bürger eines der größten Hindernisse darstellt. Schon werden wieder Stimmen laut, die die »Ossis« verwünschen und die staatliche Einigung als Fehler bezeichnen. Die »Mauern in den Köpfen« sind die besten Belege für die Distanz zwischen den Menschen. Dies ist nicht allein eine ideologische Haltung oder ein Gefühl; es stützt sich vielmehr auf höchst reale Erfahrungen der gesellschaftlichen Entwicklung, hüben wie drüben: Mit der Deindustrialisierung weiter Landstriche im Osten Deutschlands wurden massenhaft und unwiederbringbar Arbeitsplätze vernichtet. Auch wenn unter humanen und ökologischen Gesichtspunkten sicher nicht jeder Arbeitsplatz erhaltenswert war, so führte doch die fehlende Konversion der Arbeitsplätze in zukunftsweisende in eine unverantwortlich hohe Arbeitslosigkeit der Menschen im Osten Deutschlands. Sie hat inzwischen ein solches Niveau erreicht, daß bald keine Familie mehr ohne arbeitslose Angehörige ist. Was dies in Verbindung mit dem nur schleppend entstehenden sozialen Netz für Konsequenzen für die Betroffenen hat, braucht kaum ausgeführt zu werden. Ein Hohn ist vor diesem Hintergrund der Ausspruch des Bundeskanzlers, daß es keinem Menschen nach der Einheit schlechter, aber vielen besser gehen werde. Aber auch im Westen hat sich durch die Einführung, Abschaffung und Wiedereinführung des sog. »Solidaritätszuschlages« der Eindruck bestätigt, daß die Einheit fast ausschließlich durch die abhängig Beschäftigten finanziert und getragen wird.

3. Rassismus und Rechtsradikalismus als Problem der Mitte unserer Gesellschaft

Doch nicht nur die Fragen der Einheit beschäftigen die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Das Klima ist rauher, die Ellenbogen sind spitzer geworden. Die sog. »Tübinger Untersuchung« von Held, Leiprecht und anderen, die im Jahre 1992 Jugendliche und junge Arbeitnehmer-innen befragten und diese

nach den Kriterien „Arbeitsplatz“, „berufliche Zukunft“, „Bildung“, „ökonomische Absicherung“ und „soziale Einbindung“ in Benachteiligte und Nicht-Benachteiligte einteilte, förderte bereits zutage, daß die Benachteiligten signifikant weniger ausgeprägte rassistische Haltungen hatten. *„Rassismus und Rechtsextremismus haben alle gesellschaftlichen Schichten erfaßt. Sie sind ein Problem der Mitte dieser Gesellschaft.“* Dieser Ausspruch von Niedersachsens Minister Jürgen Trittin verweist auf den von Held und anderen festgestellten „Wohlstandschauvinismus“, der einem extremen „Leistungsdenken“ verhaftet ist: *„Getreu der Devise »Du mußt so handeln, daß Du Gewinn machst« grenzen sie diejenigen aus, die Gewinn, Erfolg und Position schmälern könnten. Sie sind nicht bereit, zu teilen mit denen, die es ihrer Auffassung nach nicht verdient haben. Das sind zunächst einmal die ZuwandererInnen, das sind (...) aber auch all diejenigen InländerInnen, die in der Ellenbogengesellschaft weniger Chancen und Erfolg haben.“* Die Berliner Professorin Birgit Rommelspacher nennt dies die *„instrumentalistische Arbeitsorientierung, d.h. die vorrangige Orientierung an Geld, Aufstieg und Status.“*

4. Zur Identitätsentwicklung bei Jugendlichen

Diese Ellenbogenmentalität korrespondiert mit jenen Tendenzen, die seit Mitte der 80er Jahre mit den Begriffen „Individualisierung“ oder „Auflösung traditioneller Milieus und sozialer Bindungen“ charakterisiert werden. Neben diesen „*Freisetzungsdimensionen*“, wie sie der Münchener Soziologe Ulrich Beck genannt hat, entsteht immer aufs Neue der Zwang zur Selbstverortung: Wer oder welche bin ich, und wo gehö' ich hin? Antworten auf diese Fragen sind schwerer geworden, weil traditionelle Rollenbilder und Institutionen an Bedeutung verloren haben: Die Familie als primärer sozialer Ort verliert mehr und mehr an Einfluß, die Schule verkommt tendenziell zu unpersönlichen Lernfabriken, die Zukunftsaussichten der Kinder und Jugendlichen sind zwar von alten Klassenschranken gelockert, was oder wem aber nützt heute noch ein Hochschulabschluß? Diese Identitätsfragen vermengen sich mit Fragen nach der Geschlechtsrolle und nach der eigenen Zukunft. Gab es früher das Versprechen an die Jugend, ihr würde die Zukunft gehören, so tritt heute an diese Stelle - vor dem Hintergrund der Massenarbeitslosigkeit - die höchst reale Befürchtung, womöglich nicht gebraucht zu werden. Hier genau müßte ein gesellschaftlicher Dialog zwischen den Geschlechtern und Generationen ein- und ansetzen.

Die Alltagserfahrungen hingegen belegen eher das Gegenteil: Niemand ist da, die oder der sich um solche Fragen kümmert. Diese weitverbreiteten Desorientierungserfahrungen von Kindern und Jugendlichen sind eine schwere Bürde auf die Zukunft unserer Gesellschaft. „Insgesamt läßt sich damit eine Tendenz feststellen“, konstatiert der deutsche Bundesjugendring in seinem Grundsatzpapier *„Zwischen Erlebnis und Partizipation, Jugendverbände in der Bindestrich - Gesellschaft“*, *„daß der politische und soziale Bereich zu gunsten des Freizeitbereichs, in dem dies aber eher oberflächlich und warenhausmäßig erfolgt, bei der Herausbildung von Identität an Bedeutung verloren hat. Dies erschwert die Identitätsentwicklung für das einzelne Kind und den einzelnen Jugendlichen.“*

5. Die Jugendverbände stellen spezifische milieubedingte Beratungs- und Selbstbestimmungsangebote zur Verfügung

Genau hier setzen die Angebote der Jugendverbände an: Sie bieten soziale Heimat, Möglichkeiten zur Selbstorganisation, Gleichaltrigen-Erziehung, Gemeinschaft und Solidarität. Diese wohl für alle Jugendverbände zutreffende Angebotsbeschreibung geschieht mit der jeweiligen konkreten verbandsspezifischen Milieuausprägung: als konfessionelle, humanitäre, gewerkschaftliche, politische, auf den ländlichen Raum bezogene, naturbezogene, kulturbezogene oder auf das Geschlecht bezogene Verbände. Damit werden viele, längst aber nicht alle sich entwickelnden Jugendkulturen erfaßt, deren Bedeutung nicht zuletzt durch die Untersuchung von Gerhard Schulze u.a. in *„Die Erlebnisgesellschaft“* herausgearbeitet wurde. Entgegen der vereinfachenden Annahme, im Zuge der Individualisierung lösten sich gleichsam alle sozialen Milieus auf, stellt Schulze fest, daß Milieus trotz oder neben der Individualisierung weiterhin eine große Bedeutung in der Gesellschaft haben. Individualisierung bedeutet also nicht Auflösung, sondern Veränderung von Formen der Gemeinsamkeit. In den Jugendverbänden finden sich wichtige Bestandteile jugendlicher Kulturen und Milieus wieder. Diese werden im Binnensprachegebrauch häufig treffend als „Stallgeruch“ bezeichnet. Daß sich in diesen auch andere „Duftnoten“ einschleichen sollten, fordert der Bundesjugendring: *„Für die Jugendverbände besteht vor dem Hintergrund einer Gesellschaft, in der sich die Milieuzusammenhänge umstrukturieren und in der sich die gesellschaftlichen Erscheinungsformen, vor allem auch im Bereich der Jugendkulturen, vervielfältigen, die Notwendigkeit, als Gemeinschaft von Verbänden eine möglichst*

breite Konzept- und Wertevielfalt als Angebot an die Kinder und Jugendlichen zur Verfügung zu stellen.“ Die Grundlage dafür bilden die unterschiedlichen Wertorientierungen und Profile der einzelnen Jugendverbände. Diese „müssen sich auf mehr und sehr unterschiedliche jugendkulturelle Milieus einstellen. Die Vervielfältigung dieser Milieus erfordert bei den Jugendverbänden neben der pluralen Breite ihrer Gesamtheit zunehmend auch eine stärkere Binnenpluralität.“

6. Mit Politikverdrossenheit können keine eigenen Ansprüche umgesetzt werden

Wollen sich die Jugendverbände diesen oben skizzierten Anforderungen stellen, so ist nach den Bedingungen zu fragen, unter denen sich diese Veränderungen vollziehen. Anders gefragt: Wird dieses Ansinnen von der Politik getragen und gestützt? Und nicht zuletzt: Werden auch die dazu notwendigen finanziellen Ressourcen zur Verfügung gestellt? Oft genug begegnen uns an dieser Stelle Kopfschütteln und Abwinken, gerade auch jüngerer Menschen. Politische Unterstützung für die eigenen Anliegen einzufordern ist nicht gerade up to date; modern ist, sich auf Politik- oder Demokratieverdrossenheit zurückzuziehen. Wir, die Jugendverbände im Landesjugendring Niedersachsen sehen das anders und handeln anders: Das Lamentieren vieler über Verdrossenheiten verkennt, daß höchst praktische Politik betrieben wird und nur die sich beteiligen können, die sich ihrerseits mit Forderungen und Vorhaben konstruktiv auf Politik beziehen. Etwas anderes bleibt kaum übrig, denn, wie der Politikprofessor der Fernuni Hagen, Ulrich von Alemann, richtig feststellt: *„Die Politik kann man nicht neu erfinden, aber die Politiker (und wir möchten hinzufügen: und die Politikerinnen, Anm. d. Vorstandes) müssen neue Wege finden.“* Unabhängig davon bleibt natürlich richtig, sich über die kurzsichtigen und wahltaktischen Bemühungen aufzuregen, die nur offenlegen, daß wirkliche Lösungskompetenzen dünn gesät sind.

7. Umbau der staatlichen Leistungen durch Effizienzsteigerungen, »Verschlankung« und »Verdichtung der Arbeit«

Was stellen wir, um auf die Frage nach den gegenwärtigen politischen Bedingungen zurückzukommen, an Tendenzen fest? Die Politik und die mächtigen wirtschaftlichen Konzerne bemühen sich, den Staat umzubauen. Von Alemann beschreibt die



Anforderung folgendermaßen: „Die Politik sollte für den Bürger spürbar effizienter, transparenter und partizipativer werden. Engagement sollte sich erkennbar lohnen. Die Verwaltungen, so erlebt der Bürger die Politik meist, müssen insbesondere schlanker, transparenter und bürgernäher werden. Pilotversuche, wie der Bürgerladen in Hagen, wo der Bürger fast alle Dienstleistungen der Verwaltung in einem dezentralen Büro angeboten erhält, müssen viel mehr forciert werden. Die Verwaltungsreform muß auch von neuen Managementstrukturen lernen: schlanker, offener, verantwortungsfreudiger auch auf unteren Ebenen.“

»Verschlankung« und »Verdichtung der Arbeit« sind sowohl die Leitsätze beim Umbau der staatlichen Leistungen, Angebote und Verwaltungen als auch die Argumente der Verhandlungsführer der öffentlichen Seite bei der gegenwärtigen Tarifrunde. Auffällig ist, daß diese - in der Sache notwendige - Neuorganisation der staatlichen Angebote in der Zeit tiefster Ebben der öffentlichen Haushalte stattfindet. So kann der Eindruck nicht vermieden werden, daß es sich wohl eher um ein Sparprogramm als um eine Umstrukturierung handelt.

8. Aktuelle Kürzungen in den öffentlichen Haushalten betreffen vorrangig die Sozialtats

Werden die aktuellen Kürzungsmaßnahmen in allen Haushalten, im Bund, auf Länder- oder kommunaler Ebene bis hinunter in die Städte und Gemeinden genauer betrachtet, zeigt sich das wahre Ausmaß der Sparvorhaben: In den Sozialtats werden die drastischsten Kürzungen vorgenommen; die, die ohnehin wenig haben, müssen davon noch abgeben. In der jüngst vom Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband vorgelegten Studie „Armut in Deutschland“ wird deutlich, daß fast jede-r zehnte Deutsche in Einkommensarmut lebt. Kinder und Jugendliche gehören noch vor den Senior-inn-en als traditionelle Armutsgruppe zu den gefährdetsten Risikogruppen; die Studie spricht von einer „Infantilisierung der Armut“. Das ist für die betreffenden Menschen nicht allein ein finanzielles Problem: „Als zumindest gleichrangig mit finanziellen Problemen wurden Perspektivlosigkeit und Zukunftsängste bewertet, die als Ausdruck einer massiven existentiellen Verunsicherung infolge des gesellschaftlichen Umbruchs bewertet werden können. Hinzu kamen konkrete Schwierigkeiten, Befürchtungen und Sorgen im Zusammenhang mit der Alltagsbewältigung unter den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen.“ Die „Korrelationseffekte“ potenzieren das Problem. Völlig unvorstellbar bleibt,

werden zur sozialen Armut noch die Problembereiche Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, BAFÖG-Kürzungen und und und hinzugenommen, wie durch eine bloße Umstrukturierung der staatlichen Verwaltung diesen Problemen adäquat begegnet werden kann.

9. Neben dem Umbau findet durch die Privatisierung ein regelrechter Abbau sozialstaatlicher Leistungen statt

Ergänzend zum Umbau des Sozialstaates steht mit dessen teilweiser Privatisierung ein regelrechter Abbau auf der Tagesordnung. Die Daseinsvorsorge soll auf die Bürger-innen selbst übergehen, Risiken müssen eben über individuelle Versicherungen selbst minimiert werden. Doch diese Privatisierungsüberlegungen betreffen nicht nur soziale Risiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Alter; sie erfassen mittlerweile sämtliche öffentlichen Dienstleistungen. Auf einer CDU-Bundesvorstandstagung Anfang des Jahres wurde - nach Auskunft der Frankfurter Allgemeinen Zeitung - die Frage der Privatisierung der öffentlichen Leistungen am längsten diskutiert: „Eine Reihe von Kommunalpolitikern befürchtet, daß durch die Privatisierung die öffentliche Versorgung leiden könne. Der CDU-Vorstand hat sich darauf geeinigt, daß Einrichtungen für Versorgung und Entsorgung, (...) zeitlich befristet so an Private vergeben werden sollten, daß der Charakter der öffentlichen Aufgabe nicht verlorengehe. Vor allem komme es darauf an, Wettbewerb sicherzustellen.“ Unter dem Deckmantel der Wettbewerbsideologie soll hier versucht werden, gesellschaftlich notwendige Kosten einzusparen.

10. Der Um- und Abbau sozialstaatlicher Leistungen vollzieht sich vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Rezession

Unter dem Diktat der leeren Kassen stehen also zwei Vorhaben auf der politischen Tagesordnung im Blick auf die Entwicklung des Sozialstaates: Umbau, Verschlankung und Verdichtung sowie Privatisierung und Ausdünnung bzw. Abbau staatlicher Zuständigkeiten. Wird beides im Zusammenhang mit der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage Deutschlands gesehen, wird das Ausmaß dieser Vorhaben deutlich: Die Bundesregierung geht in ihrem jüngsten Jahreswirtschaftsbericht, dessen Prognosen selbst von führenden Industriellen als „bestenfalls wünschenswert“ bezeichnet wurden, von einem Wirtschafts-

wachstum 1994 (alte Länder) von 0,5 - 1 Prozent aus. Die Arbeitslosigkeit steigt demnach in Gesamtdeutschland auf über 4 Mio. offiziell registrierte Arbeitslose, die Verbraucher-innenpreise steigen um gut 3 Prozent bei Nettoealohnverlusten. Wird in einer solchen Situation vom „*Abbau des Wohlfahrtsstaates*“ geredet, der angeblich „*Speck angesetzt*“ haben soll, wird der Umstand verschleiert, daß noch mehr Menschen in unserem Land in die Armut gedrängt werden.

11. Wird die Förderung der Jugendarbeit zur „Luxusförderung“?

Die Belange der Jugendarbeit sind vielfach mit den oben skizzierten Veränderungsprozessen konfrontiert. Zwei unmittelbare Berührungspunkte lassen sich sofort benennen:

Erstens setzt der Umbau der staatlichen Verwaltungen auf die sog. „Outputorientierung“. In dem vielbeachteten, engagiert diskutierten und wenig umgesetzten Vorschlag des sog. „*Neuen Steuerungsmodells*“ wird auf das „*neue Leitbild Dienstleistungsunternehmen Kommunalverwaltung*“ abgehoben. Diese sollen wettbewerbsorientiert arbeiten und dabei unternehmensähnlich mit einer dezentralen Führungs- und Organisationsstruktur ausgestattet werden. „Outputorientierung“ meint in diesem Kontext, die Leistungen der staatlichen Verwaltung zu qualifizieren und zu quantifizieren, mithin weit mehr, als über DM-Beträge die Leistungen zu beziffern. In diesem Zusammenhang steht der Jugendarbeit eine Diskussion über Art, Umfang und Qualität der von ihr erbrachten Leistungen ins Haus.

Diese Debatte korrespondiert mit Begriffen, die in der Jugendforschung die Runde machen: „*stärkere Dienstleistungs- bzw. Gebrauchswertorientierung*“, „*Kundenorientierung*“ oder „*Marktkompetenz*“. Der Bundesjugendring stellt dazu fest: „*Diese aus dem ökonomischen Bereich entliehenen Begriffe werden aus unserer Sicht der Qualität dieser Entwicklung nicht ausreichend gerecht. Richtig ist auf der einen Seite, daß Jugendverbände hier durchaus auf Interessens- und Motivationslagen reagieren, die sich bei Jugendlichen entwickelt haben, eher verdeckt wird damit auf der anderen Seite aber, daß Jugendliche nach unseren Erfahrungen auch in solchen Gruppen mitmachen, weil sie »zu allererst was gemeinsam erleben wollen«.* Und dieser »Gebrauchswert« stand schon immer im Zentrum des Interesses von Kindern und Jugendlichen an der Jugendarbeit.

Dieses für Jugendarbeit zentrale Kriterium der Gemeinsamkeit steht tendenziell im Widerspruch

zu einer auf Leistung und Nutzen orientierten staatlichen Förderungspolitik, die sich die Frage stellen könnte, ob diese Angebote der Jugendverbandsarbeit tatsächlich unverzichtbare öffentliche Leistungen bedeuten und daher finanziell gefördert werden müssen, oder ob hier nicht eine Art „Luxusförderung“ betrieben wird. Neben dieser gibt es aber freilich noch die andere Tendenz der Vereinnahmung der Jugend(verbands)arbeit: Nicht umsonst verteidigt die Jugendarbeit ihre Handlungsspielräume gegen vielfältige Versuche, die Jugendarbeit und Jugendpolitik zu instrumentalisieren „*mit zu großen Erwartungen und »Aufträgen*«, die nur gesamtgesellschaftlich - durch die Schaffung von Ausbildung, Arbeit, Wohnraum und ausreichende Freizeitmöglichkeiten für alle Kinder und Jugendlichen - gelöst werden können. Jugendpolitik und Jugendarbeit aber dürfen nicht zum Alibi einer verfehlten Gesellschaftspolitik gemacht werden.“

12. Kürzungen in den Etats der Jugendarbeit in den Landkreisen und Kommunen Niedersachsens

Die Frage der „Luxusförderung“ steht im engen Zusammenhang zu den - zweitens - fast überall feststellbaren Kürzungen von Mitteln der Jugendarbeit. Nach Erhebungen des Landesjugendringes, des Nds. Landesjugendamtes und der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Niedersachsen konnte übereinstimmend festgestellt werden, daß in einer erheblichen Anzahl von Landkreisen, aber auch in Städten und Gemeinden die Förderungsansätze für die Jugendarbeit zum Teil deutlich abgesenkt wurden. Neben der schlechten finanziellen Situation der Gebietskörperschaften spielten immer wieder auch - zum Teil abenteuerliche - Rechtsinterpretationen des KJHG und insbesondere des Nds. AGKJHG eine entscheidende Rolle. Zankapfel ist - neben der Frage der Zuständigkeit, die durch die Novellierung des AGKJHG mittlerweile eindeutig geklärt ist - jeweils die Frage, ob die Förderung der Jugendarbeit eine „freiwillige“ oder eine „Pflichtaufgabe“ ist. Der Landesjugendring hat wiederholt - unter Bezugnahme auf das einschlägige Rechtsgutachten von Dr. Ulrich Preis - auf die Förderungsverpflichtung nach dem Bundesgesetz hingewiesen, hinter die das Landesgesetz nicht zurückfällt. Allein - in der Rechtspraxis wird die Position des Landesjugendringes für eine mögliche Interpretation der Gesetze gehalten, der man aber durchaus auch eine andere Lesart entgegenstellen könne. So erklären etwa Oberkreisdirektoren öffentlich, daß die Förderung



der Jugendarbeit „die wichtigste Aufgabe unserer Zeit“ ist, um sodann die nämlichen Mittel drastisch zu kürzen und sie den Gemeinden aufzubürden. Die Kommunalaufsicht der Bezirksregierung Braunschweig empfiehlt den Oberkreisdirektor-inn-en und Gemeindeoberen im Zuge der anstehenden Haushaltskonsolidierungsaufgaben u.a. eine „kritische Durchforstung des Zuschußbedarfs in allen Unterabschnitten des Haushalts, auch bei der Wohlfahrtspflege, Jugendhilfe, Sporthilfe und den Sozialleistungen.“

Bei aller Notwendigkeit des Sparens ist doch augenfällig, daß hier finanzielle Sachzwänge fachgerechte Entscheidungen unterminieren. Hinzu kommt, daß in Ermangelung mittelfristiger Jugendhilfepläne - die Absichten immer nur kurzweilig darauf gerichtet werden, den nächsten Haushalt auszugleichen. Eine mittelfristige Perspektive der Entwicklung der Jugendarbeit bleibt dabei auf der Strecke.

13. Jugendpolitischer und materieller Schaden für die Jugendarbeit durch die Kapriolen der Landespolitik im Blick auf das AGKJHG

Auch wenn es auf Landesebene gelungen ist, die Förderungsansätze zu halten und zur besonderen Unterstützung der Ehrenamtlichen in der Jugendarbeit einen Betrag in Höhe von 260.000 DM zur Verfügung zu stellen, so haben der Nds. Landtag, der Ausschuß für Jugend und Sport und namentlich die rot-grüne Landtagsmehrheit mit ihrem Ausführungsgesetz zum KJHG, dessen angekündigter, zurückgezogener und dann doch vollendeter „Reparaturnovelle“, viel jugendpolitischen Schaden angerichtet. Zwar ist nach Auffassung des Landesjugendringes damit eine praxisgerechte Formulierung des Gesetzes verabschiedet worden; allein der politische und materielle Schaden, der durch Unklarheiten einerseits und wohlkalkulierte Kürzungen andererseits entstanden ist, läßt sich wohl kaum wiedergutmachen. Der Landesjugendring fordert nunmehr bevorzugt auf der Kreisebene Nachtragshaushalte, um die gekürzten Mittel mindestens wieder einzustellen. Nehmen wir - neben dem finanziellen Schaden - noch den Vertrauensverlust der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen in die Regulierungsfähigkeit der Politik hinzu, so ist noch einiges an „Wiedergutmachung“ durch die Politik zu leisten.

14. Die doppelte Gefahr für Jugendverbandsarbeit: Kürzungen und Demotivation der Ehrenamtlichen

Weiter oben ist skizziert worden, vor welchen Herausforderungen sich die Jugendverbände sehen. Sollten sich die angedeuteten Veränderungen im staatlichen Handeln verdichten, dann besteht für die Jugendverbandsarbeit die Gefahr, daß ihnen ihre Mittel sukzessive entzogen werden und damit die Grundlage der Arbeit ausgehöhlt wird. Dies in zweifacher Bedeutung: Zum einen ist Jugendarbeit auf materielle Unterstützung des Staates angewiesen, weil Jugendarbeit Geld kostet und die Jugendlichen es nicht auch noch mitbringen können, denn wer wenig hat, kann wenig abgeben. Zum anderen aber demotivieren solche Kürzungen und die Debatten darüber die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen in einer Weise, daß sie sich fragen, wozu sie das Ganze überhaupt noch machen, und ob der Staat nicht vielmehr ihr Engagement unterstützen statt beschneiden sollte. Allein - und das zeigen alle Erfahrungen in den vergangenen Abwehrkämpfen: Mit einer rein defensiven Strategie der „Besitzstandswahrung“, die auf die Wirkungskraft der Betroffenheit setzt, wird in Zukunft kein Blumentopf zu gewinnen sein. Auch ist nicht von einem solchen Wirtschaftswachstum auszugehen, daß das Geld nur so verteilt werden könnte. Was sind dann also die nötigen Ansatzpunkte einer offensiven jugendpolitischen Strategie?

15. Unsere Forderung: Antizyklische Ausweitung der Mittel für Sozial- und Jugendarbeit

Erstens: Es ist keine Unverschämtheit, für eine antizyklische Ausweitung der Förderungsmittel für Jugendarbeit wie aber auch für die gesamte Sozialpolitik einzutreten. Es hat eher etwas von vorausseilendem Gehorsam, wird der Behauptung gefolgt, alle müßten kürzertreten, deshalb auch der Jugend- und Sozialbereich. Wir halten dagegen: Jede Mark, die heute eingespart wird, muß in Zukunft doppelt und dreifach ausgegeben werden, denn die Probleme, die wir heute nicht lösen, schlagen in potenziert Form in Zukunft auf uns zurück. Aber mehr noch: Es geht, wie die Bremer Sozialsenatorin Gaertner betont, bei der Sozialpolitik nicht um die Verteilung von Almosen, sondern um die Sicherung eines Rechtsanspruches auf Hilfe: „Sozialpolitik ist immer antizyklisch“. Auch der Bundesjugendring fordert: „Jugendarbeit und Jugendpolitik müssen eine gleichmäßige, kalkulierbare, ja eher noch

antizyklische Unterstützung und Förderung durch den Staat erfahren, um in krisenhaften Zeiten auf die zusätzlichen Anforderungen angemessen reagieren zu können.“ Diese - zugegebenermaßen - nicht neue Erkenntnis ist jedoch bisher nicht Grundlage politischer Entscheidungen geworden.

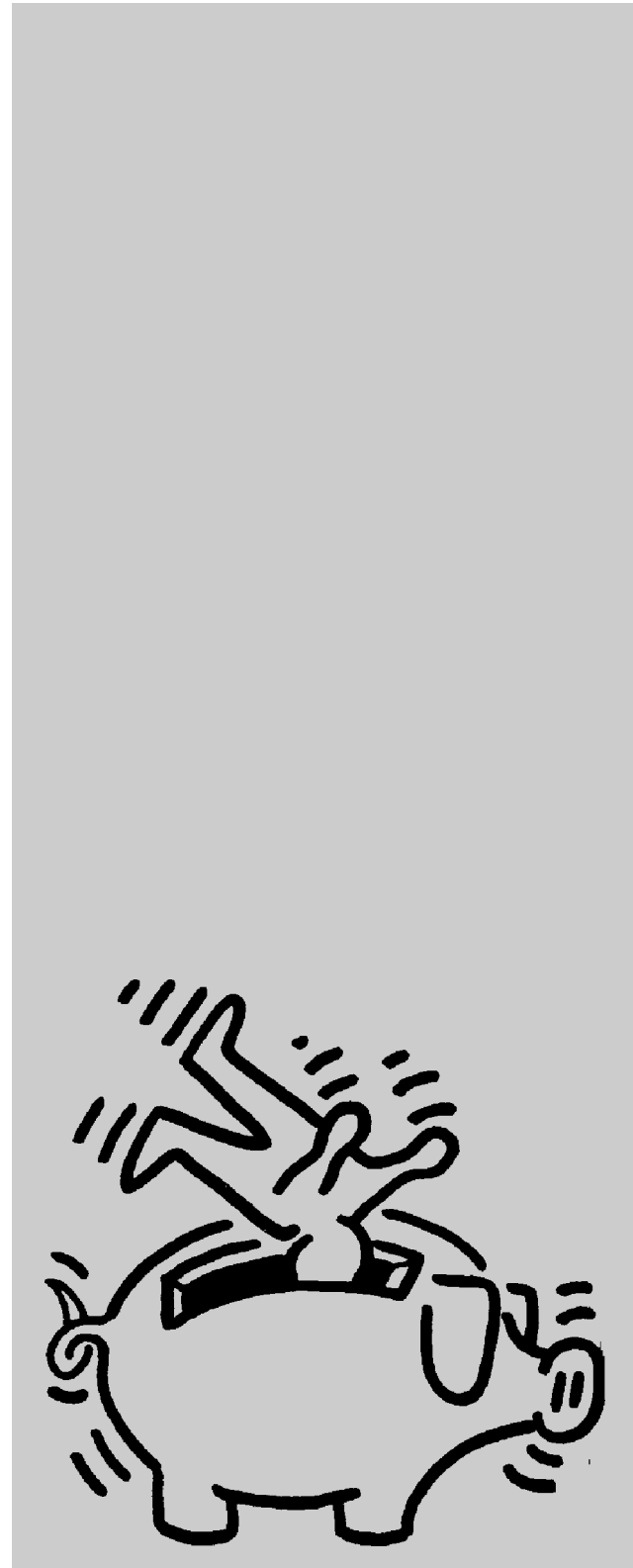
Zweitens: Es gilt, dem Gerede von der Krise der Jugendarbeit und insbesondere der Jugendverbandsarbeit mit einer offensiven Perspektive der Gewinnung von sozialer Kompetenz entgegenzutreten. Jugendarbeit zeichnet sich doch gerade dadurch aus, entgegen dem Trend zur Ellenbogenmentalität soziales Verhalten einzuüben und damit Gemeinschaftsfähigkeit zu erlernen. Jugendverbände als demokratische Lernfelder brauchen ein umfassendes soziales know-how als personale wie methodische Kompetenz.

Drittens: Eine weitere Voraussetzung, die Ausstrahlungsfähigkeit der Jugendverbände zu erhöhen, ist die Steigerung der Motivation der Anbieter. Bedingung hierfür ist jedoch, die Situation der Ehrenamtlichen in den Jugendverbänden zu verbessern. Wenn Ehrenamtliche neue Zielgruppen erschließen, sich verändernden Milieus öffnen, interkulturelle Angebote entwickeln, geschlechtsspezifisch arbeiten, sich ergänzende Alternativen zur „Kommstruktur“ überlegen usw., dann sind sie entsprechend motiviert oder zu motivieren. Dazu braucht es Rahmenbedingungen, die auch die materielle Seite der Jugendarbeit tangieren: Für nichts gibt's auch nichts! Aber neben mehr AnEHRkennung ist hier auch die Aus- und Fortbildung der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen angefragt, die zu solcher Arbeit qualifizieren muß.

Viertens: Die Bittstellerinnenhaltung der Jugendverbandsarbeit und ihrer Funktionärinn-e-n der Politik gegenüber ist ein Anachronismus. Nicht die Verbände müssen die Politik bitten, sie zu unterstützen, sondern die Politik die Verbände, öffentliche Aufgaben wahrzunehmen. Allein der Begriff der vom Staat zu zahlenden „Beihilfen“ stellt auf den Kopf, was ausgesagt werden soll: Die Jugendverbände helfen der öffentlichen Hand, und nicht umgekehrt. Wer braucht dann die Beihilfe? Tatsächlich aber interessiert sich - außer einigen wenigen Jugendpolitikerinnen - kaum ein-e Verantwortungsträgerin für die Belange der Jugendarbeit. Jede Arbeit, die nicht von uns gemacht wird, muß der Staat selbst organisieren und finanzieren. Insofern nehmen wir der öffentlichen Hand schon ein Vielfaches von Arbeit und Verantwortung ab, die sie sonst allein hätte. Darum müssen wir nicht noch bitten müssen!

Fünftens: Im sog. „Superwahljahr“ 1994 sind wir mit zwei Situationen konfrontiert: Einerseits überlagert der sog. „Wahlkampf“ potentiell alle fachlich

wichtigen Debatten und führt zu kurzfristiger parteipolitischer Profilierung. Andererseits aber ist die Wahlzeit die Zeit, wo sich die Politikerinnen mit den Haltungen, Forderungen und der Kritik der Bürgerinnen als Wählerinnen auseinandersetzen müssen. Ein günstiger Anlaß, die anstehenden Wahlen zu nutzen und in den Streichkonzerten den Kontrabaß zu spielen!





Soziales Engagement in der Jugendhilfe • Jugendverbandsarbeit: Fachlichkeit im Ehrenamt oder als Profession?



Informationen über das soziale Verhalten von Jugendlichen und Erwachsenen haben wir über verschiedene Studien zur Genüge. Die Bundesregierung hat unlängst eine Studie zur „Situation der Jugend“ vorgelegt, aus der hervorgeht, daß die Bereitschaft junger Menschen, sich in Gesellschaft und Staat zu engagieren, nachläßt. Auch wenn empirische Untersuchungen dazu nur in begrenztem Umfang vorlägen, sprächen die sinkenden Wahlbeteiligungen junger Menschen und die in Jugendstudien aufgezeichnete wachsende Politikverdrossenheit für diese Entwicklung. 1992 beteiligten sich z.B. 1,4 % der männlichen und 2 % der weiblichen Jugend in Westdeutschland an Bürgerinitiativen; in Ostdeutschland waren es jeweils 1,1 %. Die Bindungen an Organisationen wie Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Verbände lassen nach. Wie die Bundesregierung in ihrem 300-Seiten-Bericht anmerkt, ist diese Entwicklung jedoch nicht nur bei der Jugend, sondern auch in anderen Altersgruppen zu beobachten.

Wer hat eigentlich Interesse an ehrenamtlicher Arbeit in unserer Gesellschaft?

Es gibt eine Reihe von Fensterreden, die von Politikerinnen und Politikern zum Thema ehrenamtliches Engagement gehalten werden. Einig ist sich Politik darin, daß ehrenamtliches Engagement gewünscht und gefördert werden muß. An der nötigen Umsetzung und gleichzeitigen Schaffung von entsprechenden Rahmenbedingungen hapert es allerdings. Es scheint vielmehr so, daß ehrenamtliche Tätigkeiten eine Art Ausfallbürgen in unserem Sozialstaat darstellen, nämlich für Tätigkeiten, für die anscheinend nicht genügend personelle und finanzielle Ressourcen vorhanden sind.

In jüngster Zeit wird ehrenamtliche Tätigkeit häufig in einem Atemzug mit freiwilligen Diensten genannt, gleichzeitig ist der Ruf nach einer allgemeinen Dienstpflicht sehr laut geworden. Nicht nur durch die Aussage des Bundespräsidenten im Sommer 1993 ist dieses Thema erneut in die Diskussion gerückt worden. Vertreterinnen und Vertreter von Politik und von freien Trägern (Diakonisches Werk) sinnen offen darüber nach, daß eine allgemeine Dienstpflicht für junge Menschen nicht nur notwendig, sondern auch gerecht ist. Beim Bundesparteitag der CDU am 22.02.94 in Hamburg konnte ein Antrag zur allgemeinen Dienstpflicht erst im Rahmen einer sehr kontrovers geführten Diskussion und nach einer Kampfabstimmung abgewendet werden.

Seit mehr als 2 Jahren wird über die Jugendverbände im Landesjugendring Niedersachsen versucht, im Rahmen der „Kampagne E“ mehr öffentliches Bewußtsein für das ehrenamtliche Engagement innerhalb der Jugendverbandsarbeit zu erzielen und gleichzeitig die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement zu verbessern. Dies ist umso notwendiger, da innerhalb der außerschulischen Jugendarbeit das Prinzip „Ehrenamtlichkeit“ ein grundlegendes Moment darstellt. Die fraktionsübergreifende Einmütigkeit im niedersächsischen Landtag, die auch in zwei Entschließungsanträgen zum Thema Jugendarbeit zum Ausdruck gekommen ist, täuscht darüber hinweg, daß wohl der Wille zur Verbesserung der Situation Ehrenamtlicher in der Jugendarbeit da ist, an einer konsequenten Umsetzung hapert es jedoch weiterhin. Die kommunalen Spitzen in Niedersachsen (Städte- und Gemeindebund, Städte- und Landkreistag) signalisieren wenig Interesse, sich dieses Themas anzunehmen und verweisen auf die Situation der öffentlichen Kassen und führen aus, daß zur Verbesserung der Situation Ehrenamtlicher in der Jugendverbandsarbeit normalerweise keine weiteren finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Es wird viel über

Ehrenamtliche geredet, und die Erwartungen an ehrenamtliches Engagement sind in unserer Gesellschaft sehr hoch, doch gibt es lediglich in einigen Bereichen (steuerliche Vergünstigungen bei Karnevalsvereinen) von der Politik eine konkrete Unterstützung.

Wie groß ist das ehrenamtliche Potential, wie sehen die „Zahlen tätiger Solidarität“ aus?

Immer wieder wird beklagt, daß der Grundwert „Solidarität“ von starken Zerfallserscheinungen geprägt ist. Daß diese Pauschalisierung nicht zutrifft, ist unter anderem mit Zahlen von Ehrenamtlichen bei freien Trägern zu belegen. Solidarität ist eine spezifische Art sozialer Bindungen, historisch jüngeren Datums, ständig neu herausgefordert, neu im Entstehen begriffen. Sie unterscheidet sich von zwanghaften sozialen Beziehungen in traditionellen Milieus, wie z.B. der Familie. Was in der Tat zunehmend an Existenz verliert, sind die älteren Formen des Gemeinschaftslebens, aus denen sich Solidarität unter anderen, neuen Arten der sozialen Beziehungen ergibt. Soziologisch betrachtet ist Solidarität Verbundenheit trotz Differenzen, trotz Ungleichheit (beispielsweise die Solidarität mit Kolleginnen und Kollegen im Betrieb). Zugleich ist Solidarität aber auch Verbundenheit wegen Differenz, nämlich wegen ungleicher Beeinträchtigungen der als gleich empfundenen Interessen (siehe Arbeitskampf der West-Metall-Arbeitnehmer bei der Kündigung der Metall-Arbeitgeber in Ostdeutschland und der darauf einsetzenden Demonstrationen). Solidarität ist jedoch eine freie und selbst gewählte Art der Beziehung bzw. Bindung. Sie beruht auf einer freien Entscheidung des einzelnen. Der Soziologe Karl-Otto Hondrich stellt fest, daß der Grad an Solidarität in unserer Gesellschaft und weltweit ständig anwächst. Er führt dabei an:

- die Reichweite von Solidaritäten und Solidaritätspotentialen vergrößert sich (damit meint er die Anzahl der Menschen, auf die sich ein Zusammengehörigkeitsgefühl bezieht, wie z.B. Umweltbewegung, arbeitsteilige Gesellschaft usw.)
- ständig wächst die Zahl der Solidaritätsfelder, beispielsweise im sozialen oder entwicklungs-politischen Bereich.

Hondrich beziffert das Potential „tätiger Solidarität“ anhand von Studienergebnissen auf einen Betrag von 15 - 20 % der erwachsenen Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich oder in Selbsthilfegruppen engagieren. Darüber hinaus haben ca. 30



% ihre Bereitschaft erklärt, dies zu tun. Die Wohlfahrtsverbände haben 1989 angegeben, daß ca. 1,5 Millionen Menschen in ihren Reihen ehrenamtlich engagiert sind. Der achte Jugendbericht, der sich im wesentlichen auf die Jugendhilfestatistik von 1986 bezieht, stellt, bezogen auf die alte Bundesrepublik Deutschland, fest, daß in Jugendgruppen, Jugendverbänden und Jugendringen ca. 600.000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig sind, ohne die Berücksichtigung des expandierenden Bereiches „Arbeit mit Kindern“.

In der Studie „Freizeit 2001“ des BAT-Freizeit-Forschungsinstituts wird herausgestellt, daß Rentner und Pensionäre die meisten Ehrenämter und Aufgaben in Kirchen, Parteien, Gewerkschaften und Vereinen (1990 waren von der Gesamtbevölkerung 1 % Rentner, 11 % Pensionäre) übernehmen. Ein weiteres interessantes Faktum ist, daß bei Ehrenamtlichen (Helfern) traditionellen Verständnisses die „opferbereiten Hausfrauen mittleren Alters“ dominieren, den Typ des „neuen Helfers“ repräsentieren jüngere Menschen beider Geschlechter, höherqualifiziert, berufstätig, mehr an Selbstentfaltung als an Aufopferung interessiert. Die individuelle Motivation (man tut nichts mehr nur für andere) hat sich verändert. Wenn man sich für andere einsetzt, dann muß auch etwas für einen selbst dabei abfallen. Es ist empirisch nachgewiesen, daß ein ehrenamtliches Engagement häufig gleichzeitig auch einen Einstieg in persönliche und berufliche Karrieren (soziale Berufe) darstellt. Wegweisend in der Analyse der Motivation Helfender oder Ehrenamtlicher ist das Austauschprinzip. Die Bereitschaft, Solidarität auszuüben, variiert mit dem bewußten oder unbewußten Wunsch nach Hilfe und Begleitung. Bei der Befragung Ehrenamtlicher in Jugendverbänden kommt heraus, daß altruistische Haltungen zugunsten einer größeren Ichbezogenheit in den Hintergrund treten und der individuelle Wert des Engagements: „Was bringt es mir persönlich?“ an Einfluß gewinnt. Übereinstimmend kommen jedoch verschiedene Studien zu dem Ergebnis, daß Jugendliche im ehrenamtlichen Jugendverbandsbereich soziale Anerkennung und Identitätsentwicklung suchen, wie auch das gesellige Zusammenleben mit Gleichaltrigen. Wichtig ist aus der Sicht von Ehrenamtlichen aber auch, Informationen über und den Einfluß auf gesellschaftliche Prozesse auszuüben. Die Aneignung sozialer Kompetenz im Rahmen ehrenamtlichen Engagements ist für diese Tätigkeit und die Entwicklung Jugendlicher ein nicht zu unterschätzendes Ergebnis.

Solidarisches Handeln oder als Teilaspekt davon ehrenamtliches Engagement kann jedoch nicht so ohne weiteres als sozialpolitische Ausfallbürgschaft eingeplant werden. Solidarisches Handeln ist nicht

verordbar. Untersuchungen zeigen jedoch, daß in unserer Gesellschaft zwischen 27 und 35 % nicht aktivierter Potentiale für Selbsthilfe und Ehrenamt vorhanden sind.

In den Vereinigten Staaten von Amerika engagiert sich jeder zweite für das Gemeinwohl. Die Zahl der freiwilligen Helfer unter den 12-18jährigen ist innerhalb von zwei Jahren von 7,7 Millionen (1989) auf 12,4 Millionen (1991) gestiegen. Nicht zuletzt kann die Expansion im Feld der sozialen Berufe in den 70er und 80er Jahren als weiteres Argument für das gestiegene soziale Engagement unserer Gesellschaft angeführt werden. Allein im Bereich der Jugendhilfe (vor allem in den Arbeitsfeldern Kindergarten, Heim, Jugendamt und Jugendarbeit) hat die Zahl der tätigen Personen zwischen 1974 und 1990, also innerhalb von 16 Jahren, um mehr als 50 % zugenommen. Es hat einen Anstieg von 220.000 auf 330.000 Personen gegeben. Geht man noch weiter und betrachtet einmal die Entwicklung der sozialen Berufe insgesamt, so zeigt sich der noch gravierendere Sachstand, daß von heute bereits weit über 500.000 Arbeitsplätzen in den sozialen Berufen 3 von 4 erst nach 1970 hinzugekommen sind.

Zur Begriffsdefinition von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Jugendarbeit

Innerhalb der Jugendverbände ist eine Vielschichtigkeit von ehrenamtlichem Engagement zu verzeichnen. Die Tätigkeiten vollziehen sich seit ca. 100 Jahren innerhalb eines Laienkonzeptes, in der pädagogischen Fachdiskussion hat es darüber kaum Kenntnisse gegeben. Eine intensive Diskussion hat lediglich im Hauptamtlichenbereich stattgefunden. Innerhalb der Jugendverbandsinternen Diskussion, in der Gruppenleiterinnen und Gruppenleiter in der Aktion mit Kindern und Jugendlichen stehen, hat das Ehrenamt zwei Traditionslinien. Die Jugendbewegung und die Jugendpflege. Es gilt das Konzept der Selbsthilfe, „Jugend erzieht sich selbst“. Der Jugendpflegeerlaß von 1911 für männliche und 1913 für weibliche Ehrenamtliche schaffte die Voraussetzung für ehrenamtliches Engagement. Die Grundaussage „Jugend erzieht sich selbst“ kann als Idealtypus von Ehrenamtlichkeit angesehen werden. Wenn von mehr als 600.000 Ehrenamtlichen innerhalb der Jugendverbandsarbeit gesprochen wird, kann gesagt werden, daß die Jugendverbände weiterhin „die größte pädagogische Laienbewegung“ darstellen. Wenn die pädagogische Bedeutung von Ehrenamtlichen in Jugendverbänden herausgestellt wird, kann an dieser Stelle folgendes angeführt werden:

1. Jugendverbände sind intermediäre Instanzen in sozialen Milieus. In einem kulturell gefestigten Milieu, wie Stadtteil u.a.m., stellen sie einen eigentümlichen und attraktiven Platz dar. Sie haben einen milieu- und jugendkulturellen Status, innerhalb dessen Frei- und Experimentierräume zur Verfügung stehen und in dem Erfahrungen machbar werden. An Jugendverbänden macht sich das „Phänomen der Milieuverdoppelung“ fest.
2. Innerhalb der Arbeit von Jugendverbänden geschieht eine Statusgewinnung und -zuweisung für Ehrenamtliche. Der verbandsinterne Status spielt weiterhin eine wichtige Rolle, der gesellschaftlich anerkannte Status von Ehrenamtlichen scheint jedoch verloren zu gehen. Die Anzahl der Ehrenamtlichen wird anscheinend geringer, was gleichzeitig eine Verteilung der Arbeit auf weniger Schultern nach sich zieht. Trotz alledem ist diese Form der Gleichaltrigenerziehung, mit Ausnahme der Geschwistererziehung, einziger pädagogischer Lernort, in dem intensive soziale Erfahrungen und Fertigkeiten erlangt werden können.
3. Innerhalb der Arbeit von Jugendverbänden vollzieht sich ein pädagogischer Selbstbezug. Die Erziehung der Erziehenden muß als breite interne Pädagogik innerhalb der Jugendverbände angesehen werden. Außerdem ist das ehrenamtliche Engagement auch ein berufsmotivierendes Element. In vielen pädagogischen Berufen ist eine pädagogische Ausbildung als ehrenamtlicher Mitarbeiter oder ehrenamtliche Mitarbeiterin in den Jugendverbänden vorausgegangen.

Es ist möglich, Ehrenamtliche nach unterschiedlichen Typologien, die sich auch überschneiden können, zu beschreiben: nach Finanzen, nach Funktionen und nach Altersstufen. Das traditionelle Verständnis, nach dem ehrenamtliche Arbeit gleichbedeutend ist mit laienhaft, unentgeltlich und freiwillig ist, ist schon lange nicht mehr haltbar. Es gibt eine Fülle von ehrenamtlichen Funktionen in der Jugendverbandsarbeit: sie reichen von Jugendgruppenleiter-inne-n über Projektleiter-innen, Freizeitmitarbeiter-innen, Verbandsvertreter-innen, Funktionär-innen, Vorstandsmitglieder. Es sind also Funktionsträger-innen, die als qualifizierte Fachkraft oder auch nebenamtlich bzw. als ehrenamtliche Honorarkraft tätig werden. Wenn davon gesprochen wird, daß es weniger Ehrenamtliche gibt, so muß gleichzeitig herausgestellt werden, daß die Anzahl der Funktionen, in denen Ehrenamtliche tätig sind, in den letzten 25 Jahren zugenommen hat. Der Ehrenamtliche von Ende der 60er Jahre kann den Anforderungen heutiger Ehrenamtlichkeit nicht

mehr entsprechen; es hat eine Entwicklung vom Allrounder zum Spezialisten stattgefunden. Oder anders formuliert, es hat eine Ausdifferenzierung der jeweiligen Anforderungsprofile gegeben, die darauf abzielt, auf die veränderten Bedingungen, wie sie im achten Jugendbericht zum Ausdruck gekommen sind (daß es bei Kindern und Jugendlichen zu einer Pluralisierung der Lebenslagen und einer Individualisierung der Lebenswelten gekommen ist), zu reagieren.

In der Diskussion um das Ehrenamt in der Jugendverbandsarbeit sind folgende Stichworte häufig Reizthemen:

- gesellschaftliche Anerkennung ehrenamtlichen Engagements
- Rahmenbedingungen für die ehrenamtliche Tätigkeit
- Aufwandsentschädigung - Ausfallentschädigung - Verdienstaustausch
- tatsächliche und indirekte Leistungen Ehrenamtlicher, Auslagenersatz
- Ehrenamtlichen-Auslagenentschädigung
- Ehrenamtlichen-Aufwandsentschädigung/Anerkennungsbetrag (z.B. für Vorstandsarbeit bei Jugendverbänden)
- Ehrenamtsentschädigung
- Honorar für ehrenamtliche Tätigkeit

Die skizzierten Begriffe machen deutlich, daß es vornehmlich bei freien Trägern der Jugendarbeit allein durch diese Anfragen und Differenzierungen erhebliche Probleme gibt. Bei öffentlichen Trägern stellt sich dieses Problem nicht so dar; ehrenamtliche Tätigkeit ist dort mit einer klaren Auftragstätigkeit verbunden. „Ehrenamtliche“ Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei öffentlichen Trägern sind bezahlte Honorarkräfte, die für ihre Tätigkeit auf Zeit entsprechend vergütet werden. In diesem Zusammenhang ist als Randbemerkung anzufügen, daß die freien Träger in die gleiche finanzielle Situation gesetzt werden müßten wie die öffentlichen Träger. Zahlungen sollten aber als Pauschalzahlungen an den jeweiligen Verband gehen, und der Verband entscheidet dann selbst, ob eine personenbezogene Entschädigung erfolgt oder das Geld für Gesamtausgaben des Verbandes verwandt wird.

Daß und wie Jugendverbände in der Lage sind, zumindestens Jugendliche aus breiten Teilen verschiedener jugendkultureller Milieus anzusprechen, dokumentiert eine verallgemeinerte Typologie aus der Studie der DLRG-Jugend. Sie charakterisiert Motivationen Ehrenamtlicher bei der Mitwirkung in einem Jugendverband. Als Motivationsformen wurden herausgearbeitet:



- das Handlungsmuster psycho-sozialer Problembewältigung bei Kindern und Jugendlichen mit großen persönlichen Problemen, die nach einer psycho-sozialen Lebenshilfe suchen;
- das karriereorientierte Handlungsmuster besonders bei Jugendlichen, die nach Kompetenzzuwachs und einem höheren sozialen Status suchen;
- das freizeitorientierte Handlungsmuster bei Kindern und Jugendlichen, bei denen freizeitlekulturelle Interessen - Geselligkeit, Spaß, Action, usw. - im Vordergrund ihrer Mitarbeit im Verband stehen;
- das politisch-weltanschaulich orientierte Handlungsmuster bei den Jugendlichen, bei denen eine bestimmte politische, weltanschauliche oder ethische Überzeugung im Vordergrund steht.

Thesen zur Diskussion um die Zukunft der Ehrenamtlichkeit in der Jugendverbandsarbeit

- Freiwilligkeit, Selbstorganisation und ehrenamtliches Engagement sind Grundprinzipien von Jugendverbandsarbeit. Jungen Menschen wird Verantwortung zugewiesen, dies wird angenommen und mehr noch, es wird eingefordert. Die Balance und das Ausharzen zwischen institutionellem Lernen und Verantwortung ausüben ist ein Prozeß, der nur gelingt, wenn ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihrer persönlichen Lebensbewältigung beraten und begleitet werden, aber auch zu öffentlich diskutierten entwicklungsgeschichtlichen und gesellschaftspolitischen Themen Weiterentwicklung erwarten können. Außerdem muß die Beteiligung an den Vorgängen und Entscheidungen eines Jugendverbandes nachvollziehbar werden. Vermeintliche Kleinigkeiten haben große Wirkung: Schlüsselgewalt, Verfügungsrecht über Räume, Bestimmungsrecht über die zur Verfügung gestellten Mittel, Darstellung und Vertretung des Verbandes gegenüber der Öffentlichkeit und vieles mehr.
- Jugendverbände stellen wertorientierte, selbstinszenierte, identifizierbare, moderne Milieus dar. Dort fühlen sich Kinder und Jugendliche, ehrenamtlich und hauptamtlich Tätige wohl, nicht weil eine Meinung vorgegeben wird, sondern weil in einem repressionsfreien Raum um Inhalte, Ziele, Orientierungen, Meinungen, Einschätzungen und Bewertungen gerungen

wird. Die Einrichtung Jugendverband mit ihren hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eröffnet den Raum für altersrelevante Werte und Debatten, geprägt von Toleranz und Akzeptanz.

- Innerverbandliche und gesamtgesellschaftliche Rahmenbedingungen müssen motivierte Jugendliche in ihrem ehrenamtlichen Engagement unterstützen: das BAT-Freizeit-Forschungsinstitut stellt dazu in seiner Studie „Freizeit 2001“ fest, „Was wir in Zukunft brauchen, sind attraktive Alternativen zum Konsum, die genauso genußvoll und prestigeträchtig sein können wie der Erwerb von Konsumartikeln. Dazu aber bedarf es gesellschaftlicher Anreize durch die Politik. In Zukunft muß es möglich sein, freiwilliges soziales Engagement in der Freizeit genauso honoriert und anerkannt zu bekommen wie die notwendige Erledigung von Arbeitsaufgaben im Beruf.“
- Wer als Übungsleiter im Sportverein tätig ist, in der freiwilligen Feuerwehr mitarbeitet, sich bei Greenpeace engagiert, ehrenamtlich Gewerkschafts- oder Gemeindefarbeit leistet und Pflegedienste in der Familie oder Nachbarschaft übernimmt, muß materiell oder immateriell honoriert werden: von der Steuervergünstigung oder einem Entgelt in vertretbarer Höhe bis hin zu öffentlichen Anerkennungen, Auszeichnungen oder Ehrentiteln. In der Übergangsphase können materielle Entschädigungen hilfreich sein. Wichtiger aber als Geld wird in Zukunft die gesellschaftliche Anerkennung und Honorierung des freiwilligen sozialen Engagements in der Freizeit sein.“
- Innerverbandlich bedeutet dies, daß ehrenamtliche Funktionen in Aufgabenstellung und Zeitanforderung präzise und profiliert beschrieben werden und auch fachliche Beratung und Weiterentwicklung zugesagt wird. Organisatorische Zuarbeit bei der Unübersichtlichkeit von Verwaltungsabläufen obliegt hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Weiter sind zu nennen: Umfassender Kostenersatz, kostenfreie persönliche und fachliche Weiterbildung, immaterielle Gratifikation u.v.m.
- Forderungen zur Verbesserung der gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen werden in den letzten Jahren von den verschiedenen Landesjugendringen, dem Deutschen Bundesjugendring und einzelnen Jugendverbänden in einer Vielzahl an politisch Verantwortliche gerichtet. Beispielhaft sind an dieser Stelle zu nennen:
 - Auslagenersatz für die Tätigkeiten im Rahmen außerschulischer Jugendarbeit,

- Versicherungsschutz (Rechtsschutz, Unfall, Haftpflicht),
- Verbesserung der Freistellungsregelungen für Ehrenamtliche in der Jugendarbeit,
- Verdienstausfallerstattung,
- Anrechenbarkeit von ehrenamtlichem Engagement auf die Steuerschuld.

■ Für eine gedeihliche und effektive Arbeit in den Jugendverbänden ist eine partnerschaftliche Zusammenarbeit von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unerlässlich. Es ist dabei notwendig, daß die Felder der entsprechenden Aufträge klar erkennbar und umrissen sind. Es ist bedauerlich, feststellen zu müssen, daß immer weniger hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf das Berufsfeld „Jugendarbeit“ entsprechend vorbereitet werden. Mit einer Sichtweise, bei Jugendlichen handele es sich durchgängig um defizitäre Menschen, muß eine Zusammenarbeit zwangsläufig scheitern.

■ Folgende Diskussionspunkte müssen stärker ins Blickfeld gerückt werden:

- In der Ausbildung der Hauptamtlichen werden die Zusammenarbeit und das Thema „Ehrenamtlichkeit“ kaum behandelt. Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden demnach auf eine wichtige Arbeitsvoraussetzung nicht genügend geschult.
- Es wird sich zu wenig Klarheit dahingehend verschafft, „wie die Kompetenzen von Nichtprofessionellen aussehen“; das sind beileibe keine Laien, wie vielfach angenommen!
- In Stellenausschreibungen wird häufig nicht auf das gut funktionierende ehrenamtliche Gerüst verwiesen, geschweige denn auf die Chance der Zusammenarbeit abgehoben.
- Zur Unterstützung der Arbeit von Ehrenamtlichen stehen normalerweise kaum (häufig gar keine), meistens nicht ausreichende Sachmittel zur Verfügung.
- In der Zusammenarbeit zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen wird der emotionalen und psychischen Situation zu wenig Rechnung getragen.
- Und ganz wichtig: Ehrenamtliches Engagement kann keine Sparmaßnahme sein - sie darf nicht einmal kostenneutral werden!

Ausbildungsstätten, Fachhochschulen und Universitäten sind deshalb aufgefordert, ihre Ausbildungskonzepte daraufhin zu überprüfen und

qualifizierte Fachkräfte der Jugendverbandsarbeit zur Mitarbeit an Ausbildungszielen und der Umsetzung zu gewinnen. Notwendig sind ebenfalls berufsbegleitende Weiterbildung und Supervision, um im dynamischen Arbeitsfeld Jugendarbeit die eigene Identität als hauptamtliche oder ehrenamtliche Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterin nicht zu verlieren.

■ Zur Förderung ehrenamtlichen Engagements müssen ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, um den Raum für inhaltliches Prägen, Verantwortungsübernahme und Mitbestimmung ermöglichen zu können. Gemeint sind sowohl die materielle Grundausstattung der Institution Jugendverband als auch die größtmögliche Selbstbestimmung über ausreichende Maßnahme- und Projektmittel, um veränderte Erfordernisse adäquat aufnehmen zu können. In Zeiten knapper Kassen und enger finanzieller Möglichkeiten in kommunalen Haushalten darf die Förderung der Jugendarbeit nicht in den Geruch einer freiwilligen Leistung kommen, sondern muß als Pflichtaufgabe verstanden werden. Eine antizyklische Ausweitung der Fördermittel für Jugendarbeit wie aber auch für die gesamte Sozialpolitik zu fordern, ist keine Unverschämtheit. Es hat eher etwas von vorauseilendem Gehorsam, wenn der Behauptung gefolgt wird, alle müssen kürzer treten, auch der Jugend- und Sozialbereich. Richtig ist jedoch: Jede Mark, die heute eingespart wird, muß in Zukunft doppelt und dreifach ausgegeben werden, denn die Probleme, die heute nicht gelöst werden, schlagen in potenziierter Form in Zukunft auf uns zurück. Innerhalb von Sozialpolitik geht es nicht um die Verteilung von Almosen, sondern um die Sicherung eines Rechtsanspruches auf Hilfe, deshalb ist Sozialpolitik immer antizyklisch. In krisenhaften Phasen der Gesellschaftsentwicklung ist eine verstärkte Förderung gerade von selbstorganisierter Jugendarbeit als demokratische Zukunftsentwicklung unabdingbar. Ehrenamtliches Engagement als Ausfallbürge für vermeintlich obsoletere Sozialleistungen widerspricht dem Grundsatz solidarischen und freiwilligen Handelns für die Gesellschaft.

Sollte der - natürlich utopische - Fall eintreten, Jugendverbände bekämen genügend finanzielle Ausstattung zugesprochen, um fachlich hochqualifiziertes Personal einstellen zu können, würden sie dennoch am „Modell Ehrenamtlichkeit“ festhalten, denn sie haben eine nahezu monopolistische Funktion für den demokratischen Vollzug und die demokratische Weiterentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland.



Forderungen des Landesjugendringes:

Seit knapp drei Jahren hat der Landesjugendring mit seiner „Kampagne E“ auf die Probleme Ehrenamtlicher in der Jugendarbeit aufmerksam gemacht und fordert seitdem Verbesserungen der Rahmenbedingungen für ihre Arbeit. Mit der einstimmigen Verabschiedung eines Entschließungsantrags zur besseren Förderung Ehrenamtlicher wurde ein erstes wichtiges politisches Signal in die richtige Richtung gesetzt. Allerdings können die bisherigen Maßnahmen nur als Einstieg verstanden werden, weil bei weitem nicht alle Bereiche, die dort als verbesserungswürdig genannt werden, mit den bislang zur Verfügung stehenden Mitteln angemessen umgesetzt werden konnten. Insbesondere ist es noch nicht gelungen, Modelle für die Erstattung der Kosten, die Ehrenamtlichen in Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit entstehen, umzusetzen. Hierzu bedarf es dringend weiterer politischer Unterstützung, die sich nicht in Absichtserklärungen erschöpfen darf, sondern konkrete Verbesserungen für die Situation der Ehrenamtlichen nach sich ziehen müssen. Nur dann ist zu erwarten, daß Politik und ihre Repräsentant-innen für junge Frauen und Männer wieder an Glaubwürdigkeit gewinnen.

Ein geeignetes Modell ist die Einrichtung eines Haushaltstitels „Förderung der Arbeit von Ehrenamtlichen“. Die darin zur Verfügung stehenden Mittel sollen zweckgebunden für die gezielte Förderung Ehrenamtlicher verwendet werden. Sie sollen auf der Basis der Gruppenleiter-innenausweise für jeden Verband berechnet und ihm pauschal zur Verfügung gestellt werden, so daß der jeweilige Verband entscheiden kann,

in welchen Bereichen schwerpunktmäßig die Arbeit seiner Ehrenamtlichen gefördert werden soll. In Frage kommt dabei z.B.: Subventionierung der Aus- und Fortbildung von Jugendgruppenleiter-inne-n in Richtung Kostenneutralität für die Teilnehmer-innen, Sonderveranstaltungen für Ehrenamtliche, in denen die Anerkennung der geleisteten Arbeit zum Ausdruck gebracht wird, Übernahme von Kosten, die bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben entstehen (Porto, Telefon etc.). Dieser Titel im Jugendhaushalt des Landes sollte anfangs mit einem Gesamtvolumen von rund 1,5 Mio DM ausgestattet sein.

Der gesamte Forderungskatalog des Landesjugendringes zur Ehrenamtlichkeit ist vielfach veröffentlicht worden und insbesondere in den unter aufgeführten Materialien ausführlich erläutert.

Ehrenamtliche Arbeit darf nicht nur eine „ehrenvolle Arbeit“ sein und bleiben, sie muß eine gesellschaftlich und institutionell anerkannte und vielfältig unterstützte Tätigkeit werden.

Auswahl der weiteren Materialien des Landesjugendringes zu diesem Thema:

- **Wir machen uns bezahlt! Ehrenamtliche Mitarbeiter-innen in der Jugendarbeit.** Grundsatzpapier des Landesjugendringes. 20 Seiten, DIN A 5
- **Wir machen uns bezahlt! Arbeitshilfe zum Ehrenamt in der Jugendarbeit.** 64 Seiten, DIN A 5
- **„Kampagne E.“ Ehrenamtliche in der Jugendarbeit.** Dokumentation von drei Fachveranstaltungen des Landesjugendringes und ergänzende Texte. 88 Seiten, DIN A 4

Entwicklung und Ausbau der (jugend-) politischen Handlungsfähigkeit vor Ort



Durch das KJHG und das Nds. AGKJHG wurde die kommunale Ebene als Ort der jugendpolitischen Auseinandersetzung gestärkt. Vermehrtem Entscheidungs- und Regulierungsbedarf steht eine personell entsprechend ausgebaute Struktur der öffentlichen Jugendhilfe zur Seite; die überwiegend ehrenamtliche Struktur der freien Jugendhilfe droht unterdessen, abgehängt zu werden. Deshalb fordert der Landesjugendring die Unterstützung der kommunalen Ebene durch eine Intensivierung der Beratungs- und Vernetzungsarbeit von und für die Jugendringe in Niedersachsen.

Warum regionale Beratungs- und Vernetzungsarbeit von und für Jugendringe?

Es sind mindestens zwei Entwicklungen auszumachen, die jeweils eigenständig und für sich genommen die Intensivierung der Arbeit mit den kommunalen Strukturen der Jugendarbeit begründen können. Tatsächlich aber wirken beide Tendenzen spezifisch zusammen und machen deshalb einen Ausbau der kommunalen Jugendarbeits- und Jugendpolitikstrukturen unabdingbar. In Landesjugendringkreisen wird die auszubauende kommunale Struktur treffend mit dem Begriff des „regionalen Beratungs- und Vernetzungskonzeptes“ umrissen, auf das im folgenden Bezug genommen wird.

Erstens: Großer Weiterbildungs- und Beratungsbedarf der Jugendringe

Die Ergebnisse der Erhebung zur Lage der Jugendringe in Niedersachsen, die der Landesjugendring im Herbst/Winter 1992/3 durchführte, förderte, neben vielen anderen interessanten Erkenntnissen, zutage, daß es auf seiten der Jugendringe einen erheblichen Weiterbildungs- und Beratungsbedarf gibt: 36 der 139 antwortenden Jugendringe äußerten einen ausdrücklichen Beratungsbedarf, davon allein 20 Jugendringe im Regierungsbezirk Weser-Ems. Die Hälfte aller Jugendringe begrüßte die Einrichtung eines regionalen Beratungs- und Vernetzungskonzeptes, ohne daß überhaupt klar gewesen wäre, was das denn im einzelnen sein könnte. Allein 72,5 Prozent der Kreisjugendringe setzte sich seinerzeit für die Einrichtung eines solchen Netzwerkes ein! Daß die anderen nicht dafür waren, heißt nicht, daß sie dagegen waren; vielleicht konnten sie sich nur nichts darunter vorstellen. 66 Jugendringe möchten gerne, daß wieder regelmäßige inhaltliche Veranstaltungen des Landesjugendringes zur Weiterbildung angeboten werden, etwa wie sie früher in den sog. „Bußtagsveranstaltungen“ gang und gäbe waren. Gar 105 Jugendringe wünschten sich ein verstärktes Angebot an Seminaren und Weiterbildungsangeboten vom Landesjugendring. Auch das Jugendringseminar, welches bisher einmal jährlich und landesweit angeboten wurde, sollte nach Ansicht vieler Jugendringe häufiger und dezentraler durchgeführt werden.

Inhaltlich erstreckten sich die Wünsche auf folgende Themengebiete (in der Reihenfolge der häufigsten Nennungen): Gewinnung Ehrenamtlicher, Jugendhilfeplanung, Förderfragen, Kooperation zwischen Jugendringen und Jugendpflegen, Kooperation mit der Politik und insbesondere dem Jugendhilfeausschuß, Öffentlichkeitsarbeit, Konzeptionen der Jugendringarbeits sowie allgemeine politische Fragestellungen, von denen wiederum inhaltliche Themen wie Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit zum Zeitpunkt der Erhebung im Vordergrund standen. Die Vielfalt der Themen spiegelt die Ausdifferenzierung der heutigen Jugendpolitik wider, die sich eben nicht auf wenige Bereiche einengen läßt, sondern - allgemein gesagt - das als Jugendpolitik begreift, was die allgemeinen Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen ausmacht.

Auf diesen von den Jugendringen geäußerten Weiterbildungs- und Beratungsbedarf mußte und wollte der Landesjugendring reagieren und hat daher die Grundzüge des regionalen Beratungs- und Vernetzungskonzeptes entwickelt.

Zweitens: Gestiegene Anforderungen an die (jugend-) politische Handlungsfähigkeit vor Ort

Ein weiteres Ergebnis der Untersuchung zur Lage der Jugendringe in Niedersachsen zeigte, daß die Jugendringe gemeinhin zwar über gute Kontakte zu den kommunalen Verwaltungen, den Politikerinnen und den Medien verfügen, dennoch aber nur einen geringen Einfluß auf die politischen Entscheidungen ausüben können. Dies hängt einerseits mit dem relativ niedrigen Stellenwert der Jugendpolitik zusammen, andererseits aber auch mit der Ignoranz der Kommunalpolitikerinnen den Funktionärinnen der Jugendverbände gegenüber, die immer wieder beklagt wird.

Jugendpolitische Handlungsfähigkeit ist in der jüngsten Vergangenheit zu einem zunehmend wichtigeren Faktor der Daseinsbedingungen der Jugendverbände geworden. Allgemein läßt sich ein Bild der Jugendverbände zeichnen, wonach die jeweiligen Ebenen von oben (Bundesebene) nach unten (vor Ort) einen immer geringeren Professionalisierungsgrad der Arbeit erreichen. Dies steht in einem engen Zusammenhang zur Ausstattung mit haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen. Vor Ort ist die Jugendarbeit nahezu ausschließlich ehrenamtlich geprägt. Dies gilt umso mehr, je kleiner der jeweilige Verband ist. Um aber die Handlungsfähigkeit aller Jugendverbände erhalten und ausbauen zu können, ist der strategische Ansatzpunkt hierfür das Netzwerk der Jugendverbände, der Jugendring. Und der arbeitet in den allermeisten Fällen ehrenamtlich; Ausnahmen gibt es, wenn überhaupt, nur in den größeren Städten. Aber in den Dörfern und Kommunen sind häufig überhaupt keine Hauptamtlichen der Jugendarbeit anzutreffen, und wenn, dann als Gemeinde- oder Stadtjugendpflegerin. Gerade hier ist die hauptamtliche Ausstattung der öffentlichen Träger in der Vergangenheit erheblich ausgeweitet worden; die freien Träger haben hier sicherlich einen nicht unbedeutenden Rückstand und infolgedessen einen Nachholbedarf.

Die jugendpolitische Interessenvertretung ist ein Bereich der Jugendarbeit, der durch die gesetzlichen Regelungen des KJHG und Nds. AGKJHG stark an Bedeutung gewonnen hat. Die dort von gesetzgeberischer Seite geschaffenen Mitwirkungsmöglichkeiten für Jugendliche werden seitens des Landesjugendringes und seiner Mitgliedsverbände als richtige Schritte gewertet, um demokratische Willensbildungsprozesse im Interesse und unter direkter Beteiligung der Betroffenen zu installieren. Es ist deshalb erforderlich, der Jugendpolitik einen entsprechenden Stellenwert in der Jugendarbeit zu verschaffen. Erst wenn dies gelingt, ist es ge-

währleistet, daß die gesetzlichen Möglichkeiten eine angemessene Umsetzung erfahren, und erst dann wird es gelingen, Jugendliche mit Entscheidungsprozessen vertraut zu machen und sie zu motivieren, ihre eigenen Interessen zu artikulieren.

Die kommunale Ebene hat in der jugendpolitischen Auseinandersetzung an Bedeutung gewonnen

Dieser Umstand ist nicht allein auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen in KJHG und AGKJHG zurückzuführen, sondern findet seine Ursachen auch in der primitiven Tatsache, daß etwa die Finanzierung der örtlichen Jugendarbeit faktisch über die Landkreise und Gemeinden gewährleistet wird. Die Mitbestimmungsrechte im Jugendhilfeausschuß des Landkreises und in den gemeindlich einzurichtenden Jugendausschüssen sind die gesetzlich vorgesehenen Orte, in denen die Jugendpolitik entwickelt und diskutiert wird. Sie sind die fachlichen Gremien, die den entsprechenden beschlußfassenden Organen (Kreistag bzw. Gemeinderat) zuarbeiten sollen. Dabei sind vier Ebenen von Bedeutung:

Verteilung der Gelder

Über den örtlichen Träger (Jugendamt) bzw. die Gemeinde wird die lokale Jugendarbeit finanziert und in Zeiten knapper Haushalte wird zur Existenzfrage, ob es gelingt, Kürzungen abzuwehren, oder ob Verluste hinzunehmen sind. Die Auseinandersetzungen des vergangenen halben Jahres belegen eindrucksvoll, daß nur dort, wo intakte und handlungsfähige Strukturen der Jugendarbeit und -politik bestehen, es gelingen kann, zum Teil willkürliche Kürzungsvorschläge abzuwehren und bewährte Standards der Jugendarbeit zu halten. Mit der „korrespondenz-extra“ vom Dezember 1993 hat der Landesjugendring landesweit auf bevorstehende Kürzungen hingewiesen und zum Widerstand aufgerufen. Der drohende „Flächenbrand“ konnte eingedämmt werden, gleichwohl z.T. erhebliche Kürzungen hingenommen werden mußten.

Stellenwert der Jugendarbeit und der Jugendpolitik in der jeweiligen Region

In Zeiten knapper Kassen - und das wird sich noch weiter zuspitzen - steht überhaupt zur Disposition, ob und in welchem Umfang die Jugendarbeit öffentlich gefördert wird. Unter die Schlagwörter „Privatisierung“, „Kostensenkung“ und „Luxusför-

derung“ wird hinter vorgehaltener Hand einiges subsumiert, warum nicht auch die Jugendarbeit? Einschränkungen in den Förderstandards der Jugendarbeit mußten immer dann hingenommen werden, wenn es nicht gelang, den Stellenwert der eigenen Arbeit zu verdeutlichen. Umgekehrt heißt dies, daß mit den politisch Verantwortlichen um die Bedeutung der Jugendarbeit für die Gemeinde / Stadt diskutiert und der Beitrag der Jugendverbände zur Prävention und Integration der Jugendlichen herausgestrichen werden muß. (Vgl. dazu exemplarisch zur präventiven und integrativen Funktion der Jugendverbände den Artikel zu „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ in dieser Broschüre.)

Perspektiven von Jugendarbeit und Jugendpolitik in der Region

Unter dem Stichwort „Jugendhilfeplanung“ ist vom Bundesgesetzgeber zwingend vorgeschrieben worden, in allen Bereichen des örtlichen Trägers eine solche durchzuführen. Tatsächlich aber passiert in den Kommunen Niedersachsens so gut wie nichts. Unkenntnis sowie mangelnde Einsicht in den Nutzen einer solchen Planung herrschen vor und befördern damit ein (Verwaltungs-) Handeln, welches kurzfristig auf den Ausgleich der Haushalte zielt und wenig mit einer ausgereiften strategischen Anlage der Entwicklung der Jugendhilfe im Zuständigkeitsbereich zu tun hat. Dort, wo überhaupt Jugendhilfeplanung angegangen wird, stellt sich die gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung der Betroffenen häufig als unzureichend dar. Institute werden für teures Geld beauftragt, Bücher für den „Giftschrank“ zu produzieren, in denen die Misere festgeschrieben wird. Tatsächlich aber sollte es um die Entwicklung einer Perspektive für eine attraktive Jugendarbeit im kommunalen Bezug gehen. (vgl. dazu auch den entsprechenden Artikel zur „Jugendhilfeplanung“ in dieser Broschüre.)

Stellenwert kommunalpolitischer Prozesse für das Politikverständnis junger Leute

Zahlreiche Untersuchungen belegen, daß sich das Interesse von Jugendlichen, „in der Politik mitzumachen“, weniger auf „da oben“, sondern vielmehr auf den konkreten Lebensraum, den Nahbereich und damit die Kommunalpolitik bezieht. Sich an jugend-, aber auch allgemeinpolitischen Fragestellungen beteiligen zu können, ist unter dieser Perspektive eine Schlüsselfrage der demokratischen Entwicklung unserer Gesellschaft:



„Partizipation am kommunalpolitischen Geschehen“. Das ist durchaus keine Floskel, denn es ist bekannt, daß Jugendliche - zu Recht - z.T. erhebliche Vorbehalte gegen die Bedingungen und Strukturen der Politik im allgemeinen, aber auch der vor Ort haben: Langweilige Sitzungen, vorher bereits alles abgeklärt, ungerechtfertigte Dominanz der Parteivertreterinnen, fachfremde Diskussionen, Vorherrschaft der Männer, patriarchale Strukturen usw. Diese landläufig auch verkürzt „Politikverdrossenheit“ genannte Haltung äußert sich nicht grundsätzlich in der Ablehnung der „etablierten“ Politik, sondern bringt vielmehr einen Gestaltungsanspruch zum Ausdruck, der auf Mitmachen, Partizipation und Selbstbestimmung zielt. Vor diesem Hintergrund geht es also darum, der Politikverdrossenheit bei Jugendlichen entgegenwirken, aktive Mitmach-Angebote zu schaffen, kompetente und politisch motivierte Jungbürgerinnen zu unterstützen, zu vernetzen, Selbstbestimmung zu fördern usw.

Wird der aktuelle Stand der jugendpolitischen Handlungsfähigkeit ins Verhältnis zur wünschenswerten gesetzt, zeigen sich Defizite, die nur durch entsprechende Qualifizierungs- und Beteiligungsmöglichkeiten ausgeglichen werden können. Es geht also um die Stärkung der jugendpolitischen Interessenvertretung vor Ort.

Das Beratungs- und Vernetzungskonzept des Landesjugendringes

Beratung und Vernetzung geht, wie der Name schon sagt, von zwei Komponenten aus: Beratung und Vernetzung, und er zielt - quasi als Objekt der Bemühungen - auf die Jugendringe. Sie sind es, die in aller Regel die entsprechenden Vertretungsaufgaben wahrnehmen und infolgedessen qualifiziert werden müssen.

Beratung: Entlang der vorhin genannten Themen benennen Jugendringe immer wieder einen erheblichen Nachholbedarf an Informationen, Einschätzungen und Strategiediskussionen. KJHG und AGKJHG, Jugendhilfeplanung, „Kampagne E“ des Landesjugendringes usw. gehören nicht unbedingt zum Alltagsbewußtsein ehrenamtlicher Jugendring-Vorstandsmitglieder, wohl aber die Vermutung, daß sie eigentlich etwas darüber wissen sollten. Bei der Beratung geht es also um die Informationsweitergabe in Veranstaltungen, bei Gesprächen, in Vorstandssitzungen usw., aber auch darum, ein „offenes Ohr“ für die Sorgen und Nöte der Jugendring-Mitarbeiterinnen zu haben.

Vernetzung: Es gibt die Erfahrung, daß sich der Jugendring innerhalb seines zuständigen Territo-

riums ganz gut auskennt; auf der anderen Bürgerinnensteigseite aber niemanden mehr kennt. In Niedersachsen haben wir unterschiedliche, da autonome Strukturen und Bedingungen der einzelnen Jugendringe: Z.T. sind Orts- und Gemeindejugendringe sowie Stadtjugendringe Mitglied im Kreisjugendring, z.T. aber auch nicht. Zwischen den Kreisjugendringen gibt es keine Kommunikationsstruktur, etwa eine Arbeitsgemeinschaft der Kreisjugendringe o.ä., wie es sie in anderen Bundesländern durchaus gibt. Somit sind die Kreisjugendringe und alle anderen kommunalen Jugendringe nicht direkt im Landesjugendring vertreten.

Diese Frage ist durchaus von Bedeutung, da die kommunalpolitischen Realitäten häufig nicht in ausreichendem Maße durch die Landesverbände und ihre Geschäftsstellen oder den Landesjugendring selbst mit Vorstand und Geschäftsstelle erfaßt und infolgedessen bearbeitet werden können. Kürzungen abzuwehren erfordert oft genug auch eine koordinierte Vorgehensweise (vgl. „korrespondenz-extra“). Eine Mitgliedschaft einer AG der Kreisjugendringe im LJR könnte also das kommunalpolitische Gewicht der Jugendarbeit im Lande angemessen widerspiegeln. Denkbar ist auch, anstelle einer AG der Kreisjugendringe die Gründung von Bezirksjugendringen anzustreben.

Bevor aber diese mittelfristigen Ziele angesteuert werden, geht es in einem ersten Schritt darum, benachbarte Jugendringe zusammenzuführen, einander kennenzulernen, gemeinsame Veranstaltungen, Aktionen, Aktivitäten oder Angebote anzuschließen usw. Die Erfahrung, daß es tatsächlich Sinn macht, mit anderen Jugendringen zusammenzuarbeiten, ist eine unbedingte Voraussetzung zur Gründung weiterer Strukturen. Sonst besteht die Gefahr einer von oben aufgesetzten Kopfgeburt, die sich in der Praxis blamieren würde.

Praktische Schritte in der Umsetzung des Beratungs- und Vernetzungskonzeptes

Der Landesjugendring Niedersachsen hat in einem Vollversammlungsantrag im März 1993 beschlossen, wie das Ziel der Steigerung der jugendpolitischen Handlungsfähigkeit vor Ort angegangen werden soll. In dem Antrag heißt es: „Zu diesem Zweck sollen landesweit Beratungsregionen gebildet und Teams zusammengestellt werden, die eine solche Beratungstätigkeit wahrnehmen können. Zu diesen Teams zählen wir die verbandlichen Jugendbildungsreferentinnen, die Jugendbildungsreferentinnen im Programm Strukturschwache Gebiete, die Referentinnen im Mädchenprogramm,

kompetente Jugendpfleger-innen und engagierte Personen aus Jugendringen.“ Diese Teams sollten dann in ihrer jeweiligen Region Termine für einzelne oder auch benachbarte Jugendringe anbieten und dabei Informationsveranstaltungen durchführen. Es ist vorstellbar und wünschenswert, Materialien, Referate, Medien u.ä. gemeinsam vorzubereiten.

Der Landesjugendring hat daraufhin die Mitgliedsverbände gebeten, aus den Reihen ihrer haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter-innen solche zu benennen, die Interesse an einer Mitarbeit im Beratungs- und Vernetzungs-Team (B+V) haben könnten. Nicht alle Verbände beteiligten sich, aber insgesamt wurden 40 Personen (!) gemeldet. Das Land wurde in 10 Beratungs- und Vernetzungsregionen eingeteilt und die Mitarbeiter-innen je nach Neigung, Wohnsitz, Einsatzgebiet etc. auf diese Regionen verteilt.

Gegenwärtig (Stand: April 1994) befinden wir uns in der Phase der Konstituierung der B+V-Teams. Es zeigt sich als Grundregel: Je näher jemand an den Diskussionen des Landesjugendringes ist, desto intensiver bringt sie/er sich in die Beratungs- und Vernetzungsarbeit ein. Dabei ist die Vorarbeit in den Verbänden entscheidend. Dort, wo intensiv über die Mitarbeit im B+V-Team diskutiert wurde, zeigten sich auch Interessen nach der eigenen Qualifizierung in jugendpolitischen Fragen. Häufig ist Beratung und Qualifizierung der Beratungsteams eine notwendige Voraussetzung, damit diese qualifiziert beraten können. Darüber hinaus wird die inhaltliche Kooperation zwischen den Verbänden von den Beteiligten als sehr produktiv gesehen. So kann von einer neuen Qualität der Zusammenarbeit der Verbände gesprochen werden.

Probleme in der bisherigen Arbeit

Neben der unbestrittenen Tatsache, daß es bisher noch nicht in allen B+V-Teams aus unterschiedlichen Gründen gelungen ist, die Arbeit aufzunehmen, zeichnen sich schon jetzt mindestens drei Problem-bereiche ab: Erstens ist in der Arbeit im B+V-Team ein hohes Maß an eigenständigem Engagement notwendig, welches tendenziell im Widerspruch zu den zeitlichen Kapazitäten der mitarbeitenden Kolleg-inn-en steht. Dies gilt in besonderem Maße für die ehrenamtlichen Berater-innen und Vernetzer-innen. Zweitens ist die Arbeit mit Kosten verbunden (Fahrt- und Sachkosten, Material usw.), ohne daß eigene finanzielle Ressourcen zur Verfügung stünden. Drittens ist die bisherige Mitarbeit von Frauen unterproportional zum Anteil der Frauen in den Jugendverbänden. (Vgl. zu letzterem Aspekt den entsprechenden Artikel zur „Situation der Mädchen und Frauen in den Mitgliedsverbänden des Landesjugendringes“ in dieser Broschüre.)

Zu den mittelfristigen Perspektiven dieser Arbeit

Der Landesjugendring hat von Anfang an deutlich gemacht, daß es sich bei der Entwicklung einer regionalen Beratungs- und Vernetzungsstruktur keineswegs um ein zeitlich befristetes Projekt, sondern vielmehr um eine grundsätzliche Struktur der Jugendarbeit und -politik im Lande handeln muß, die allein der gestiegenen Verantwortung für die kommunalen Belange der Jugendarbeit und -politik gerecht werden kann. Von daher verstand und versteht der Landesjugendring seine Initiative als Anschlag, die mit eigenen Mitteln angefangen, dann aber sukzessive ausgebaut werden muß. Im bereits angesprochenen Vollversammlungsantrag von 1993 heißt es dazu: „Die in dieser Weise geleistete Arbeit soll zügig in eine hauptamtliche Struktur überführt werden, bei der regionale Jugendbildungsreferent-inn-en diese Aufgaben mit Unterstützung und durch die Koordination des Landesjugendringes wahrnehmen. Der Landesjugendring und seine Mitgliedsorganisationen können und wollen auf diesem Wege vorangehen; ihr Engagement muß aber durch Unterstützung und zusätzliche Fördermaßnahmen der öffentlichen Hand ihre Fortsetzung finden.“

Um in ganz Niedersachsen die Jugendpolitik zu einem eigenen und profilierten Arbeitsgebiet der Jugendarbeit entwickeln zu können, ist es erforderlich, für diesen Bereich die Personalstruktur auszubauen, so daß insbesondere die regionale Beratung, die Qualifizierung und Begleitung jugendpolitischer Interessenvertreter-innen gewährleistet werden kann. Nur so kann eine adäquate Partnerschaft zwischen öffentlichen und freien Trägern der Jugendarbeit entwickelt werden. Vor diesem Hintergrund ist die Forderung nach hauptamtlichem Personal für die regionale Beratung - in einem ersten Schritt in Gestalt regionaler Jugendbildungsreferent-inn-en - eine „kostengünstige Zwischenlösung“. Auch und gerade vor dem Hintergrund der feststellbaren Zunahme der zu bearbeitenden Themen, der Vielzahl der notwendigen Informationen und nicht zuletzt des begrenzten zeitlichen und finanziellen Rahmens der fast ausschließlich ehrenamtlich geleisteten Arbeit in den Jugendringen ist hier eine Professionalisierung dringend notwendig.

Forderungen an die neue Landesregierung

Vor dem Hintergrund der notwendigen Weiterentwicklung der kommunalen Strukturen der Jugendarbeit und Jugendpolitik fordert der Landes-



jugendring Niedersachsen zusätzliche Fördermittel für Personalkosten für die hauptamtliche Unterstützung der bereits in vielversprechenden Ansätzen vorhandenen Arbeitsstrukturen sowie Mittel für Fahrt- und Sachkosten in Höhe von insgesamt 500.000 DM.

Dokumente des Landesjugendringes zum Thema:

- „Intensivierung der Arbeit von und für Jugendringe!“, Beschluß der 16. Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. vom 06.03.1993
- Jugendringe in Niedersachsen. Ausgezählt und beileibe nicht am Boden! Ergebnisse einer Befragung aller niedersächsischen Jugendringe im Herbst/Winter 1992/93, hg. vom Landesjugendring Niedersachsen e.V., Juli 1993
- „Der Pleitegeier kreist über den Landkreisen“, „korrespondenz-extra“, hg. vom Landesjugendring Niedersachsen e.V., Dezember 1993,
- „Sozial- und Jugendpolitik: Statt Um- und Abbau antizyklische Ausweitung!“, Beschluß der 17. Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 05.03.1994,
- Landesjugendring Niedersachsen, Zur Situation der Jugendringe in Niedersachsen, Beitrag zu Materialien des Deutschen Bundesjugendringes (i.E.), Bonn 1994.



Jugendhilfeplanung als Arbeitsfeld für die Jugendverbände



Mit dem KJHG und insbesondere der dort festgeschriebenen Verpflichtung zur Jugendhilfeplanung sowie dem novellierten Nds. AGKJHG mit seiner Verpflichtung zur Bildung von Jugendausschüssen auf Gemeindeebene (ab einer Größe von 5000 Einwohner-inne-n) ist Bewegung in die jugendpolitische Landschaft gekommen. Um den neuen gesetzlichen Anforderungen nachzukommen, sind gerade auch die Jugendverbände als freie Träger der Jugendhilfe angesprochen, die oft eingeforderten und nun auch definitiv vorhandenen Beteiligungsmöglichkeiten an der Diskussion um die Weiterentwicklung der Jugendarbeit wahrzunehmen und mit Inhalten zu füllen. Nehmen die Jugendverbände diese Aufgaben ernst, wird das Akzentverschiebungen in ihrer Arbeit nach sich ziehen. Reagieren sie aber lediglich abwartend, werden entscheidende Entwicklungen ohne sie stattfinden und es ist bekanntlich allemal schwieriger, auf einen fahrenden Zug aufzuspringen, als selber von vornherein maßgeblich die Richtung und die Geschwindigkeit mitzugestalten.



Mit der Jugendhilfeplanung stellt sich eine neue Aufgabe für die Verwaltungen und in diesem Fall die Jugendämter als zuständige Träger einerseits, und andererseits für die Jugendverbände als eine Gruppe, die am Planungsprozeß zu beteiligen ist. Diese Aufgabe ist sowohl organisatorisch als auch personell und inhaltlich zu bewerkstelligen und bedarf entsprechender Strukturen, die auf beiden Seiten entwickelt werden müssen. Für die Jugendverbände wird sich die Mitarbeit in der Regel auf den Teilbereich „Jugendarbeit“ beschränken, und auf diesen Teilplan beziehen sich im wesentlichen die nachfolgenden Ausführungen.

Kosten für die Jugendhilfeplanung - Nutzen für die Jugendarbeit?

Jugendhilfeplanung ist nicht kostenneutral. Gleichzeitig bekommt die Jugendarbeit durch z.T. einschneidende Sparmaßnahmen zu spüren, daß die öffentlichen Kassen leer sind und sich daran so bald nichts ändern wird. Daß derartig unpopuläre Maßnahmen selbst in Wahljahren auf breiter Front vonstatten gehen, läßt zum einen Rückschlüsse auf den Ernst der finanziellen Situation und zum anderen solche auf die Bedeutung, die Kindern und Jugendlichen beigemessen wird, zu. Jedenfalls ist die Frage, inwiefern die Kosten für Jugendhilfeplanung mit Kürzungen der Mittel für die Jugendarbeit in Einklang zu bringen sind oder eben auch nicht, vor diesem Hintergrund zu sehen.

Jugendhilfeplanung macht letztendlich nur Sinn, wenn daraus für die Jugendarbeit auch ein Nutzen erwächst. Dieser muß sich zwar nicht ausnahmslos über Geld definieren, wird aber höchst fragwürdig, wenn womöglich Mittel für Maßnahmen der Jugendhilfe gestrichen werden, um die Jugendhilfeplanung zu finanzieren. Vom Grundsatz her ist es zwar legitim, über das Instrument der Jugendhilfeplanung Einvernehmen über den effektiven Einsatz der Mittel herstellen zu wollen, dies darf aber nicht als alles andere dominierendes Ziel in den Vordergrund rücken. Jugendhilfeplanung kann aus Sicht der Jugendverbände nur dann zustimmungsfähig werden, wenn absehbar ist, daß über die Planung hinaus auch noch Mittel für Maßnahmen vorhanden sind, die umzusetzen im Jugendhilfeplan empfohlen sind. Die Kosten für die Erstellung eines Jugendhilfeplans dürfen nicht zu Lasten der Fördermittel der Träger der Jugendarbeit gehen!

Insofern wird es sinnvoll sein, zunächst die lokalen bzw. regionalen Bedingungen daraufhin abzuklopfen, inwiefern finanzielle Spielräume für eine Planung vorhanden sind. Das kann sowohl im Jugendhilfeausschuß geschehen als auch in den Jugendringen, oder - sofern sie bestehen - in

Arbeitsgemeinschaften nach § 78 KJHG. In diesen Gremien sollte eine erste Verständigung potentieller Planungsbeteiligter über die Grundlinien und Ziele einer ggf. umfangreicheren Jugendhilfeplanung stattfinden.

Welche Planung wollen wir? - Anforderungen der Jugendverbände an die Gestaltung des Planungsprozesses

Von ihrer Intention her kann Jugendhilfeplanung auch für die Jugendverbände eine sinnvolle Grundlage für die Gestaltung zukünftiger Jugendarbeit sein bzw. dazu werden. Voraussetzung ist allerdings, daß einige Bedingungen erfüllt sind. Zusammenfassend sind als wichtigste Aspekte zu nennen:

- Jugendverbände müssen darauf achten, daß sie von Anfang an, also bereits im Stadium der Konzepterörterung, in den Planungsprozeß einbezogen werden. Dies entspricht der gesetzlichen Grundlage des § 80 KJHG.
- Der Planungsansatz muß gewährleisten, daß die eigenen Leute qualifiziert werden. Planerisches Wissen sollte sich bei allen Planungsbeteiligten innerhalb jeder Planungsregion entwickeln. Die Entwicklung einer Jugendhilfeplanung bedeutet automatisch eine Weiterqualifizierung aller, die daran mitwirken. Auf diesen spätestens mittelfristig zu erwartenden Kompetenzzuwachs, der wiederum der gesamten Jugendhilfe zugute kommen wird, sollte kein Jugendamt verzichten! Insofern ist ein schwerpunktmäßig intern angelegter Planungsansatz, bei dem möglichst viel in den eigenen Händen verbleibt, der Abgabe an ein externes Planungsinstitut vorzuziehen. Abgesehen davon wurde die Gesamt- und Planungsverantwortung eindeutig dem Jugendamt zugewiesen, das mit einem Planungsansatz, der viel 'Eigenarbeit' vorsieht, diese Aufgabe verantwortungsvoll wahrnehmen würde. Das bedeutet aber nicht, daß restlos alles selbst gemacht werden muß. Für bestimmte Teilaufgaben, die die eigenen Kapazitäten übersteigen würden, wie z.B. spezielle Erhebungen usw., kann man sich durchaus die Unterstützung externer Institute einholen. Es sollte aber darauf geachtet werden, daß man das Ruder nicht völlig aus der Hand gibt.
- Die Größenordnung der Jugendhilfeplanung darf die finanziellen und personellen Bedingungen der laufenden Maßnahmen nicht beeinträchtigen. Das kann möglicherweise zunächst auf kleinere Planungsschritte hinauslaufen, über die erst einmal ein Einstieg gefunden werden kann.

Die Kosten einer Jugendhilfeplanung dürfen nicht zu Lasten der Mittel für andere Aktivitäten der Jugendarbeit gehen.

- Es muß insgesamt ein prozeßorientiertes Planungsverständnis zugrundeliegen. Planung wird dann erfolgreich sein, wenn es gelingt, die verschiedenen Gruppen, die daran mitwirken und deren Auswirkungen zu spüren bekommen, wie z.B. die ehren- und hauptamtlichen Kräfte der Jugendarbeit, die jugendlichen 'Endverbraucherinnen', die Politikerinnen, zusammenzuführen und einen gemeinsamen Planungsprozeß zu initiieren. Nicht nur das Produkt 'Jugendhilfeplan' ist wesentlich, sondern auch der gemeinsame Weg, das gemeinsame Vorgehen während des Planungsprozesses. Nur so kann erreicht werden, daß die Planung auf breiter Ebene akzeptiert wird und die Planungsbeteiligten motiviert mitarbeiten.
- Zum Einstieg sollte eine Motivierungs- und Qualifizierungsphase für alle Planungsbeteiligten stattfinden. Der Begriff 'Planung' ist in der Jugendhilfe häufig aufgrund von Erfahrungen, Unkenntnis, Ängsten und Desinteresse negativ besetzt. Insofern sollten es auch die Jugendämter als ihre Aufgabe betrachten, Betroffene und Beteiligte für die Aufgabe zu interessieren, zu sensibilisieren, zu motivieren und auch zu qualifizieren, und zwar bevor weitreichende Entscheidungen über Planungsverfahren, -modalitäten und -bereiche getroffen werden.
- Es müssen ausreichende Personalkapazitäten für die Jugendhilfeplanung beim Träger der öffentlichen Jugendhilfe geschaffen werden. Um dem gesetzlichen Auftrag einer fortwährenden (!) Jugendhilfeplanung gerecht werden zu können und um prozeßorientiert zu planen, ist es unabläßlich, dafür Personalkapazitäten in angemessenem Umfang beim Jugendamt vorzusehen.

Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, hat Jugendhilfeplanung eine reelle Chance, ein dauerhaftes jugendpolitisches Instrument im Interesse der Planungsbetroffenen zu werden. Unter diesen Voraussetzungen ist es auch für die Jugendverbände eine Chance zur Weiterentwicklung ihrer Arbeit innerhalb der Jugendarbeit. Ein solcherart organisierter Prozeß kann für alle Beteiligten gewinnbringende werden.

Eigene Fragestellungen einbringen - Zur Interessenvertretung der Jugendverbände

Vom theoretischen Anspruch her soll sich Jugendhilfeplanung unter fachlichen Gesichtspunkten an den Lebens- und Problemlagen junger Menschen (und ihrer Familien) orientieren. So weit, so gut - so illusorisch? In der Praxis einer politischen Arbeit, und als solche ist Jugendhilfeplanung eben auch zu verstehen, muß man jedoch davon ausgehen, daß das Handeln von Organisationen und der sie vertretenden Personen selbstverständlich interessengeleitet ist. Für die Arbeit von Vertreterinnen der Jugendverbände in einer Planungsgruppe bedeutet das, daß man sich darauf einstellen muß, daß die Planungsbeteiligten wissen, was sie dort wollen, und versuchen werden, genau das auch durchzusetzen. Nun bietet gerade eine prozeßhaft angelegte Planung immerhin die Chance, solche Interessenlagen transparent zu machen, entbindet aber nicht davon, sich über die eigenen Aufgaben und Interessenlagen klar zu werden. Dieser Fragen sollten sich die Jugendverbände mit Sorgfalt annehmen, wenn sie den Planungsprozeß konstruktiv mitgestalten wollen.

Wie also sieht die Interessenlage der Jugendverbände aus?

Jugendverbände müssen sich also ihre Interessenlage vergegenwärtigen und sich überlegen, was sie davon in welcher Form in den Planungsprozeß einbringen wollen. Diese können aus Sicht des Landesjugendringes nur relativ abstrakt formuliert werden: über die JHP müssen strukturelle, personelle und inhaltliche Verbesserungen der Jugendarbeit erreicht werden. Oder anders formuliert: es muß darum gehen, für die Jugendverbände Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ihnen ermöglichen, vielfältige Angebote für Jugendliche zu machen. Was dies im einzelnen vor Ort bedeuten kann, müßte auch dort abgestimmt werden. Nun macht es wenig Sinn, wenn das von jedem Jugendverband einzeln vorgenommen wird und man sich dann möglicherweise gegenseitig ausspielt. Vielmehr ist es sinnvoll, sich auf gemeinsame Themen und zu bearbeitende Probleme zu verständigen. Dazu sind überverbandliche Absprachen, z.B. auf Jugendringebene, erforderlich.

Dieser Prozeß sollte nach Möglichkeit bereits im Vorfeld der Planung stattfinden, so daß man mit den Ergebnissen in Form konkreter Vorstellungen in die Erörterung eines Planungskonzepts einsteigen kann. In diesem Zusammenhang ist auch die Frage zu klären, welche Person die Vertretung für die Jugendverbände wahrnehmen soll.



Entwicklung eigener zu beratender Fragestellungen:

Sie ergeben sich aus den Problemen, die seitens der Jugendverbände in die Planung eingebracht werden. Das bedeutet, daß man zunächst die eigenen Probleme erkennen und auch benennen muß. Wünschenswert sind natürlich auch Ideen zu ihrer Behebung. (Aus unseren Erfahrungen haben Jugendverbände häufig Probleme im Zusammenhang mit der Motivation zum Ehrenamt, oft ist auch die Raumfrage unbefriedigend, die Mobilität gerade im ländlichen Raum ist für jüngere und auch für Mädchen oft problematisch, Mädchenspezifische Angebote fehlen vielfach, usw.).

Auch die Leistungen aufzeigen!

In einen Planungsprozeß sollte aber nicht nur all das eingebracht werden, was die Arbeit der Jugendverbände beeinträchtigt, sondern auch das, was sie an guter Arbeit leisten. Das kann sich nämlich in der Regel sehen lassen, wie die neuesten Zahlen der Jugendhilfestatistik eindrucksvoll belegen. Eine solche „Leistungsbilanz“ verdeutlicht den anderen Planungsbeteiligten und auch den Jugendverbänden selber, welchen Stellenwert ihre Arbeit innerhalb der Jugendhilfe/Jugendarbeit einnimmt.

Eigene Funktion und Rolle im System der Jugendhilfe verdeutlichen!

Hier ist besonders auf das sog. „Subsidiaritätsprinzip“ (Prinzip der Nachrangigkeit) zu verweisen, das auch im neuen KJHG für das Verhältnis zwischen freien und öffentlichen Trägern maßgebend ist. Das heißt in diesem Fall, daß in erster Linie die freien Träger - also auch die Jugendverbände - in die Lage versetzt werden sollen, Angebote der Jugendarbeit zu machen. In der Regel geschieht dies durch finanzielle Förderung, Bereitstellung von Räumen etc. Erst wenn bestimmte Angeboten von den freien Trägern nicht geleistet werden, treten die öffentlichen Träger, also die Jugendämter bzw. die Jugendpflegen, mit entsprechenden Maßnahmen in Aktion (häufig mit offenen Angeboten z.B. für Personen, die sich nicht verbandlich binden möchten). So ist es zumindest in der Theorie, und so sollte es auch in der Praxis gehandhabt werden. Das bedeutet also, daß vorrangig die freien Träger in ihrer Funktion als Anbieter von Jugendarbeit unterstützt werden sollen. Darüber müssen sich die Jugendverbände im klaren sein und darauf können sie sich berufen. Allerdings setzt das voraus, daß sie wissen, was sie wollen und was sie in der Lage sind, zu leisten. Jugendverbände sollten dabei keine 'heiße Luft' produzieren, das würde ihrem Ansehen nur schaden. Wenn aber der Grundsatz des Subsidiaritätsprinzips konsequent verfolgt wird, eröffnen sich für die Jugendverbände sicherlich noch mancherlei bislang ungenutzter Chancen.

Beispiel: Jugendhilfeplanung unter Berücksichtigung der Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen gem. § 9 Abs. 3 KJHG

In welcher Art und Weise Jugendhilfeplanung inhaltlich ablaufen kann, soll hier am Beispiel eines geschlechtsspezifisch differenzierten Planungsansatzes, der den Grundsatz des § 9 Abs. 3 berücksichtigt, dargestellt werden. Dieses Beispiel eignet sich besonders gut dazu, da sich diese Problematik durch alle Bereiche der Jugendhilfe zieht. (In ähnlicher Weise ließe sich z.B. die Berücksichtigung der religiösen und kulturellen Eigenarten von Kindern und Jugendlichen in die Planung aufnehmen. Als übergeordnetes Ziel ist hierbei zu verfolgen, Formen des Zusammenlebens für deutsche und ausländische Mädchen und Jungen zu ermöglichen.)

Die Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Aspekte hat in der Jugendhilfe/Jugendarbeit noch keine lange Tradition, so daß an dieser Stelle eine ausführlichere Behandlung dieses Themas und der Frage, wie es im Rahmen der Jugendhilfeplanung aufgearbeitet werden kann, einige notwendige Anregungen dazu liefern soll.

Mädcheninteressen brauchen besondere Aufmerksamkeit, weil sie ansonsten immer wieder Gefahr laufen, unterzugehen. Sie sind i.d.R. nicht „automatisch“ berücksichtigt, wenn allgemein von Jugendarbeit die Rede ist. Dies wurde auch vom Gesetzgeber gesehen, und hat seinen Ausdruck in der Generalklausel des § 9 Abs. 3 gefunden, in dem die Gleichberechtigung der Geschlechter als eins der Ziele der Jugendhilfe und der Jugendarbeit festgeschrieben ist. Darüber eröffnet die JHP die Chance, den Erfahrungen, daß Jugendarbeit sich allzuhäufig als „Jungenarbeit“ herausstellt, neue Konzepte entgegenzusetzen, die gleichermaßen beiden Geschlechtern Ansatzpunkte bieten.

Will man der Generalklausel des § 9 Abs. 3 gerecht werden, reicht es allerdings nicht aus, in einer Planungsgruppe auch 'mal über Mädchen zu reden. Vielmehr muß es darum gehen, in allen Bereichen der JH systematisch die besonderen Lebenslagen der Mädchen zu analysieren und diese Ergebnisse in die JHP einzubeziehen. Das bedeutet, die Gleichstellung der Geschlechter als Querschnittsaufgabe für den gesamten Planungsprozeß zu verstehen und sie deshalb dementsprechend ins Planungskonzept aufzunehmen. Wenn dies nicht geschieht, wird die Mädchenarbeit lediglich ein „Anhängsel“ einer ansonsten vermeintlich geschlechtsneutralen, tatsächlich aber allzu häufig im wesentlichen an den Interessen von Jungen orientierten Jugendarbeit bleiben.

Einige Merkmale für die Berücksichtigung der Interessen von Mädchen im Rahmen der JHP:

■ *Wie kann der Einstieg in einen geschlechtsspezifisch differenzierten Planungsansatz gefunden werden?*

Es ist völlig unerheblich, von wem der Anstoß dazu kommt, die Initiative kann gleichermaßen von jeder oder jedem Planungsbeteiligten ergriffen werden. Entscheidend ist dabei aber, daß mindestens eine, besser natürlich mehrere entsprechend qualifizierte Frauen an der JHP mitwirken. Hierbei ist besonders an die kommunale Frauenbeauftragte oder die „in der Mädchenarbeit erfahrene Frau“, die nach dem Nds. AGKJHG in den neu zu bildenden JHAs vertreten sein muß, zu denken.

Die Initiative kann aber auch durchaus von außen kommen, indem z.B. haupt- und/oder ehrenamtlich tätige Frauen aus einem Jugendverband, die zu diesem Thema arbeiten, Kontakte zu Frauen anderer Träger knüpfen und auf einem gemeinsamen Treffen über die Bedeutung von JHP für die Berücksichtigung von Mädcheninteressen informieren, schließlich kann man nicht davon ausgehen, daß z.B. jede Mädcheninitiative bereits weiß, was JHP ist.

Wichtig ist weiterhin, daß der Kontakt zu den anderen Planungsbeteiligten aufgenommen wird. Das kann über den Vertreter oder die Vertreterin der freien Träger in einer Planungsgruppe, über den Jugendpfleger oder die Jugendpflegerin, über den JHA, über den Jugendring, über sonstige persönliche und/oder informelle Kontakte zu Planungsbeteiligten geschehen oder auch über alle Schienen parallel, mit dem Ziel, daß mindestens über eine das Anliegen, JHP geschlechtsspezifisch anzulegen, weitergetragen wird.

■ *In welchem Planungsstadium muß die Fragestellung eingebracht werden?*

Bereits im Stadium der Konzepterörterung, also zu einem sehr frühen Stadium, muß eine Entscheidung zugunsten einer geschlechtsspezifischen Differenzierung der gesamten Planung getroffen werden, weil hier bereits die entscheidenden Weichenstellungen für den gesamten Planungsablauf und seine Fragestellungen vorgenommen werden. Wenn nicht bereits bei der Bestandserhebung Daten darüber ermittelt werden, welche Angebote für Mädchen und welche für Jungen bestehen, welche Einrichtungen in welchem Maß von Mädchen und Jungen genutzt werden, wieviele weibliche und wieviele männliche Fachkräfte zur Verfügung stehen usw., werden auch keine geschlechtsspezifischen Angebotslücken erkennbar und im weiteren wird mit großer Wahrscheinlichkeit auch keine geschlechtsspezifische Maßnahmenplanung vorgenommen werden.

■ *Wie kann Jugendhilfeplanung für Mädchen aussehen?*

Es wird sinnvoll sein, zumindest zeitweise eine eigene Planungsgruppe zur Mädchenarbeit einzurichten. Aufgabe einer solchen Planungsgruppe ist es, die wesentlichen Planungsschritte einer Jugendhilfeplanung (Bestandserhebung, Bedarfsermittlung und Maßnahmenplanung), wie sie in Kapitel 3.1 beschrieben sind, speziell für die Mädchen durchzubuchstabieren:

Demzufolge ist zunächst eine Analyse der Lebenslagen von Mädchen im Planungsgebiet zu erstellen. Das kann nach ganz unterschiedlichen Kriterien erfolgen. Beispiele sind: Situation von Mädchen in

- Schule
- Beruf(sausbildung)
- Freizeit
 - Jugendverband
 - Initiativen, sonstige freie Träger
 - Jugendpflege
- Familie
- ggf. spezielle regionale und lokale Gegebenheiten

Eine Beschreibung dieser Situationen sollte sich nicht nur auf Daten und Zahlen beschränken. Aussagekräftiger ist es, darüber hinaus typische Konstellationen, in denen die Lebenslagen von Mädchen deutlich werden, zu beschreiben. Aufschlußreich ist weiterhin die Benennung von Lebensbereichen, die Jugendlichen zugeschrieben werden, in denen Mädchen aber keine oder nur eine geringe Rolle spielen.

Im weiteren muß es darum gehen, Beiträge zur Ermittlung der Bedürfnisse der Mädchen zu liefern und zwar unter direkter und indirekter Beteiligung der Betroffenen. Schließlich müssen darauf aufbauend Vorschläge für Maßnahmen erarbeitet werden, die das Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe der Mädchen an der Jugendarbeit verfolgen, d.h. an ihren Ressourcen, an allen ihren Angeboten mit all den persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten, die sie bietet, und nicht zuletzt an ihren politischen Mitgestaltungsmöglichkeiten.

■ *Welche Schwierigkeiten können auftreten?*

Jede Menge, auf eine aber kann man sich von vorneherein einstellen: Das oben beschriebene Vorgehen wird nicht für alle Planungsbereiche flächendeckend auf einen Schlag möglich sein, da 1. für die gesamte Planung sowieso nicht alle notwendigen Daten verfügbar sein werden, 2. geschweige denn geschlechtsspezifisch getrennt und 3. sie aufgrund unterschiedlicher Erhebungskriterien nicht unbedingt vergleichbar sein werden.



Schon hier wird man auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen. Möglicherweise ist es sinnvoll, als ein Ergebnis der JHP den befragten Trägern Vorschläge für ihre Datenerfassung zu unterbreiten, die das Verfahren für die Zukunft - schließlich soll JHP ein fortlaufender Prozeß sein - vereinfachen.

Daß hier, wie in allen anderen Planungsbereichen auch, Spannungen auftreten können zwischen dem gemeinsamen berechtigten Anspruch verschiedener Träger, bestimmten Interessen (in diesem Fall die der Mädchen) innerhalb des Planungsprozesses Rechnung zu tragen, und den speziellen Interessen einzelner Träger, ihr ureigenes Schärfelein besonders ins Trockene zu bringen, soll auch an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben.

■ **Und trotzdem!**

Eine geschlechtsspezifisch differenzierte Bestandserhebung wird aber, wenn auch mit gewissen Unebenheiten, immerhin faßbare Anhaltspunkte für die genauere Analyse der Lebenswelten von Mädchen und Jungen liefern. Sie wird dazu beitragen, Angebotslücken, die es für Mädchen fast immer gibt, aufzudecken, und stellt somit einen ersten Schritt für eine Maßnahmenplanung in der Jugendarbeit dar, die auch die Belange der Mädchen berücksichtigt.

Nur so verstanden kann JHP den Anspruch erheben, alle Bereiche der JA zukunftsweisend zu entwickeln. Und nur so verstanden wird die Generalklausel des § 9 Abs. 3 mit Leben gefüllt. Und nur so kann eine JHP dem Anspruch der Entwicklung einer zukunftsgerichteten JH für alle Jugendlichen nachkommen.

Jugendpolitische Einschätzung:

Über das KJHG ist der Jugendhilfeplanung ein hoher Stellenwert beigemessen worden. Mit der Verpflichtung zur frühzeitigen Beteiligung der freien Träger wird deren maßgeblichem Beitrag in der Jugendhilfe/Jugendarbeit Rechnung getragen und ihre Einbeziehung in die konzeptionelle Diskussion um Perspektiven in der Jugendhilfe/Jugendarbeit sichergestellt.

Im Kontext von Jugendhilfeplanung eine Überprüfung und ggf. Veränderungen der Leistungsstruktur der Angebote der gesamten Jugendhilfe vorzunehmen, kann auch für die Arbeit der Jugendverbände neue Blickwinkel eröffnen. Z.B. wird die Beteiligung der Jugendverbände an der Planung dazu beitragen, ihr Selbstverständnis kritisch zu überprüfen. Weiterhin wird es erforderlich sein, innerhalb des Spannungsbogens zwischen ihrem Anspruch auf Autonomie und den Erfordernissen einer Planung nach Berechenbarkeit und Kontinuität Position zu beziehen. Durch die Auseinandersetzung

mit anderen Trägern bzw. Planungsbeteiligten wird es auch zu einer Vergewisserung des Stellenwertes und der Funktion der Jugendverbände innerhalb des gesamten Systems der Jugendhilfe/Jugendarbeit kommen. Von diesen Prozessen werden die Jugendverbände sicherlich profitieren.

Für die gesamte Jugendhilfe wird über das Instrument der Jugendhilfeplanung eine offene, trägerübergreifende Diskussion auf breiter Ebene - und das ist neu - über Jugendhilfe und ihre konzeptionelle Fortentwicklung ermöglicht. Das Überprüfen bestehender Leistungen, das Erkennen von Angebotslücken usw. schafft darüber hinaus Begründungszusammenhänge für Arbeitsformen und Konzepte, die sich möglicherweise verändern müssen, wenn sie heutigen Anforderungen genügen wollen. Insgesamt erhält die Jugendhilfe/Jugendarbeit dadurch einen größeren Stellenwert in der Verwaltung und der Politik.

Demgegenüber muß natürlich auch gesagt werden, daß Planung zwar ein Hilfsmittel für eine effiziente Jugendhilfe/Jugendarbeit sein kann, aber natürlich auch kein Wundermittel gegen Fehlentwicklung und Erstarrung.

Damit eine Jugendhilfeplanung ihrem theoretischen Anspruch gerecht werden kann, bedarf es sowohl großen Engagements aller Planungsbeteiligten als auch eines flankierenden politischen Willens, der neue Ansätze sowie deren Umsetzung durch entsprechende Entscheidungen unterstützt.

Veröffentlichungen des Landesjugendringes zu diesem Thema:

- Ja, mach' nur einen Plan. Jugendhilfeplanung im Bereich Jugendarbeit. Dokumentation einer Fachtagung des Landesjugendringes vom 04.-06.11.1991, 80 Seiten DIN A 4
- *In Vorbereitung:* Jugendhilfeplanung für die Jugendverbände, Arbeitshilfe (Mitte 1994)



Das Programm „Strukturschwache Gebiete“ Stationen und Perspektiven regiona- ler Jugendarbeit in Niedersachsen



Seit mehr als 15 Jahren wird die regionale Jugendarbeit in Niedersachsen seitens der Landesregierung besonders gefördert. Aus diesem Anlaß veranstalteten die daran beteiligten Jugendverbände in Zusammenarbeit mit dem Landesjugendring Niedersachsen im Mai 1993 in Asel (Ostfriesland) eine Festveranstaltung, in deren Rahmen u.a. die geleistete Arbeit reflektiert sowie zukünftige Aufgaben regionaler Jugendarbeit und die Perspektiven des Programms erörtert wurden.

Entwicklung:

Was zunächst als „Sonderprogramm Strukturschwache Gebiete“ 1978 modellhaft in Zusammenarbeit zwischen Landesjugendring Nds. und dem Nds. Kultusministerium begann, konnte aufgrund der nachgewiesenen Erfolge nach 10 Jahren in ein Regelprogramm überführt und gleichzeitig personell und regional erweitert werden. Mittlerweile sind im Rahmen des Programms 12 regionale Bildungsreferentinnen und -referenten bei Mitgliedsverbänden des Landesjugendringes sowie der Sportjugend Nds. beschäftigt. Ihre schwerpunktmäßigen Einsatzgebiete sind Ostfriesland, das Emsland sowie das ehemalige Zonenrandgebiet.



Zielsetzungen:

Das Programm wurde damals eingesetzt, um den strukturellen Nachteilen in ländlichen Gebieten, wie z.B. wenig Freizeitmöglichkeiten, mangelnde Verkehrsanbindung, schlechte Weiterbildungsmöglichkeiten, geringes Arbeitsplatzangebot usw., wenigstens punktuell entgegenzuwirken. Gerade junge Menschen sollten durch Angebote der Jugendarbeit nicht nur zur selbstbestimmten Freizeitgestaltung, sondern auch zur demokratischen Mitgestaltung ihres Lebensraumes motiviert werden. Es galt also, Jugendgruppen zu gründen und verbandliche Strukturen zu erweitern bzw. aufzubauen, wobei gerade das Herstellen von Kontinuität von entscheidender Bedeutung war und ist. Dies gilt insbesondere für die Arbeit mit Jugendlichen im ländlichen Raum, bei denen die ausbildungs- und berufsbezogene Fluktuation deutlich höher ist. Hier ist die Unterstützung, Beratung und Begleitung durch Hauptamtliche erforderlich. Genau hier liegen auch die hauptsächlichen Aufgabengebiete der regionalen Bildungsreferent-inn-en: es geht um die verstärkte Gewinnung Ehrenamtlicher für den Aufbau und die Leitung örtlicher Jugendgruppen und die Jugendarbeit in der betreffenden Region sowie um die örtliche Beratung von Ehrenamtlichen, um die Anregung und Begleitung neuer Vorhaben und nicht zuletzt um die Vorbereitung und Durchführung örtlicher und regionaler Freizeit- und Bildungsmaßnahmen.

Erfahrungen:

Die Erfolge des Programms können sich sehen lassen: Die Kombination einer Förderung von Bildungsreferentinnen und -referenten und der Förderung von Bildungsmaßnahmen hat dazu beigetragen, die Strukturen der Jugendarbeit in der Region maßgeblich zu stärken. Die Zahl der im Rahmen des Programms Strukturschwache Gebiete geförderten zusätzlichen Bildungsmaßnahmen und die der Teilnehmenden ist stark gestiegen. Es ist immer wieder gelungen, Ehrenamtliche für die Jugendarbeit zu gewinnen, sie zu qualifizieren und mit neuen Erfordernissen der Jugendarbeit vertraut zu machen. Maßgeblich ist hierfür insbesondere, daß Ansprechpartner-innen in der Region (und nicht etwa nur in der Landeshauptstadt) vorhanden sind, die sich für die Belange „ihrer“ Jugendlichen einsetzen und auf regionale Besonderheiten mit entsprechenden Angeboten eingehen können. Innerhalb des Programms ist ein reichhaltiger Fundus an Konzeptionen zu den verschiedensten Seminaren, Gruppenleiter- und leiterinnenschulungen, Freizeitmaßnahmen usw. entstanden. Weiterhin trägt die überverbandliche Zusammenarbeit der regionalen

Bildungsreferenten entscheidend dazu bei, den Erfahrungsaustausch und die kollegiale Beratung untereinander sicherzustellen sowie die Weiterentwicklung pädagogischer Konzepte und der daraus hervorgehenden Maßnahmenpalette voranzubringen. Auch in dieser Hinsicht ist die Arbeit im Programm Strukturschwache Gebiete richtungsweisend.

Zukünftige Aufgaben regionaler Jugendarbeit:

Im Verlauf der letzten 15 Jahre haben die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Jugendarbeit und besonders für ehrenamtliches Engagement allerdings entscheidende strukturelle Veränderungen erfahren, die hier nur sehr grob skizziert seien: die allmähliche Auflösung traditioneller sozialer Milieus macht sich, wenn auch mit gewisser Zeitverzögerung, auch im ländlichen Raum bemerkbar. Gleichzeitig sind die inhaltlichen und organisatorischen Anforderungen an Angebote der Jugendarbeit (nicht nur) im Zuge der Konkurrenz der kommerziellen Freizeitindustrie enorm gestiegen. Auch sind die Anforderungen an die persönliche Lebensbewältigung Jugendlicher wesentlich höher geworden. Darüber hinaus sind neue Aufgaben und zu bewältigende Probleme für die Jugendarbeit und die Jugendpolitik dazugekommen:

Besonders hervorzuheben sind hier die Anforderungen des Nds. AGKJHG's (Jugendausschüsse auf Gemeindeebene) und der Jugendhilfeplanung - Aufgaben, die vorwiegend in der Region geleistet werden müssen. In diesem Zusammenhang wird auch die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Entwicklung der Region einen größeren Stellenwert einnehmen. Die Erarbeitung entsprechender pädagogischer Konzepte, spezieller Bildungsangebote u.ä. wird eine wichtige Aufgabe der nächsten Zeit darstellen.

Die neuen Aufgaben der Jugendarbeit erfordern auch von hauptamtlichen Kräften eine verstärkte Hinwendung zu den Jugendringen als Zusammenschlüssen freier Träger, da auf dieser Ebene u.a. eine Verständigung über die zu vertretenden Interessen stattfinden sollte. Notwendig sind hier weiterhin Informationen und Beratungen z.B. in bezug auf den Sinn und Zweck der Jugendringarbeit, die gesetzlichen Grundlagen des KJHG's und AGKJHG's, die Jugendhilfeplanung sowie zu besseren Einbringungsmöglichkeiten für Frauen oder auch zu Problemen Ehrenamtlicher und zur Motivation von Verbandsvertreter-inne-n zur Jugendringarbeit. Wollen sich die freien Träger hier qualifiziert beteiligen, so ist dies ohne hauptamtliche Begleitung und genügend Ansprechpartner-innen in der Region weniger denn je vorstellbar.

Perspektiven:

Aufgrund der positiven Erfahrungen mit dem Programm Strukturschwache Gebiete sowie der Fülle der oben angesprochenen Aufgaben in der Jugendarbeit und der Jugendpolitik in der Region ist die weitere Förderung des Programms unbedingt geboten.

Der Landesjugendring Niedersachsen hat ein Konzept zur regionalen Beratung und Vernetzung entwickelt, das vorsieht, landesweit Beratungsregionen zu bilden und Teams aus Personen zusammenzustellen, die eine solche Beratungstätigkeit wahrnehmen können. Dazu zählen aufgrund ihres regionalen Bezugs insbesondere die Jugendbildungsreferent-inn-en aus dem SSG-Programm und die Referentinnen des Mädchenprogramms, weiterhin die verbandlichen Jugendbildungsreferent-inn-en, Jugendpfleger-innen sowie engagierte und erfahrene Personen aus Jugendringen. Aus diesen Personenkreisen sollen für die jeweilige Beratungsregion „Beratungsteams“ gebildet werden, die entsprechende Angebote vorhalten und Anfragen nachkommen. Erste Schritte, diese Idee in die Praxis umzusetzen, sind bereits erfolgt (siehe dazu auch den gesonderten Beitrag in dieser Broschüre). Diese Form der Beratung schafft zudem Bedingungen, sich gegenseitig auszutauschen und gemeinsam neue Initiativen zu entwickeln. Sie bringt die Jugendorganisationen einander näher und trägt dazu bei, von Qualifikationen anderer zu profitieren.

Veröffentlichungen des Landesjugendringes zu diesem Thema:

- 10 Jahre Jugendarbeit in strukturschwachen Gebieten 1978 - 1988, Erfahrungen und Materialien, 66seitige Broschüre, Din A 4
- 15 Jahre Jugendarbeit im Programm Strukturschwache Gebiete, Praxisbeispiele aus der Arbeit des Programms, 22seitige Broschüre, Din A 4



Die Situation von Mädchen und Frauen in Mitgliedsverbänden des Landesjugendrings Niedersachsen

Ergebnisse einer Befragung



Jugendarbeit wird gemeinhin verstanden als ein Bereich, in dessen Rahmen jungen Menschen Angebote zur Verfügung gestellt werden, die ihre Entwicklung fördern, an ihren Interessen anknüpfen, von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen sowie zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen sollen, wie es auch im KJHG festgeschrieben ist.

Allerdings ist Jugendarbeit nicht geschlechtsneutral, und allein das Durchführen gemeinsamer Freizeitaktivitäten und Bildungsveranstaltungen führt noch lange nicht zu mehr Gleichberechtigung und Chancengleichheit. Vielmehr stellt sich heraus, daß dabei allzu oft männliche Verhaltensmuster dominieren, denen Mädchen sich lediglich unterordnen. Eine Jugendarbeit, die gleichermaßen die Interessen von Mädchen und Jungen berücksichtigt und damit letztendlich erst ihrem gesetzlichen Auftrag nachkommt, muß auch deren unterschiedliche Lebenszusammenhänge einbeziehen.

Vor diesem - hier nur sehr grob umrissenen - Hintergrund wird vornehmlich von weiblichen Kräften der Jugendarbeit zunehmend Kritik an der Koedukation laut, die vor gut 20 Jahren als damals durchaus fortschrittliches Prinzip in die Jugendarbeit Einzug gehalten hat. Als Konsequenz daraus gibt es mittlerweile vielfache Ansätze, die spezielle Angebote für Mädchen und junge Frauen in der Jugendarbeit entwickeln und einführen. Allerdings

ist die Situation von Mädchen und Frauen in Jugendverbänden bislang kaum systematisch aufgearbeitet worden. Zahlen und Daten dazu liegen - wenn überhaupt - nur sehr vereinzelt vor. Ein Manko, das auch die entsprechende Fachdiskussion erschwert.

Diesem zumindest punktuell entgegenzuwirken, war Ziel einer Fragebogenaktion zur Situation von Mädchen und Frauen in den Mitgliedsverbänden des Landesjugendrings im Sommer dieses Jahres. Der Rücklauf war mit 18 Verbänden insofern vollständig, als lediglich der AK Nds. Jugendgemeinschaften, der seit Jahren keine Aktivitäten entwickelt, den Fragebogen nicht abgegeben hat. Die Bögen wurden überwiegend sorgfältig ausgefüllt, in der Mehrzahl auch von Frauen bzw. in Zusammenarbeit mit Frauen. Insgesamt sind also die gewonnenen Daten für die LJR-Ebene als vollständig anzusehen.

Die Ergebnisse der Befragung geben lediglich einen ersten Überblick über die aktuelle Situation von Mädchen und Frauen in Jugendverbänden. Manch interessante Frage wurde erst im Laufe der Auswertung aufgeworfen, die aus dem gewonnenen Material nicht beantwortet werden kann, weil dazu weitreichendere Erhebungsmethoden erforderlich wären. (Allerdings ist das auch ein generelles Kennzeichen jeglicher Untersuchungen.)

Anteil der weiblichen Mitglieder:

Der durchschnittliche Anteil der weiblichen Mitglieder liegt bei 45,2 %. Dieser Wert entspricht in etwa dem anderer Erhebungen aus der Jugendarbeit und zeigt, daß Mädchen und Frauen an der Basis gut vertreten sind. Ob dies allein darauf zurückzuführen ist, daß die Angebote der Jugendverbände für beide Geschlechter gleich interessant sind, oder auch auf mangelnde Alternativen für Mädchen und Frauen, gerade in einem Flächenland wie Niedersachsen mit großen, ländlich strukturierten Regionen, kann nicht genau gesagt werden. Ebenso wenig kann darüber gesagt werden, wie der Anteil der weiblichen Mitglieder sich in unterschiedlichen Altersstufen darstellt, ob z.B. Parallelen zu einer 1985 im VCP Württemberg vorgenommenen Erhebung zu erkennen sind, nach deren Ergebnissen ein deutlicher Bruch der weiblichen Mitgliedszahlen bei etwa 20 Jahren auszumachen war, und zwar in dem Sinne, daß sie von diesem Alter an aufwärts im Verband kaum noch vorhanden waren und sich stattdessen stärker auf private (d.h. nicht-öffentliche) Lebensbereiche konzentrieren, der Jugendverband für Mädchen also eine kürzere Durchlaufphase bedeutet als für Jungen. Dies zumindest in einigen Nds. Jugendverbänden nachzuprüfen, kann zu wirklich interessanten Erkenntnissen führen.

Anteil der weiblichen hauptamtlichen pädagogischen Kräfte:

Nur knapp unter dem Anteil der weiblichen Mitglieder liegt der Anteil der weiblichen hauptamtlichen pädagogischen Kräfte, nämlich bei 41,1 %. Hierunter fallen nicht nur JFG-Bildungsreferentinnen, sondern auch pädagogische Kräfte, die aus anderen Mitteln finanziert werden. Den weiblichen Mitgliedern stehen insgesamt gesehen in den Jugendverbänden also auch weibliche hauptamtliche Ansprechpartnerinnen zur Verfügung. Damit sind die Voraussetzungen dafür, daß auch der weibliche Lebenszusammenhang bei Angeboten der Jugendarbeit zum Tragen kommen kann, potentiell gar nicht so schlecht.

Anteil der Frauen in entscheidungsrelevanten Verbandspositionen: weibliche Landesvorsitzende, Stellvertreterinnen, Mädchen und Frauen in Gremien:

Mit 52,6 % ist der Anteil der weiblichen Landesvorsitzenden überraschend hoch, ebenso mit 57,8 % der der Stellvertreterinnen. Es zeigt sich also sehr deutlich, daß es ganz offensichtlich viele Frauen auch in verbandlichen Leitungsmitteln gibt, diese aber auffälligerweise in jugendpolitischen Zusammenhängen seltener in Erscheinung treten: denn mit 36,8 % liegt insgesamt der Frauenanteil in Gremien deutlich unter dem Anteil der weiblichen Mitglieder. Nun ist die Erkenntnis, daß Frauen in Gremien unterrepräsentiert sind, beileibe nicht neu. Auch ein Blick in manche LJR-Gremien bestätigt schnell, daß Jugendpolitik nach wie vor eine männliche Domäne ist, obwohl sich herausstellt, daß vom Potential her auch Frauen dafür in Frage kämen.

Es drängt sich also die Frage nach der internen Arbeitsaufteilung von weiblichen und männlichen Vorstandsvertreterinnen und -vertretern auf. Hierbei scheint die 'klassische' Aufteilung im Sinne, daß die Männer für Politik und Außenvertretung und die Frauen für die 'Innenbereiche' zuständig sind, zwar nicht mehr durchgängig, aber doch noch vorherrschend zu sein. Dies scheint weiterhin umso stärker zu gelten, je höher die politische Vertretungsebene ist. Im LJR-Vorstand führt nicht einmal eine Quotenregelung dazu, daß der Frauenanteil erhöht wird.

Die Frage nach den Ursachen dafür kann sicherlich nicht mit einem lapidaren „wenn sie nicht wollen, dann sollen sie sich auch nicht ständig beklagen“ abgetan werden. Vielmehr ist hier eine gründlichere Ursachenforschung zu betreiben: zu fragen ist nach der Motivation von Mädchen und Frauen, sich im Jugendverband zu engagieren, und auch danach, ob und inwiefern Frauen ein anderes Politikverständnis als Männer haben. Gerade diesen Fragen ist eine Untersuchung des LJR Schleswig-Holstein



nachgegangen, die demnächst veröffentlicht wird. Dabei wird deutlich, daß Frauen ihre Arbeit im Jugendverband häufig gar nicht als politische verstehen, sondern eher als soziales Engagement. Persönlichen Kontakten, dem Bezug zur Basis sowie dem Gefühl, unmittelbar etwas bewirken zu können, wurde ein größerer Stellenwert beigemessen als der Gremientätigkeit.

Die Gründe für eine geringere Repräsentanz von Mädchen und Frauen in Gremien liegen wohl auch weniger an fehlenden formalen Möglichkeiten, sondern mehr an inneren, informellen, internen Hindernissen. Ein Beispiel zur Illustration: in Gremien herrscht in der Regel ein bestimmter, und zwar männlich geprägter Umgangsstil, der sich meist über viele (Männer)-Generationen entwickelt hat und der meistens auch insofern funktioniert hat, als damit anstehende Probleme gelöst oder zumindest (vordergründig) befriedet wurden. Für neue männliche Mitglieder ging es dann im wesentlichen darum, genau diesen Stil zu erlernen. Für neue weibliche Mitglieder geht es aber um sehr viel mehr: sie müssen nämlich zunächst mit ihrer Irritation über einen bestimmten Verhaltenskodex zurande kommen, sich dann mit der bestehenden Praxis auseinandersetzen, also ihre Gesetzmäßigkeiten durchschauen, weiterhin eine Entscheidung darüber fällen, sich davon abzugrenzen oder sich anzupassen, im Falle von 'abgrenzen' Gegenstrategien entwickeln und diese - im günstigsten Fall - gegen eine eingespielte Praxis durchsetzen mit allem, was dazu erforderlich ist, oder im Falle von 'anpassen' Entfremdungen von den eigenen Geschlechtsgenossinnen in Kauf zu nehmen. In jedem Fall bedeutet das Fußfassen oder Durchhalten in männlich dominierten Strukturen für Frauen einen erheblichen, nicht nur kognitiven Mehraufwand, den zu betreiben nicht unbedingt attraktiv ist. Das manchmal vergebliche Suchen nach Frauen für Gremien verliert so besehen an Verwunderung.

Spezielle Angebote der Verbände für Mädchen und Frauen:

In 73,6 % der Verbände gibt es - wie auch immer geartete - spezielle Angebote für Mädchen und Frauen. Auch diese Zahl ist überraschend hoch, zeigt sie doch, daß die Mädchen- und Frauenarbeit mittlerweile vom Grundsatz her in beträchtlichem Ausmaß in die Angebotspalette der Verbände aufgenommen wurde. Dies steht sicherlich auch in Zusammenhang mit dem relativ hohen Anteil der weiblichen Hauptamtlichen, die sich häufig auch besonders für die Belange der Mädchen und Frauen in den Verbänden einsetzen. Daß es mittlerweile vielfach geschlechtsspezifische Angebote für Mädchen gibt, geschah in den meisten Fällen allerdings nicht quasi 'naturwüchsig' aus der Erkenntnis einer

Problemlage heraus, der sich auch die Jugendverbandsarbeit widmen müsse, sondern wurde meist gegen beträchtlichen, in der Regel männlichen, Widerstand von haupt- und ehrenamtlichen Frauen erkämpft und schließlich durchgesetzt.

Schon dadurch unterscheidet sich der Umgang mit geschlechtsspezifischen Fragestellungen von dem mit anderen Themen in der Jugendarbeit, denen sich meist einvernehmlicher zugewendet wird. Ein weiterer Unterschied besteht darin, daß diese Thematik nicht mit einem einmaligen Diskussionschwerpunkt oder einigen Seminarangeboten abgehandelt werden kann, sondern ein Querschnittsthema darstellt, das eine beständige Konfrontation männlicher und weiblicher Ansprüche, Denkansätze, Verhaltensweisen usw. beinhaltet, die regelmäßig an den Grundlagen des individuellen Selbstverständnisses rühren. In letzter Konsequenz geht es bei der Auseinandersetzung mit Geschlechterfragen stets um Machtfragen: sehr einfach und schon fast plump formuliert darum, daß Männer aufgefordert werden und lernen müssen, Macht abzugeben, und umgekehrt Frauen Wege finden müssen, mit ihr umzugehen.

Auch diese Erkenntnis ist schon oft und auch in angemessener Differenzierung beschrieben worden. Daß geschlechtsspezifische Fragen aber auch im Alltag von Jugendverbänden ihren Niederschlag finden, läßt erkennen, daß Jugendverbände grundsätzlich bereit und in der Lage sind, tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungsprozesse aufzunehmen und sie mit ihren eigenen Mitteln in ihre alltägliche Praxis aufzunehmen. Man kann es aber auch weniger schmeichelhaft formulieren und sagen, daß die Veränderungen der Rolle von Frauen in der Gesellschaft so stark ist, daß auch Jugendverbände daran nicht vorbeikommen. Wie dem auch sei, fest steht jedenfalls, daß es hierbei Reibungsflächen und Konfliktlinien gibt, die Auseinandersetzungen erfordern, die aber auch geführt wurden und werden. Ob das in der Konsequenz auch zum Zulassen und zum Ausfüllen von strukturellen Veränderungen führt, bleibt zunächst abzuwarten.

Um aber auf die Zahlen der Befragung zurückzukommen, bleibt zusammenfassend festzustellen, daß die grundsätzliche Bereitschaft von rund 3/4 der Mitgliedsverbände, sich auf das höchst sensible Themenfeld geschlechtsspezifischer Fragen einzulassen, zweifellos positiv zu bewerten ist. Es bedeutet schließlich auch, daß das Engagement von Frauen für die weiblichen Mitglieder bislang erfolgreich war, wenngleich diese Zahl noch nichts über den Stellenwert aussagt, den dieses Thema im verbandlichen Gesamtgeschehen einnimmt. Daß aber 1/4 der Verbände diesbezüglich noch nicht aus dem Dornröschenschlaf wachgeküßt wurde, darf auch nicht unerwähnt bleiben.

Spezielle Veranstaltungen für Mädchen und Frauen:

Schaut man sich die Veranstaltungen für Mädchen und Frauen genauer an, liegen Wochenendveranstaltungen mit 68,4 % ganz vorn, gefolgt von AG's mit 52,6 % und „sonstigem“ mit 36,8 %. Mit jeweils 31,5 % liegen Abendveranstaltungen und Wochenveranstaltungen gleich auf. Freizeiten spielen mit 29,4 % eine zwar geringere, aber dennoch relevante Rolle. Damit läßt schon die Angebotsstruktur eine Vielfalt erkennen, die einen eigenständigen Arbeitsbereich kennzeichnet. Dies wird weiter untermauert, wenn man den Blick auf die behandelten Themen richtet:

Abendveranstaltungen/AG's:

Hierunter werden vor allem Arbeitskreise zur Mädchen- und Frauenarbeit genannt, die sich in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen zu aktuellen und selbstgesuchten Themen treffen. Aber auch die kontinuierlichere Behandlung eines Themas spielt hier eine Rolle: Gruppenleiterinnenausbildung, Wen Do-Kurs, AG zur Kindermitbestimmung, Coming-Out-Gruppe für lesbische Mädchen, Internationale Theater AG, 'Frauensektfrühstück', das vermutlich nicht abends stattfindet, aber wohl in einer entsprechenden zeitlichen Dimension, oder auch 'Afrikanischer Tanz' sind Beispiele, die Vorstellungen über Frauenabende als exotische lila Nieschen oder prima Gelegenheiten, lediglich mal ungestört über Männer herziehen zu können, deutlich widerlegen.

Wochenendveranstaltungen:

Dies ist die am häufigsten genannte Veranstaltungsform. Inhaltlich stehen Seminare zu Wen Do, Selbstverteidigung und Selbstbehauptung weit an der Spitze. Es folgen Veranstaltungen zum Themenblock 'Selbsterfahrung, Liebe/Sexualität, Menstruation', und an dritter Stelle stehen kulturelle und kreative Angebote wie z.B. Theaterspielen.

Besonders auffällig sind die zahlreichen Angebote zur Selbstverteidigung und Selbstbehauptung. Die große Nachfrage ist zum einen sicherlich darauf zurückzuführen, daß hierbei die Zugangsschwellen im Sinne von geringem Rechtfertigungsdruck gegenüber Freunden, Familie u.ä. eher gering sind und gleichzeitig die Seminarerfahrungen in direkter Form verwertbar sind. Zum anderen läßt sie aber auch erkennen, daß die latent vorhandene Gewaltbedrohung für Frauen nicht nur, aber sicherlich auch im Jugendverband sehr groß ist. Umso wichtiger ist es für Mädchen und Frauen, auch in der Jugendarbeit Raum zu haben, die damit zusammenhängenden Ängste ansprechen zu können und Gegenstrategien zu entwickeln und zu erlernen.

Die an zweithäufigster Stelle genannten Veranstaltungsthemen befassen sich mit Angeboten, die man unter den Begriff der weiblichen Identität und Identitätsfindung zusammenfassen kann. Damit wird ein weiterer Bereich aufgegriffen, in dem die spezifisch weibliche Lebensführung und Lebensplanung behandelt wird. Die Nachfrage ist sicherlich auch darauf zurückzuführen, daß die weiblichen Rollenbilder in sehr viel stärkerem Maß aufgebrochen wurden und werden als die männlichen. Außerdem sind weibliche, nicht-traditionelle Vorbilder und Identifikationsfiguren seltener zu finden und auch unbekannter.

Wochenveranstaltungen und Freizeiten:

Hier ist das Spektrum ähnlich breit wie bei Abendveranstaltungen: Rhetorik, Belästigung am Arbeitsplatz, Lebenskonzepte und Rollenbilder, Kletterseminar, Europa, Mädchenlager sind einige Beispiele, die zwar keine übergreifenden thematischen Schwerpunkte erkennen lassen, aber zeigen, daß zum einen auch zeitlich intensivere Maßnahmen nachgefragt werden, und zum anderen, daß eine breite Themenpalette unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten behandelt wird.

Sonstige Veranstaltungsformen:

Unter dieser Rubrik sammeln sich in erster Linie Mädchenspezifische Angebote im Rahmen koedukativer Veranstaltungen wie auf Gremiensitzungen, Großveranstaltungen oder Seminaren. Es gibt aber auch öffentlichkeitswirksame Aktionen wie „Die Po-Kneiferinnen“ oder „Straßenumbenennungen“ sowie langfristig angelegte hochqualifizierte Angebote wie eine Jahresgruppe Sozialmanagement oder das Projekt „Berufliche Bildung junger Frauen in Europa“.

„Renner“ und „Flops“:

Bei allen Angeboten für Mädchen und Frauen zeigt sich, daß die „Renner“ oder besser „Rennerinnen“ Themen waren, die den speziell weiblichen Lebenszusammenhang reflektieren: ganz oben an wieder die Selbstverteidigung, gefolgt von üblicherweise männlich besetzten Themen wie Computer, Auto-Basteln, Frauen und Arbeit usw., Themen, für die Mädchen und Frauen z.T. Freiräume benötigen, um sie für sich zu entdecken sowie ihre Fähigkeiten zu entfalten und ihren eigenen Umgang damit zu entwickeln. Schließlich sind noch 'kreative' Themen zu nennen, wie z.B. die Beschäftigung mit handwerklichen oder kunsthandwerklichen Ausdrucksformen usw., die eher 'klassischen' weiblichen Interessen zuzuordnen sind, die aber in rein weiblichen Gruppen auf großes Interesse stoßen. Zu vermuten ist, daß auch hier die Zugangsschwellen niedrig sind und im Rahmen solcher Veranstaltungen vielfältige Möglichkeiten zum Austausch auch über weitergehende Themen geboten sind.



Als „Flops“ stellten sich überwiegend allgemeinpolitische Themen heraus, die aber vermutlich auch in gemischtgeschlechtlichen Gruppen auf bestenfalls mäßiges Interesse stoßen.

Insgesamt lassen die Antworten erkennen, daß sich die Mädchen- und Frauenarbeit in bezug auf die Themen- und Methodenvielfalt als eigenständiger Arbeitsbereich entwickelt hat. Insbesondere Themen, die besonders eng an speziell weiblichen Erfahrungen und Problemlagen (wie z.B. Gewalt) anknüpfen und noch dazu eine Art 'praktischen Verwertbarkeitscharakter' aufweisen können, finden großen Anklang. Die gesamte Themenpalette spiegelt wider, was in koedukativen Arbeitsformen wenig bis gar nicht (wie z.B. Gewalt gegen Frauen) oder auch männlich dominiert (wie z.B. Computer oder Handwerkliches) behandelt wird. Sie zeigt auch die Notwendigkeit, Angeboten zu speziell weiblichen Belangen gleichermaßen Aufmerksamkeit zu widmen.

Diskussion geschlechtsspezifischer Fragen in Gremien:

Mit 73,6 % ist der Anteil der Verbände, in denen geschlechtsspezifische Fragen in Gremien diskutiert werden bzw. schon einmal diskutiert wurden, ebenfalls recht hoch. Er entspricht dem Anteil, der auch spezielle Angebote für Mädchen und Frauen macht, und ist mit ihm auch weitgehend identisch. Es besteht auch insofern ein logischer Zusammenhang, als neue Arbeitsbereiche und neue Themen in der Regel zunächst den Weg über die Gremien nehmen müssen, in denen deren Notwendigkeit und die Relationen zu anderen Themen verhandelt werden.

Schaut man sich die Themen, die dort bearbeitet wurden, genauer an, ist festzustellen, daß sie sich zu 3/4 auf die Reflexion der eigenen Arbeit, des Arbeitsstils und des Umgangs miteinander beziehen. Genannt werden z.B.: Diskussions- und Rollenverhalten, Leitungsstil, Teamarbeit von Männern und Frauen, Frauenförderpläne usw. Die Reichweite bis ins individuelle Selbstverständnis der Persönlichkeit hinein ist unverkennbar. Der Rest entfällt auf geschlechtsspezifische Fragen bei allgemeinpolitischen Themen wie z.B. Berufsschul- und Ausbildungssituation oder auch Fremdenfeindlichkeit / Rassismus / Gewalt.

Solche Diskussionen werden von Frauen und Männern etwas unterschiedlich bewertet:

Während Frauen sie in erster Linie für notwendig und wichtig halten, aber auch das nervige, kräftezehrende und mit zu wenig Sachverstand Geführte daran betonen, und lediglich eine Minderheit sie für unwichtig hält und ihnen ablehnend gegenübersteht, verschiebt sich die

Bewertung von Männern dahingehend, daß sie der Behandlung geschlechtsspezifischer Fragen zwar überwiegend auch positiv und akzeptierend gegenüberstehen, sich dies aber fast die Waage hält mit Äußerungen wie skeptisch, z.T. überzogen, überflüssig, desinteressiert.

Fast logisch erscheinen dann auch die Antworten zu der Frage nach den dabei am häufigsten auftretenden Problemen. An erster Stelle werden nämlich Verständigungsschwierigkeiten genannt. Dabei gibt es einen fließenden Übergang zur Problematik um Machtfragen. Folgende Antwortreihe zur Beurteilung männlichen Verhaltens soll dies verdeutlichen. Als am häufigsten auftretende Probleme werden genannt: gegenseitiges Verstehen, fehlende Akzeptanz und Einsicht, ins Lächerliche ziehen, Ablehnung und Ignoranz, Angst vor Machtverlust. Hierbei geht es nicht nur um Verständigungsprobleme sprachlicher Natur, sondern es wird wiederum das grundlegende und fast alle Bereiche durchziehende Spannungsfeld weiblicher und männlicher Lebenszusammenhänge erkennbar.

Nicht zu vergessen ist an dieser Stelle noch ein weiterer Antwortenkomplex, in dem mangelnde bzw. fehlende Konsequenzen solcher Diskussionen beklagt werden (hier sind durchaus auch selbstkritische Untertöne zu vernehmen, z.B.: niemand hat ein Patentrezept dafür, wie die Beteiligung von Frauen verstärkt werden kann).

Spezielle Fördermaßnahmen für Mädchen und Frauen:

Spezielle Fördermaßnahmen gibt es bei 52,6 % der Verbände, abgesehen davon sind bei 52,6 % Fördermaßnahmen geplant, hierunter fallen sowohl Verbände, bei denen es bislang nichts dergleichen gibt, als auch solche, die zu den bestehenden weitere planen. Unter den bestehenden Fördermaßnahmen wurden sowohl z.B. Frauenförderpläne der Bundesorganisation, die auch für die Jugendorganisation gelten, oder Quotenregelungen genannt als auch eine Förderung durch inhaltliche Schwerpunktsetzung oder entsprechende Seminarangebote.

Besonders der letztgenannte Bereich ist auch der am häufigsten unter den geplanten Fördermaßnahmen genannte. Angestrebt werden ein breiteres Bildungsangebot für Frauen, Seminare für Gruppenleiterinnen, Treffen für Frauen in Vorstandsämtern, eine stärkere Berücksichtigung und Einbindung weiblicher Interessen und Themen.

Es ist schwer, zu unterscheiden, ob eine stärkere Förderung der Mädchen und Frauen eher als eine positive Weiterentwicklung des gesamten Verbandes verstanden wird, oder 'Mann' sich eher in ein notwendiges und nicht mehr zu verhinderndes Übel fügt. Von dem in dieser Frage vorherrschenden

Tenor wird die Qualität entsprechender Diskussionen und damit auch das Maß an Lust oder Frust sowie der Nachdruck, mit dem Veränderungen vorangebracht bzw. überhaupt zugelassen werden, ganz stark abhängen.

Bei 42,1 % der Verbände gibt es keine besonderen Fördermaßnahmen und ist auch nichts in Planung.

Männliche und weibliche Schreibweise:

Vielfach durchgesetzt hat sich offensichtlich, neben der männlichen auch die weibliche Schreibweise konsequent zu verwenden. 73,6 % der Verbände geben an, es so zu handhaben. Wenn man Sprache als Ausdruck des Bewußtseinsstandes einer Gesellschaft oder auch nur einer gesellschaftlichen Gruppe versteht, stellt dies ein weiteres Indiz für einen Wandlungsprozeß dar, der sich auch in den Jugendverbänden widerspiegelt.

Allerdings muß auch hier vermerkt werden, daß 1/4 der Verbände in ihrer Schreibweise noch hinter den für Behörden geltenden Vorschriften hinterherhinken.

Situation der Mädchenarbeit auf regionaler Ebene:

Die bislang aufgeführten Ergebnisse beziehen sich jeweils auf die verbandliche Landesebene, auf der es Mädchen und Frauen in den letzten Jahren gelungen ist, spezifisch weiblichen Belangen einen gewissen Raum zu erobern. Diese Tendenz kann für die regionale Ebene so nicht ausgemacht werden.

In der Region stellt sich die Situation sehr unterschiedlich, insgesamt aber deutlich spärlicher dar: Mädchen- und Frauenarbeit findet - wenn überhaupt - nur partiell statt, häufig in Abhängigkeit vom Engagement einzelner haupt- oder ehrenamtlicher Frauen.

Hier, wo Gruppenaktivitäten die zentrale Rolle spielen, sind traditionelle Verhaltensweisen offensichtlich etwas langlebiger. Außerdem ist auch die soziale Kontrolle größer, und Sanktionen und Stigmatisierungen (Emanzen, die wohl keinen Mann abbekommen, usw.) greifen stärker in das unmittelbare Lebensumfeld ein. Weiterhin ist wohl auch gerade das Interesse am anderen Geschlecht ein wichtiger Beweggrund dafür, in einen Jugendverband zu gehen. Für die regionale Ebene wird z.B. auch angegeben, daß das Interesse an entsprechenden Angeboten relativ gering ist. Insgesamt sieht es so aus, als ob das Pflaster für die offene Thematisierung geschlechtsspezifischer Fragen in der Region anscheinend spürbar härter ist als auf der Landesebene. Dort stoßen engagierte Frauen offenbar eher auf Gleichgesinnte und ein wenigstens

zum Teil schon vorbereitetes Terrain. Außerdem spielen das größere Einzugsgebiet und die größere Anonymität der Landesebene sicherlich auch eine Rolle.

Allerdings wird auch genannt, daß es immer mehr Gruppenleiterinnen gibt und die Beteiligung von Mädchen und Frauen vor Ort viel stärker ist als auf Landesebene. Diese Äußerungen entsprechen einem anfangs schon angesprochenen Politikverständnis von Frauen, das stärker personenbezogen und auf direkte Einflußnahme ausgerichtet ist, das sich aber nicht unbedingt auf frauenspezifische Themen richtet.

Was ist wünschenswert?

Bei diesem abschließenden offenen Fragenkomplex wurde an erster Stelle der Wunsch geäußert, daß mehr Frauen in Gremien vertreten sein sollten. Um diesen Wunsch umzusetzen oder seiner Realisierung zumindest näher zu kommen, muß allerdings jeder Verband genau analysieren, aus welchem Grund der Frauenanteil in seinen Gremien geringer ist als gewünscht.

Gleich im Anschluß daran liegt der Wunsch nach einem selbstverständlichen Umgang miteinander, danach, Mädchen- und Frauenbelange als Querschnittsaufgabe zu verstehen, ein gleichberechtigtes Nebeneinander von geschlechtshomogenen und -heterogenen Angeboten zu erreichen. Damit gleich auf liegt der Wunsch nach stärkerer Berücksichtigung weiblicher Bedürfnisse.

Insgesamt wird der Wunsch danach deutlich, daß Mädchen und Frauen stärker zu Tage treten sollten, was ja auch heißt, daß sie momentan zu wenig auftauchen. Das wird zusätzlich durch die Antworten zur Frage nach Problemen, die momentan gesehen werden, bestätigt.

Was macht den Verband für Mädchen und Frauen attraktiv?

Dies war eine Frage, die zur selbstkritischen Reflexion anregen sollte, deren Antworten aber eher auf eine Legitimation der eigenen Arbeit hindeuten: an erster Stelle wird der offene, gleichberechtigte, zwanglose Umgang miteinander genannt, viele Möglichkeiten für Mädchen und Frauen, sich einzubringen usw. Mit geringem Abstand folgen Verbandsspezifika wie: Erste Hilfe, Pfadfindern, Schwimmen etc., an dritter Stelle stehen das vielfältige Bildungsangebot, Kontaktmöglichkeiten, Spaß an der Gruppe etc.

Diese Antwortpalette läßt keine nennenswerte geschlechtsspezifische Ausprägung erkennen, vermutlich würden die Antworten für Jungen nicht viel anders ausfallen. Ist also ein Jugendverband aus den gleichen Gründen für Mädchen und Jungen interessant?



An dieser Stelle tritt erneut die Frage nach der Motivation auf, in einen Jugendverband zu gehen und danach, ob es dabei geschlechtsspezifische Unterschiede gibt. Auch dazu gibt es bislang kaum Untersuchungen. Erfahrungsgemäß kommen aber in der Regel neue Mitglieder über persönliche Kontakte in einen Jugendverband und wählen nicht bewußt unter den Jugendverbänden den aus, der die weitreichendsten Mitsprachemöglichkeiten oder die vielfältigsten bzw. speziell auf ihre Interessen zugeschnittene Angebote usw. hat. Erst im Verlauf einer persönlichen Entwicklung innerhalb eines Verbandes erlangten u.U. auch die dort bestehenden speziellen Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten Bedeutung und werden ggf. genutzt. Auch Mädchen und Frauen geraten oft erst durch bestimmte Angebote mit für sie neuen Themen in Berührung (wie z.B. geschlechtsspezifische Fragen), die dann für sie auch wichtig sind, aber nicht von vorneherein für ihr Engagement entscheidend waren.

Der Frage nach der Sozialisation im Jugendverband unter einer geschlechtsspezifischen Fragestellung genauer nachzugehen, ist wiederum eine, die aus diesem Material nicht weiter zu beantworten ist, aber zu interessanten Erkenntnissen führen könnte.

Schluß:

Die Ergebnisse lassen zwar manche Frage offen, lassen aber insgesamt erkennen, daß das Problembewußtsein in bezug auf die Situation von Mädchen und Frauen auch in Jugendverbänden deutlich gestiegen ist. Auffällig ist auch, daß es in den Verbänden in bezug auf geschlechtsspezifische Themen mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede gibt, sofern sie sich damit auseinandersetzen.

Mädchen und Frauen spielen sowohl als Mitglieder an der Basis als auch in den Landesvorständen sowie bei den hauptamtlichen pädagogischen Kräften rein zahlenmäßig mit jeweils etwa der Hälfte eine entscheidende Rolle. Damit stellen Mädchen und Frauen in den Verbänden ein Potential dar, dem jeder Verband entsprechende Aufmerksamkeit nicht nur widmen sollte, sondern auch widmen muß, wenn er dem Anspruch von gleichen Entwicklungschancen beider Geschlechter und damit letztendlich auch einem gesetzlichen Auftrag gerecht werden will. Den Blick auch auf die weibliche Sicht der Dinge zu richten, die häufig andere Facetten zum Vorschein bringt, diese als gleichermaßen berechtigt zuzulassen und sich damit auseinanderzusetzen, einen Weg zu finden zwischen den damit zwangsläufig entstehenden Brüchen und Ungereimtheiten, sind einige der Aufgaben, die auch zukünftig immer wieder auf die Tagesordnungen gehören, wenn Jugendverbände einen zeitgemäßen Beitrag zur Persönlichkeitsentwick-

lung von Mädchen und Frauen, von Jungen und Männern leisten wollen. Es geht dabei auch um die Entwicklung einer neuen politischen Kultur, einer, die in einem Jugendverband so direkt - weil selbstbestimmt und in noch überschaubarem Rahmen - wie sonst selten umsetzbar ist. Eine wichtige Voraussetzung dafür, daß dieser Prozeß sich nicht in Grabenkämpfen erschöpft, ist, daß er als eine gemeinsam zu bewältigende Aufgabe beider Geschlechter verstanden wird, gemeinsam getragen und verantwortet wird.

Hierin liegt die Chance, sich einen theoretischen Anspruch nicht nur ans Revers zu heften, sondern ihn mit Leben zu füllen, was bekanntlich zwei verschiedene Paar Schuhe sind, und daß das zweite deutlich unbequemer ist, braucht wohl nicht weiter betont zu werden.

Die Ergebnisse zeigen aber auch, daß es bereits eine Menge Ansätze dazu gibt. Diese weiterzuentwickeln, aufzuarbeiten, transparent zu machen und sowohl in das pädagogische als auch in das jugendpolitische Verbandsgeschehen zu integrieren sowie das kritische Reflektieren der damit verbundenen Konsequenzen sollte auf allen Ebenen zu einem selbstverständlichen Arbeitsbereich werden.

Weitere Materialien des LJR zu diesem Thema:

- „Nur noch mit uns!“ Grundsätze zur Arbeit mit Mädchen und Frauen in der Jugendarbeit. Beschluß der 17. Vollversammlung des LJR vom 05.03.1994
- Donna Lotta, Zeitung zur Mädchenarbeit in Niedersachsen, erstellt durch das Nds. Modellprojekt „Mädchen in der Jugendarbeit“
- „Das KJHG - mädchenspezifisch betrachtet“, Dokumentation einer Fachtagung des Nds. Modellprojekts „Mädchen in der Jugendarbeit“ vom 16./17.11.1992. 72 Seiten, Din A 4
- Wen Do. Mädchenarbeit: Strategien und Handlungskonzepte gegen Aggression und Gewalt - Selbstverteidigung und Selbstbehauptung für Mädchen in Jugendarbeit und Schule. Dokumentation eines Fortbildungsseminars der Nds. Landeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit der Koordinatorin des Nds. Modellprojekts „Mädchen in der Jugendarbeit“ vom 09.-10.06.1992. 60 Seiten, Din A 4

Eine geschlechtsspezifische Entwicklung der Jugendarbeit erfordert auch eine eigenständige Jungenarbeit



Seit einiger Zeit setzt sich der Landesjugendring Niedersachsen intensiv mit der Frage nach geschlechtsspezifischen Ansätzen in der Jugendarbeit und Jugendpolitik auseinander. Sichtbarster Ausdruck dessen ist die Einrichtung des Nds. Modellprojektes „Mädchen in der Jugendarbeit“, in dessen Rahmen vier Referentinnen bei Jugendverbänden und die Koordinatorin beim Landesjugendring angestellt sind. Dennoch haben

Diskussion und Arbeit eine Schieflage: Was fehlt, ist eine Auseinandersetzung mit der anderen Hälfte, den Jungen. Eine eigenständige Jungenpädagogik entsteht erst allmählich.

Jungenarbeit: Neuer Ansatz oder „Neuer Wein in alten Schläuchen“?

„Jetzt haben wir uns doch gerade ein wenig daran gewöhnt, daß es Mädchenarbeit gibt oder geben soll, und nun fangen die mit Jungenarbeit an. Was soll das denn bringen?“ So oder ähnlich mögen sich einige fragen, die aufmerksam die Diskussionen des Landesjugendringes verfolgen. Jungenarbeit steckt - konzeptionell wie praktisch - noch in den Jungenschuhen, und es gibt erst wenige Männer, auch in den Jugendverbänden, die sich mit diesem Thema befassen. Zu den Pionierinnen der Mädchenarbeit



gesellen sich - vereinzelt - Pioniere der Jungenarbeit. Ob es zu einer fruchtbaren Kooperation, zu Neid- oder Konkurrenzsituationen kommt, ist noch nicht entschieden. Hier soll jedenfalls erst einmal der Versuch unternommen werden, einseitige und parteiische Sichtweisen vorzustellen, die von der Notwendigkeit einer eigenständigen Jungenarbeit ausgehen. Sicherlich gibt es hierzu in den Reihen des Landesjugendringes - und weit darüber hinaus - höchst kontroverse Vorstellungen. Die bevorstehende Auseinandersetzung kann jedoch umso profilierter geschehen, je besser die Positionen ausgearbeitet sind. Uns im Miteinander zu streiten, zusammenzurufen oder auch auseinandergehen können wir dann immer noch. Dies trifft sowohl auf die Kooperation zwischen den Verbänden wie auch auf die zwischen den Männern und Frauen zu. Nicht umsonst hat sich die Frage nach geschlechtsspezifischen Ansätzen in der Jugendarbeit und -politik in den letzten Jahren zu einem Pulverfaß der Geschlechterkonflikte entwickelt ...

Die Grundüberlegung: Geschlechtsspezifische Jugendarbeit

In der kinder- und jugendpolitischen Debatte der vergangenen Jahre verstärkt sich der Widerstand gegen ein Verständnis, welches das geschlechtslose Kind oder den Jugendlichen als Subjekt und Objekt von Jugendarbeit bestimmt. So wird etwa in letzter Zeit immer deutlicher, daß sich hinter „Jugendkriminalität“ und zunehmender Gewaltbereitschaft in erster Linie Jungen als Akteure verbergen. Kriminalität und Gewalt sind ein Jungenproblem! Sicherlich gibt es auch gewaltbereite Mädchen, aber in der Tendenz äußern Mädchen ihre Gewalt gegen sich und ihren Körper (etwa Magersucht, Bulimie) und weniger nach außen. (Vgl. zu diesem Aspekt auch den Beitrag zu „Rechtsextremismus“ in dieser Broschüre.)

Dabei geht es aber keineswegs um die Stigmatisierung einer „Problemgruppe“ als Zielgruppe der Jugendarbeit. Die Erkenntnis greift um sich, daß Lebensbedingungen, Erfahrungen, Gefühls- und Sichtweisen zwischen den Geschlechtern variieren: Jungen und Mädchen sind grundsätzlich unterschiedlich. Mittlerweile gibt es auch eine ganze Reihe von Fachpublikationen, die auf die Geschlechtsspezifik in der Sozialisation von Jungen und Mädchen eingehen. Es wird kein geschlechtsloser „Mensch“ geboren, der später Mann oder Frau wird, sondern die geschlechtliche Sozialisation, der Umgang der Eltern bereits mit ihrem pränatalen Säugling ist geprägt von geschlechtsstereotypischen Zuweisungen. Diese durchziehen natürlich die gesamte Kindheits- und Jugendphase und umfassen gleichermaßen alle gesellschaftlichen Institutionen

(Kindergarten, Schule, Kirche, Jugendverbände etc.), mit denen der Junge oder das Mädchen zu tun hat. Eine Jugendarbeit auf der Höhe der Zeit muß deshalb diesem Umstand Rechnung tragen und kann nur als „geschlechtsspezifische“ sowie „geschlechtsbewußte Jugendarbeit“ konzipiert und gestaltet werden.

Die Anstöße kamen von Frauen

Ausgehend von dieser Einschätzung - und in enger Anlehnung an feministische Theorien - fand eine Intensivierung der bewußten Auseinandersetzung mit der jeweiligen Geschlechtszugehörigkeit der Kinder und Jugendlichen statt. Dies wurde jedoch fast ausschließlich von Frauen - ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen in den Verbänden und der öffentlichen sowie projektorientierten Jugendarbeit - initiiert. Sie begannen, über eine geschlechtshomogene Arbeit (Mädchen unter sich) nachzudenken, und entwickelten erste Ansätze der Mädchenarbeit. Aus den gewonnenen Erfahrungen entwickelte sich einige Jahre später die Forderung an die männlichen Kollegen, sich über ihre Arbeitsweise mit den Jungen und Männern, aber auch genereller - über ihre Beziehung zu Arbeit und Geschlechtsrollen - auseinanderzusetzen. So wurden Männer zunächst verunsichert und befinden sich - wenn überhaupt - weitestgehend auch heute noch in einer Phase der Desorientierung. Auch wenn es unter Jungenarbeitern beliebt ist, die „Initialzündung“ beim eigenen Geschlecht zu verorten, ist es wohl doch redlicher - jedenfalls für den weitaus größten Teil der Männer - davon zu sprechen, daß solcherlei Überlegungen nicht zuletzt durch das engagierte Drängen der Kolleginnen zustande gekommen sind. (Nicht zu vergessen ist, daß wir es keineswegs mit einem dynamischen Prozeß männlicher Selbstfindung und Neuorientierung zu tun haben. Solche Männer sind wohl immer noch in einer Minderheit. Überwiegend sind nach wie vor erhebliche „männliche Beharrungstendenzen“ [Festhalten an traditionellen Denk- und Verhaltensmustern] und bei einigen sogar zunehmendes Chauvitum festzustellen.) Doch nicht nur subjektivem Anstoß, sondern auch objektiven gesellschaftlichen Veränderungen ist geschuldet, daß sich jetzt verstärkt der Frage einer „geschlechtsspezifischen Jugendarbeit“ zugewandt wird.

Gesellschaftliche Veränderungen stellen traditionelle Angebote der Jugendarbeit in Frage

Ein entscheidender Mangel war und ist unter den Jugendarbeitern, daß die gesellschaftlichen Um-

stände und Bedingungen nicht auch für die Jungen durchleuchtet wurden und werden. Deshalb ist es im Vorfeld einer Jungenarbeit notwendig und sinnvoll, die gesellschaftlichen Gegebenheiten, die die Entwicklung und Sozialisation von Jungen maßgeblich beeinflussen, zu verstehen und darin die Grundlage für die pädagogische Arbeit mit Jungen zu sehen. Dazu wäre etwa, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, - in Bezugnahme u.a. auf Franz-Gerd Ottemeier-Glücks (1987) und Christoph Grote (1992) - anzuführen:

1. Unsere westliche Gesellschaft ist - neben anderen grundlegenden Widersprüchen - von dem soziokulturellen System des Patriarchats geprägt, d. h., die Gesellschaft ist männlich definiert und dominiert. Damit einher geht eine Aufteilung der Welt in Begriffspaare wie: Denken und Handeln, Produktion und Reproduktion, Geist und Körper, Verstand und Gefühl, Öffentliches und Privates usw. Die Erstgenannten werden allgemein den Männern zugeschrieben und gelten als mehr wert, während die zweiten Begriffe den Frauen zugeordnet werden und als weniger wert gelten. Dieses patriarchale Verständnis spiegelt sich auch im traditionellen Politikverständnis wider, welches den Geschlechtern unterschiedliche Rollen und Aufgaben zuweist: Während sich der Mann an Erwerbsarbeit und Öffentlichkeit orientieren soll, ist die Frau stärker auf Familie und Privatsphäre bezogen (männlicher bzw. weiblicher Lebenszusammenhang). So sind etwa die entscheidenden Positionen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Sport und Kirche überwiegend von Männern besetzt. Folglich besteht keine Gleichheit der Geschlechter.
2. Wichtiger Faktor dieser Ungleichheit und gleichzeitig verfestigender Faktor der Herrschaftsverhältnisse zwischen Mann und Frau ist die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung. Die Männer gehen überwiegend der Erwerbstätigkeit (Produktion) nach, während die Frauen immer noch zum überwiegenden Teil für die Familien- und Erziehungsarbeit (Reproduktion) zuständig sind. Dies ist nicht von der Natur so vorgegeben, sondern Ergebnis eines geschichtlichen Prozesses.
3. Durch die Emanzipation der Frauen verändert sich die Gesellschaft, und die 'gesetzte' Überlegenheit des Mannes wird mehr und mehr in Frage gestellt. Damit verbunden verschieben sich die Rollenzuweisungen für Frau und Mann. Das traditionelle männliche Selbstbild gerät in arge Legitimationsnöte; gleichzeitig fehlen neue Leit- und Vorbilder.
4. Ebenso entwickelt die Gesellschaft neue Leistungsanforderungen an die Männer. Ihre

körperliche Stärke ist im Maschinen- und Computerzeitalter weniger gefragt. Es werden neue Anforderungen wie Flexibilität, Teamfähigkeit und Kooperationsbereitschaft an sie gestellt, Anforderungen, die bisher weniger zum „Leistungsspektrum“ des Mannes gehörten.

5. Durch die drohende Erwerbslosigkeit einerseits und die zunehmende ökonomische Unabhängigkeit der Frauen durch eigenes Erwerbseinkommen andererseits geht für viele Männer auch die letzte Bastion der Identität (Rolle des Ernährers) verloren; insbesondere gilt dies für männliche Jugendliche, die das Berufsleben noch vor sich haben.
6. Im Rückblick auf die Jahrtausende dauernde Männerherrschaft ist das Ergebnis für die Gesellschaft eher vernichtend. Trotzdem werden die letzten Reste der Natur durch Technisierung weiter in Besitz genommen (Raumfahrt, Genforschung usw.) Dahinter verbirgt sich ein männlicher Technikfetischismus, der sich durch 2 Komponenten auszeichnet: Erstens muß alles mögliche auch umgesetzt werden (Omnipotenz), und zweitens steht der Mensch (gemeint ist aber in der Regel der Mann) in der Prioritätenliste ganz oben, so daß sämtlicher Raubbau an der Natur als vermeintliche BeHERRschung derselben mißgedeutet wird. Die vorgebliche Notwendigkeit, Reichtum und Wohlstand zu mehren, legitimiert damit die Ausbeutung der natürlichen Lebensgrundlagen.
7. Im männlichen Leistungsdenken ist Konkurrenz ein entscheidender Eckpfeiler. Es geht immer darum, besser, schöner, reicher, größer und schneller zu sein. Damit einher geht, daß es jemanden geben muß, der oder die kleiner, schwächer oder schlechter ist. Diesem Denken sind die Instrumente Gewalt und Ausnutzung nicht fremd.
8. Männer haben es nicht gelernt, Beziehungen aufzubauen und zu pflegen. Vieles Zwischenmenschliche basiert auf Funktionalität, Nutzen und Konkurrenz, gerade unter den Geschlechts-genossen. Emotionalität wird selten als Qualität entdeckt. Eine 'Stummheit' gegenüber eigenen Empfindungen und Problemen ist die Folge. So verbannen sie einen entscheidenden Teil ihrer selbst aus dem alltäglichen Lebenszusammenhang.
9. Männer gehen leichtfertig mit ihrem Körper um. Sie instrumentalisieren ihn. Er hat die Aufgabe, zu funktionieren. Das bedeutet, daß die meisten Männer keinen Zugang zu ihrem eigenen Körper haben (z.B. Hygiene, Krankheitssignale). Ihnen fehlt die Beobachtungsgabe, Signale aus sich heraus wahrzunehmen.



10. Die Auseinandersetzung mit den traditionellen Geschlechterrollenzuweisungen in Verbindung mit der eigenen Person beinhaltet auch und gerade für Männer die Chance, eigene Werte zu entwickeln und den Leistungsdruck aus der Tradition abzustreifen.

11. Es geht für Männer auch um die Abgabe männlicher Privilegien, um eine neue Qualität der Vereinbarkeit von Beruf (Karriere), Haushalt und Familie.

Alles in allem leben die Jungen und Männer in einem Panzer, der keinen Leidensdruck zuläßt. Die männliche Rolle wird idealisiert, und die eigenen Neigungen und Schwächen dürfen nicht ausgelebt werden. Aber wehe, die Hülle bekommt Risse, und die Panzerknacker kommen.

Probleme der Koedukation

Das lange als Fortschritt gepriesene Modell der „Koedukation“ wird zunehmend - auch und vor allem durch die sich entwickelnde und etablierende Mädchenarbeit - in der Praxis in Frage gestellt. Christoph Grote faßt für den Bereich der Jugendverbandsarbeit zusammen: „Als Probleme stellen sich dar:

- Die Dominanz der Jungen (Machtausübung gegenüber Mädchen durch z.B. lange, sachfremde Redebeiträge usw.)
- Aus- und Benützung der Mädchen durch Jungen (sie sind Objekte der sexistischen Anmache um Körperstärke auszuagieren usw.)
- Ausnutzung der Mädchen durch Leiter-innen (als Ausgleichsfunktion für disziplinlose Jungen)
- Ausnutzung der Mädchen durch Jugendverbände (Attraktivitätssteigerung für Jungen, was auch stabilere Mitgliederzahlen bringt)
- Kein spezifischer Raum für die Interessen der Mädchen (traditionelle, männliche Prägung der Jugendverbände; keine Berücksichtigung der Entwicklungsvorsprünge der Mädchen im Pubertätsalter).

Als weiterer kritikwürdiger Punkt bleibt herauszustellen, daß es auch in der Gremienarbeit nicht zu einer Gleichberechtigung kam. Alte Strukturen (von Männern erdacht und gemacht) ließen Mädchen und Frauen immer wieder scheitern, weil sie die kalte, sachliche und ergebnisorientierte Atmosphäre kritisierten.

Für die Jungen kam es durch die Koedukation zu einer Erweiterung des männlich geprägten Bereiches. Sie konnten ihre (vordergründigen) Bedürfnisse und Interessen durchsetzen; jedoch

wurden auch die Jungen in der Koedukation als Menschen verstanden, und eben nicht als männlich sozialisierte Personen. Im Rahmen der Koedukation wurde nicht bedacht, daß auch die Jungen Defizite aufzuweisen haben (den unterdrückten Gefühlsbereich, die Unfähigkeit, Gemütlichkeit zu entwickeln, oder auf andere einzugehen und einfühlsam zu sein usw.).“

Auch Dieter Schnack und Rainer Neutzling weisen darauf hin, daß bei allen Bemühungen, Benachteiligungen von Mädchen im geschlechtshomogenen wie -heterogenen Zusammenhang abzubauen, stillschweigend angenommen wurde, „den Jungen gehe es gut, sie wüchsen in Freiheit und Zufriedenheit auf.“

Diese kritische Infragestellung der Koedukation und darin eingeschlossen gerade auch die der Rolle und Situation der Jungen ist eine Chance und Möglichkeit, nicht eine Bedrohung, und zwar sowohl für die Koedukation als auch für geschlechtshomogene Arbeitszusammenhänge.

Ansätze der geschlechtsspezifischen Jugendarbeit

Es lassen sich zwei Arten einer geschlechtsspezifischen Kinder- und Jugendarbeit identifizieren: Eine geht davon aus, daß in koedukativer Form Angebote der Jugendarbeit die jeweilige Geschlechtszugehörigkeit berücksichtigen und von daher bewußt mit den Mädchen und Jungen umgehen (geschlechtsbewußte Koedukation). Für die Praxis bedeutet dies etwa, daß immer auch geschlechtshomogene Angebote (nur für Mädchen und nur für Jungen) im Rahmen von Veranstaltungen (Freizeiten, Bildungsmaßnahmen) für beide Geschlechter Berücksichtigung finden. Dabei kann es nicht allein darum gehen, zu registrieren, welchen Geschlechts das Kind bzw. der Jugendliche ist, sondern auch darum, einen kritischen und auf Emanzipation gerichteten Zugang sowohl zu geschlechtsheterogener wie -homogener Arbeit zu entwickeln. Der andere Ansatz geht davon aus, daß es neben dem erstgenannten auch eigenständige Angebote nur für Mädchen und nur für Jungen geben sollte. Dabei spielt eine große Rolle, daß bei geschlechtshomogenen Angeboten Freiräume zum Bearbeiten von Themen und Fragestellungen bestehen, die in gemischtgeschlechtlichen Angeboten häufig zu kurz kommen.

Gegenwärtig kann es gar nicht darauf ankommen, sich entweder für die eine oder andere Variante zu entscheiden oder sie gar gegeneinander auszuspielen. Entscheidend ist, beiden Varianten den nötigen Raum zur Entfaltung in Konzeption und Praxis zu gewähren, denn der Alltag sieht ja wohl

eher so aus, daß weder der eine noch der andere Ansatz zum Zuge kommt. Beide Ansätze sollten sich für sich genommen entwickeln und in einer Form „friedlicher Koexistenz“ ergänzen und gegenseitig bereichern können. Von daher ist die Angst der Koedukationsbefürworter-innen, mit dem Ausbau der geschlechtshomogenen Kinder- und Jugendarbeit würde gleichsam die Grundlage der Koedukation schrittweise ausgedünnt, un begründet.

Die Regel: Unbewußte Jungenarbeit

Befragt, ob im eigenen (Pfadfinder-innen-)Verband auch Jungenarbeit praktiziert werde, sagte neulich ein hauptamtlicher Mitarbeiter: „Natürlich machen wir Jungenarbeit. Schließlich gibt es eine Reihe von Gruppen, in denen gar kein Mädchen mehr mitmacht. Dann machen wir notgedrungen Jungenarbeit. Mit bewußten Ansätzen hat das allerdings wenig zu tun.“ So gesehen ist Jungenarbeit also gar nichts Neues. Im Unterschied zur unreflektierten Arbeit mit Jungen sollte es aber vielmehr darum gehen, neue Ansätze und Konzeptionen einer reflektierten und aufgeklärten Jungenarbeit zu diskutieren und umzusetzen. Dazu sind neue Ansätze nötig; der neue Wein paßt nicht in die alten Schläuche.

Ansätze zur Jungenarbeit

Der Blätterwald ist voll von unterschiedlichen Ansätzen der Jungenarbeit. Begriffe wie „antisexistische Jungenarbeit“, „emanzipatorische“, „reflektierte“, „feministische“, „parteiliche“, „bewußte“ oder „geschlechtsspezifische Jungenarbeit“ machen die Runde. Es kann an dieser Stelle nicht darum gehen, alle Ansätze vor- und zur Diskussion zu stellen. Nur soweit: Die Vielzahl der verhandelten Ansätze erweckt den Eindruck, wir hätten eine lebendige Vielzahl von Konzeptionen und - was ja wohl noch viel wichtiger ist - eine entsprechend große Anzahl von Praxisprojekten und Erfahrungen. Hier wird - nicht ganz unmännlich - mehr Schaum geschlagen, als Substanz vorhanden ist. Zweifellos unterschiedliche Ansätze, um die herum sich in der Regel Männerprojekte gruppieren („Männer gegen Männergewalt Hamburg“, „Männerbüro Göttingen“, „Heimvolkshochschule Alte Molkerei Frille“, „mannege Berlin“, um nur einige zu nennen) verdienen viel mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung. Das hat aber auch zur Voraussetzung, zum gegenwärtigen Zeitpunkt offensiv für eine plurale Landschaft von Ansätzen und Praxen zu plädieren. Es ist ja nicht so, daß wir seit vielen Jahren

etablierte Konzepte und Praxiserfahrungen hätten, so daß wir uns nun gelassen daran machen könnten, Vor- und Nachteile abzuwägen und uns nun für einen Ansatz entscheiden könnten. Verschiedene Modelle müssen in Theorie und Praxis ausprobiert und Räume zur Selbstentfaltung zugelassen werden. Streiten kann man(n) sich dann ja immer noch!

Jungenarbeit und die Männlichkeit der Jungenarbeiter

Schauen wir uns nun die Jungenarbeit etwas genauer an. Es geht darum, sich bewußt mit dem Jungen auseinanderzusetzen, d.h., seine Subjektivität und seine Geschlechtlichkeit wahrzunehmen. Dazu gehören seine Interessen ebenso wie seine Macken, dazu gehören seine Geschichte(n) wie seine Perspektiven, sein familiärer Hintergrund, seine Neigungen, seine Einstellungen, seine Phantasien, seine Sexualität, seine Wünsche, Träume und Hoffnungen. Dazu gehört aber auch, sich auseinanderzusetzen mit Aggression, mit Zerstörung, mit Chauvinismus, patriarchalem und frauenfeindlichem Verhalten; eine Aufforderung, der gewiß mit dem einfachen Runterspulen gruppenspezifischer Angebote nicht nachgekommen werden kann. Empathie setzt Zeit für Einzelgespräche und gemeinsame Erfahrungen voraus, Konfrontation ein Maß an Vertrauen, bei dem auch Kritik angebracht werden kann. Und wer von uns männlichen pädagogischen Mitarbeitern, ob haupt- oder ehrenamtlich, kann schon von sich behaupten, all das zu können?

Diese Form, Jungenarbeit zu leisten, hat zur Voraussetzung, sich als Mitarbeiter, als Gruppen- oder Projektleiter, als Freizeitmitarbeiter und sogar als Funktionsträger der eigenen Männlichkeit, der eigenen Männerrolle und damit sich selbst bewußt zu sein. Jungenarbeit kann nicht erlernt werden als eine Art „Technik der Jugendarbeit“ wie „Programmgestaltung“ oder „Finanzplanung“. Jungenarbeit braucht Mitarbeiter, die bei sich selbst anfangen oder angefangen haben und nunmehr bereit sind, diesen Weg der Selbsterfahrung und Selbstveränderung mit anderen Jungen und Männern gemeinsam zu gehen.

Daß sich das so schwierig anhört, liegt eher daran, daß sich diese Themen männlicher Selbstreflexion mit gesellschaftlichen Tabus auseinandersetzen müssen. Die Jungenarbeiter müssen bei sich selbst anfangen, bevor sie mit den Jungen arbeiten: Wie sehe ich mich als Mann, was hat mich auf meinem Weg bisher als Mann geprägt? Welche Rolle spielt mein Vater für meine Entwicklung zum Mann? Wie stehe ich zu anderen Männern, wie zu Frauen? Wie steht's um meine Sexualität? Es geht schlicht darum,



sich der eigenen Männlichkeit bewußt zu werden, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Diese Form der Selbsterfahrung kann nicht vorgeschrieben oder erwartet werden. Männer müssen ihr eigenes Interesse an solchen Fragen entdecken. Sonst gibt es keinen Zugang sich selbst und auch keinen Weg zur Jungenarbeit. Dieser Prozeß wird spannend und erkenntnisreich sein, denn Jungen und Männer haben etwas zu gewinnen, wenngleich dieser Weg nicht frei von schmerzlichen Erkenntnissen sein wird.

Aus- und Fortbildung für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter

Es geht nicht darum, die Schwelle für Jungenarbeit unerreichbar hoch zu hängen; es kann aber auch nicht darum gehen, einer voraussetzungslosen Jungenarbeit das Wort zu reden. Es werden sich mehr und mehr Männer finden, die durch das Interesse an ihrer eigenen Person auch zur Frage der Jungenarbeit kommen werden. Die Zeit arbeitet für einen solchen Prozeß, wenngleich es natürlich keinen Automatismus gibt, der Männer zur Jungenarbeit führt. Dieser Prozeß muß - einerseits von jedem Mann selbst, andererseits von den Institutionen, hiervon den Jugendverbänden - bewußt beschlossen, geplant und umgesetzt werden. Innerhalb von spezifischen Angeboten an männliche Mitarbeiter, haupt- und ehrenamtliche, sollten Möglichkeiten geboten werden, sich in Männerarbeitszusammenhängen über das eigene Verständnis als „Mitarbeiter der Jugendarbeit“ auszutauschen und Voraussetzungen dafür zu schaffen, sich über sich selbst der Jungenarbeit zu öffnen. Dazu gehört der regelmäßige Austausch unter Mitarbeitern ebenso wie Aus- und Fortbildungen. Es ist zu überlegen, wie diese Formen der „männlichen Selbsterkenntnis“ zu erwerben sind: Über angeleitete Gruppenprozesse, über den zwanglosen Austausch oder über andere Formen der Selbsterfahrung. Es wäre sinnvoll, die geführten fachlichen Debatten genauer ins Blickfeld zu nehmen und die diesbezügliche Literatur genauer auszuwerten. Es wäre wünschenswert, Kontakte zu den „Jungenarbeitern“ zu knüpfen und von ihren Erfahrungen zu hören. Und schließlich: Jedes so angelegte Projekt bleibt wertlos, steht nicht die Entwicklung eines praktischen Ansatzes zur Jungenarbeit und dessen Umsetzung auf der Tagesordnung.

Mittelfristige Perspektiven

Aus dem bisher Entwickelten dürfte deutlich geworden sein, daß Jungenarbeit in Zukunft einen größeren Stellenwert innerhalb der Jugendarbeit im allgemeinen und der Jugendverbandsarbeit im

besonderen einnehmen dürfte. Schon heute versuchen einige Jugendverbände, innerhalb von koedukativen Freizeit- oder Bildungsangeboten getrenntgeschlechtliche Arbeitseinheiten durchzuführen. Die Erfahrungen sind vielfältig: Einerseits beschreiben die Mitarbeiter ganz andere und bessere Arbeitsmöglichkeiten, die sich ergeben, wenn nur Jungen zusammen sind, andererseits gibt es auch die Erfahrung, daß das Hauptinteresse in homogenen Gruppen der jeweils anderen gilt. In einigen Verbänden wird der Versuch unternommen, gezielte Angebote nur Jungen zu unterbreiten. Erst gibt bereits erste Jungengruppen und auch Verhandlungen über hauptamtliche Strukturen zur Unterstützung der Jungenarbeit. Immer mehr Publikationen zum Schwerpunkt Jungenarbeit erscheinen. Auf Initiative von ProFamilia gründete sich in Hannover ein Arbeitskreis zur Jungenarbeit; auch im Landkreis Hannover und in einigen Zusammenkünften von Jugendpflegern spielt das Thema eine wichtige Rolle. Die Nds. Landeszentrale für politische Bildung bietet zahlreiche Fortbildungen für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter an, die o.g. Männerprojekte erfahren Zulauf. Auch der Landesjugendring versucht in seinen seminaristischen Angeboten (Jugendringseminar, Fachtagungen), eigenständige Angebote zum Thema zu machen; eine Fachtagung zur Jungenarbeit ist in Planung.

Unabhängig von diesen konzeptionellen und praktischen Schritten entwickelt sich eine kontroverse Diskussion, die sich um die Frage der hauptamtlichen Absicherung einer solchen Arbeit dreht. Idealtypisch stehen sich hier zwei Positionen gegenüber: Die eine Position geht davon aus, daß sich Jungenarbeit auch als eigener Zweig von Angeboten der Jugendverbände entwickeln wird und daher ein Ausbau der Regelförderung der Jugendverbandsarbeit am ehesten die Voraussetzungen dafür schafft, eine eigenständige Jungenarbeit entwickeln und etablieren zu können. Kritisch steht diese Position „Sonder- oder Modellprogrammen“ gegenüber, die gezielt versuchen, Ansätze einer Jungenarbeit zu entwickeln. Demgegenüber favorisiert die andere Position die Einrichtung eines solchen Modellprogramms. Denkbar wäre etwa - im Unterschied zum Nds. Modellprojekt „Mädchen in der Jugendarbeit“ - ein Modellprogramm „Jungenarbeit in den Jugendverbänden“ aufzulegen, welches sich explizit und ausschließlich an Jugendverbände richtet. Ein solches Programm ist exemplarisch vom Bundesministerium für Frauen und Jugend zugunsten der Jungen- und Männerarbeit in der katholischen Jugendverbandsarbeit der KSJ-GCL gefördert worden, dessen Abschlußbericht mittlerweile vorliegt. Auch für Niedersachsen wäre es daher durchaus denkbar, daß das Land in die Förderung eines ähnlichen Modellprojektes eintritt. Wie auch

immer die zu führende Diskussion ausgeht; drei Prämissen werden unter keinen Umständen außer Acht gelassen werden: Erstens kann dieser Arbeitsbereich nur als ein zusätzlicher verstanden werden, und keineswegs einer, der zu Lasten Mädchenspezifischer Angebote geht, zweitens wird nur durch eine Ausweitung der Fördermittel für die Jugendverbände insgesamt - sei es als Regelförderung oder als Modellprojekte - eine entsprechend reflektierte Jungenarbeit entwickelt, etabliert und ausgebaut werden können, und drittens gilt es, Abhilfe zu schaffen gegen die von Reinhard Winter und Horst Willems getroffene Feststellung „Was fehlt, sind Männer!“.





Kinder in unserer Gesellschaft

Diskussionspapier zur Kinderpolitik



Ein Kind, das ständig kritisiert wird, lernt,
zu verdammen.

Ein Kind, das geschlagen wird, lernt,
selbst zu schlagen.

Ein Kind, das verhöhnt wird,
lernt Schüchternheit.

Ein Kind, das der Ironie ausgesetzt wird,
bekommt ein schlechtes Gewissen.

Aber ein Kind, das ermuntert wird,
lernt Selbstvertrauen.

Ein Kind, dem mit Toleranz begegnet wird,
lernt Geduld.

Ein Kind, das gelobt wird, lernt Bewertung.

Ein Kind, das Ehrlichkeit erlebt,
lernt Gerechtigkeit.

Ein Kind, das Freundlichkeit erfährt,
lernt Freundschaft.

Ein Kind, das Geborgenheit erleben darf,
lernt Vertrauen.

Ein Kind, das geliebt und umarmt wird,
lernt, Liebe in dieser Welt zu empfinden.

(Autor-in unbekannt)

1. Einleitung:

Der Situation von Kindern wurde seitens der Politik durch die UN-Kinderrechtskonvention vom 14.11.91 und das Kinder- und Jugendhilfegesetz vom 01.01.1991 mehr Aufmerksamkeit gewidmet. Beide leisten Ansätze, die Rechte der Kinder zu stärken. Die Achtung vor der Individualität des Kindes ist dabei bindendes Gebot.

Einige Stichpunkte zur Lebensrealität von Kindern:

- In der Bundesrepublik leben ca. 11 Millionen Kinder unter 15 Jahren. Kinder stellen somit immerhin ein Sechstel der Bevölkerung.
- Im Laufe der letzten Jahrzehnte wurden Kinder, ihre Erziehung, ihr Spielen und Lernen zunehmend aus dem Alltag und dem öffentlichen Leben ausgegliedert.
- In der Bundesrepublik gibt es ca. 170.000 alkoholgefährdete Kinder
- 1.700 Kinder begehen in der BRD jährlich Selbstmord.
- Ca. 300.000 Kinder arbeiten regelmäßig gegen Lohn.
- Im Straßenverkehr sind Kinder zunehmend gefährdet. Der Verkehr hat eine Dichte erreicht, daß Spielen im Freien, auf der Straße kaum noch möglich ist.
- Die Wohnungen sind häufig zu klein, insbesondere zum gemeinsamen Spielen mehrerer Kinder.
- Spielende Kinder werden häufig als störend empfunden.
- Kinder, vor allem in der Stadt, leben zunehmend in einer zweiten Wirklichkeit aus Fiktionen und Medieninformationen.
- Kinderinteressen werden massenhaft vermarktet. Kinder sind verstärkt als Zielgruppe der Werbung und z.T. zahlungskräftige Kundschaft interessant.
- Umweltverschmutzung und Landschaftszerstörung gefährden die Gesundheit der Kinder.
- Kriege in allen Teilen der Welt vernichten die Zukunft vieler Kinder

Ein wichtiger Schritt für verbesserte Lebensbedingungen von Kindern in aller Welt ist die UN-Kinderrechtskonvention. Durch die Ratifizierung dieses Abkommens seitens des/der Bundes- und Länderparlamente ist auch bei uns in der Bundesrepublik der Stellenwert von Kinderrechten in den Vordergrund gerückt.

Daneben gelten die verfassungsmäßig garantierten Grundrechte auf Schutz der Menschenwürde (Art 1 Grundgesetz) und auf freie Entfaltung der Persön-

lichkeit (Art. 2 Grundgesetz) auch für Kinder. In der Praxis jedoch sind Kinder faktisch rechtlos, da sie die ihnen zustehenden Rechte nur über die Eltern wahrnehmen können. Unsere Verfassung setzt dabei auf die Verantwortung der Eltern bei der Sicherung der Lebensbedingungen von Kindern (Art. 6 Grundgesetz). Dieser Grundsatz wird problematisch, wenn Eigenrechte der Kinder unbeachtet bleiben oder gar verletzt werden. Von der Verwirklichung dieser Grundrechte von Kindern sind wir offensichtlich noch weit entfernt.

„Das Kind wird nicht erst ein Mensch, es ist schon einer“ (Janusz Korczak). In diesem Sinne ist es notwendig, Kinder nicht länger als „unfertige“ Menschen oder Objekte familiärer und staatlicher Politik zu betrachten, sondern ihre Subjektivität und Autonomie anzuerkennen. Kinder sind als Akteure mit eigener Kompetenz und Selbständigkeit zu behandeln. Eine angemessene Beteiligung und Mitgestaltung an Entscheidungen, die ihr konkretes Lebensumfeld betreffen, muß sichergestellt werden.

Dazu bedarf es auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene geeigneter Strukturen, die es ermöglichen, die Interessen der Kinder in Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit besser zu vertreten und durchzusetzen. Sie muß sich des Kindes als schwächstem Glied in Familie und Gesellschaft annehmen. Dies rechtfertigt, von einer besonderen Politik für Kinder zu sprechen, sie muß darauf drängen, nicht die Augen davor zu schließen, wie es Kindern bei uns tatsächlich geht. Die Stichworte „Kinderfreundlichkeit und Kindeswohl“ markieren die Grundrichtung, nach der sich alle Anstrengungen ausrichten müssen.

2. Kinder in den Jugendverbänden: Selbstverständnis und Interessenvertretung von Kindern

Angebote für und Aktivitäten mit Kindern sind wichtige Bestandteile der Arbeit von Jugendverbänden. Sie bieten Kindern die Chance, sich ein Lern- und Erfahrungsfeld außerhalb von Elternhaus und Schule zusammen mit Gleichaltrigen zu erschließen, in dem sie gemeinsame Lebens- und Zukunftsperspektiven entwickeln können.

Die heutigen Lebensbedingungen bringen viele Formen von Belastung mit sich, die die Kinder nicht bewältigen können. Kinder erfahren in Gruppenarbeit konkrete Unterstützung bei der Aneignung der sie umgebenden Umwelt mit all ihren Widersprüchen und offenen Fragen. Dabei ist ein ganz wesentlicher Aspekt, daß Kinder untereinander lernen, Beziehungen aufzunehmen und miteinander zu leben.

In den Jugendverbänden können die Kinder eine aktive Rolle spielen; sie werden an Entscheidungsprozessen beteiligt und bestärkt, Wünsche, Ideen und Vorstellungen vorzubringen und gegenüber vermeintlich Stärkeren ihre Interessen zu vertreten. Jugendverbände unterstützen Kinder, sich in unserer hochindustrialisierten Welt zurechtzufinden und den gewachsenen Anforderungen standzuhalten. Sie erhalten und schaffen soziale und kulturelle Bindungen in einer Gesellschaft, die durch fortschreitende Individualisierung gekennzeichnet ist. Zusammen mit Kindern setzen sich Jugendverbände für die Verwirklichung einer „kinderfreundlichen Lebenswelt“ ein, in der die Interessen von Kindern berücksichtigt werden. Dies umfaßt insbesondere das Recht auf eine lebenswerte und an ihren spezifischen Bedürfnissen orientierte Umwelt, auf körperliche und psychische Unversehrtheit, auf materielle Sicherheit und auf ganzheitliche Entwicklung ihrer Persönlichkeit.

Die Kinderpolitik der Jugendverbände muß sich deshalb auf alle Lebensbereiche beziehen. Als Ziel muß sie verfolgen, Kinder zu schützen (z.B. Umwelt, Gesundheit, Verkehr), selbständiges Handeln zu fördern und Mitgestaltungsmöglichkeiten für Kinder auszubauen.

3. Sozialisationsbedingungen von Kindern in der Familie

Die Familie stellt einen wesentlichen Lebensraum und in den ersten Lebensjahren die wichtigste Sozialisationsinstanz für Kinder dar. Allerdings hat die Familie einen enormen Wandlungsprozeß durchlaufen, d.h., die traditionell strukturierte Familie mit Mutter, Vater und Kindern verliert zunehmend an Bedeutung:

Immer mehr Kinder wachsen in 1-Kind-Familien oder in 1-Elternteil-Familien auf. Der Anteil alleinerziehender Eltern - in der Regel Mütter - steigt ständig an. Mittlerweile werden bei uns ca. 1,3 Mio. Kinder von einem Elternteil allein aufgezogen. Sie sind besonders benachteiligt, da Ganztageseinrichtungen, wie Kinderhorte, kaum vorhanden sind. Durchschnittlich wird jede dritte Ehe geschieden. Kinder stehen den Beziehungsverlusten, die sie nicht selbst verschuldet haben, oft ausweglos gegenüber. Als Folge werden sie oft verhaltensauffällig, zeigen sich aggressiv und depressiv, fühlen sich schuldig und verantwortlich am Bruch der Familie. Durch die steigende Zahl alleinerziehender Eltern und zunehmende Berufstätigkeit beider Partner wird die Dauer des gemeinsamen Familienlebens erheblich reduziert. Vor diesem Hintergrund scheinen Eltern unsicher im Umgang mit schwierigen Situationen in der Eltern-

Kinder-Beziehung oder in der Kinder-Schule-Beziehung zu werden.

Kinder sind immer häufiger Opfer von Gewalt: Jährlich werden 30.000 angezeigte Fälle körperlicher Gewalt gegen Kinder bekannt. Experten schätzen die Dunkelziffer auf das 6- bis 14fache. Man nimmt jedoch an, daß 8 von 10 Mißhandlungen von Nachbarn bemerkt, aber nicht gemeldet werden. Dies entspricht einer autoritären Tradition, denn im öffentlichen Bewußtsein gilt das Prügeln von Kindern - sei es impulsiv, weil die „Nerven durchgehen“, sei es überlegt mit pädagogischem Vorsatz - immer noch als gesellschaftsfähig und als wirkungsvolles Erziehungsmittel. Nur 30 % der Eltern sind für die gesetzliche Abschaffung des Prügelprivilegs.

Viele Kinder leiden unter den kinderfeindlichen Strukturen im Elternhaus. Ihr Bewegungs-, Taten- und Wissensdrang erscheint vielen als Belastung. Daher sehen Kinder häufig keinen anderen Ausweg, als wegzulaufen (jährlich sind es über 40.000 Kinder und Jugendliche).

Für Kinder hat der Wandlungsprozeß der Familie weitreichende Auswirkungen auf ihr Lebensumfeld und ihre Sozialisationsbedingungen, denen nicht mit moralischen Appellen, sondern nur mit konkreten materiellen Hilfeleistungen, die sowohl familienunterstützend als auch familienergänzend und familienersetzend sind, begegnet werden muß.

4. Lebensräume von Kindern

Stadtplanung: Entscheidend geprägt wird die kindliche Lebenswelt durch die Städte und Gemeinden. Viele Lebensbereiche, in denen Kinder aufwachsen, werden von Erwachsenen geplant und gestaltet. Oftmals werden jedoch in der Stadtplanung die Bedürfnisse der Kinder nicht erkannt oder vergessen. Eklatante Fehlplanungen im Wohnungsbau, der Wohnumfeldgestaltung und des Verkehrsbereichs lassen heute eine große Anzahl Kinder unter Bedingungen aufwachsen, die einer gesunden geistigen und körperlichen Entwicklung ihrer Persönlichkeit entgegenstehen.

Den Kindern sind, vor allem in den letzten 20 Jahren, viele Freiräume verbaut worden. „Stadt“ bedeutet für sie heute eingeschränkte Bewegungsmöglichkeiten durch zunehmendes Verkehrsaufkommen und die Orientierung auf vorgegebene Handlungsspielräume (spielen auf dem Spielplatz, bolzen auf dem Bolzplatz usw.). Kindern bleibt in der städtischen Lebensumwelt jeweils nur die Alternative zwischen „pädagogisierten Inseln“, wie Spielplätzen, Kindertagesstätten usw. oder dem Aneignen anderer Räume, wie z.B. Kaufhäuser und sonstige Nischen in der Stadt.

Mit dem Bau jeder Straße, jedes Parkplatzes, jedes Geschäftsviertels usw. müssen sich Politiker-innen und Planer-innen immer wieder deutlich vor Augen führen, daß sie damit Kindern Raum stehlen. Das gilt besonders, wenn Planungen nur unter den Aspekten profitabler Nutzung der Räume und Planungskonzepte unter geringstmöglicher Bürgerinnenbeteiligung vonstatten gehen. Viele Planungen und Maßnahmen laufen selbst über die Köpfe von Erwachsenen hinweg, da nicht die Menschen, sondern finanzielle Belange in den Vordergrund gestellt werden. Im Gegensatz zu Erwachsenen sind Kinder aber nicht in der Lage, öffentlichen Druck zu erzeugen, und nur wenige sind bereit, mit ihnen zusammen gegen bestimmte Planungen zu kämpfen.

Planungen müssen deshalb unter verstärkter Beteiligung aller von den Planungen Betroffenen, d.h. auch von den Kindern, stattfinden. Die zuständigen Verwaltungen sollten nicht erst reagieren, wenn sich in einem Gebiet z.B. die Kinderunfälle häufen, sondern vorbeugend mit den Bürger-inne-n zusammen die Gestaltung einer menschenwürdigen Umwelt entwickeln. Dazu ist es unbedingt notwendig, Planungen verständlicher zu machen. Erst dann wird es möglich, sich konstruktiv daran zu beteiligen. Kinder brauchen eine Stadtplanung, die ihre Bedürfnisse und Interessen ernst nimmt.

Wohnraum: Wohnen gehört zu den Grundbedürfnissen der Menschen. Der Wohnbereich ist ein wichtiges Feld für die Entfaltung der Persönlichkeit von Kindern. Doch die Zimmer für Kinder sind häufig schmal und eng. Zwar steht der Wohnungsbereich der gesamten Familie zur Verfügung, jedoch ist dieser nicht auf die motorischen und sensorischen Bedingungen von Kindern eingerichtet, sondern in Funktionalität und Nutzungsart meistens auf Erwachsene zugeschnitten. Die Entfernungen zwischen den Zimmern machen einen Blickkontakt zwischen Eltern und Kindern unmöglich, Klingelknöpfe und Aufzugknöpfe sind für kleine Kinder unerreichbar. Spielräume fehlen, da sie als nicht gewinnbringende Raumnutzungen eingeschätzt werden. Ein Großteil der bezahlbaren Kindermöbel ist wenig robust oder gar kreativ gestaltet; man produziert Erwachsenenmöbel im verkleinerten Maßstab. Insbesondere bei Hochhaussiedlungen wird besonders deutlich, wie Kinderinteressen vernachlässigt werden.

Kinder brauchen Wohnungen, die ihren Bewegungs- und Spielbedürfnissen entsprechen. Dies erfordert einen kindgerechten Wohnungsbau mit großen Wohn- und Spielflächen.

Wohnumfeld: Das Wohnumfeld ist ein zentraler Aufenthalts- und Spielbereich von Kindern. Die gegebenen Strukturen haben auf das Raumanignungsverhalten der Kinder starken Einfluß. Der aktiven und spontanen Eroberung sind jedoch im Zuge der fortschreitenden Urbanisierung erhebliche Grenzen gesetzt. Spielmöglichkeiten in Außenanlagen beschränken sich auf die vorgeschriebenen, viel zu gering bemessenen Mindestanforderungen.

Der Lebensbereich „Straße“ hat ebenfalls an Bedeutung verloren. Noch vor zwanzig Jahren fanden Kinder in den Städten Nischen, in denen sie ungefährdet spielen und ihren Bedürfnissen nach Eroberung ihrer Lebensumwelt freien Lauf lassen konnten. Sie konnten Hütten bauen, fußballspielen auf Brachflächen, in verwilderten Gärten auf Bäumen herumklettern usw. Diese Nischen sind heute nicht mehr vorhanden. Sie sind anderen Nutzungen zugeführt worden, die hauptsächlich den Erwachsenen vorbehalten sind. Auf die Belange von Kindern wurde dabei kaum Rücksicht genommen. Viele Großstädte weisen heute einen Flächenverbrauch von dreiviertel überbauter Fläche auf. Dagegen betragen die Flächen für Spiel-/Sportplätze, Freibäder und Grünanlagen oftmals nur 6- 10 % der Gesamtfläche.

Abgesehen davon, daß es viel zu wenig Spielplätze gibt, weisen die vorhandene meist kein besonders hohes qualitatives Niveau auf. Wieviel Spaß es den Kindern macht, auf einer meist sehr kleinen Fläche an Geräten, die an DIN-Normen ausgerichtet sind, ständig die gleichen monotonen Bewegungen auszuführen, sieht man an der Anzahl der Kinder, die sich nachmittags auf diesen Plätzen aufhalten. Meist sind es zumindest im Sommer jüngere Kinder mit ihren Eltern. Für ältere Kinder bieten die Spielplätze (auch wenn sie für diese Altersgruppe ausgerichtet sind) längst keinen Anreiz mehr. Dies gilt auch für die oft noch monotoneren, zum Spielen freigegebenen Schulhöfe.

Spielen ist für Kinder mehr als nur Zeitvertreib. Es ist die kindgemäße Art, sich Umwelt anzueignen und sich mit ihr auseinanderzusetzen. Ein Kind, das ständig in seinem Entfaltungsdrang gebremst wird, verlernt, in vernünftiger Weise mit der Umwelt umzugehen, wird schließlich unsicher, gehemmt oder aggressiv. Hinzu kommen körperliche Schäden, wie Haltungs- und Kreislaufschäden durch Bewegungsmangel.

Kinder brauchen Bewegungs-, Spiel- und Sporträume, die ihnen ein gefahrloses, kreatives Spiel und freies Bewegen ermöglichen und sie bei spontanen Aktivitäten zur Erforschung ihrer räumlichen Umwelt unterstützen.

Verkehr: Bei der Verdrängung der Kinder von Straßen und Plätzen hat das Auto einen erheblichen Anteil. Mit zunehmendem Verkehr wurden die Kinder auf enge Gehwege verwiesen. Wiesen und Hinterhöfe wurden zu Park- und Garagenplätzen und machten Kindern den Platz streitig. Spielen auf der Straße ist zu einer lebensgefährlichen Angelegenheit geworden. Jährlich verunglücken Tausende von Kindern auf den Straßen, werden getötet oder lebensgefährlich verletzt. Die Bundesrepublik nimmt dabei im europäischen Vergleich die Spitzenstellung ein.

Gefährdet sind besonders radfahrende Kinder, die sich Tag für Tag durch den Verkehr wühlen müssen. Das Fahrrad stellt für Kinder ein ideales Verkehrsmittel zur Erweiterung ihrer räumlichen Mobilität dar. Es ist das einzige Verkehrsmittel, mit dem Kinder selbständig ihr Umfeld erweitern können. Ältere Kinder suchen per Fahrrad oft weiter von der Wohnung entfernte Orte auf, an denen „etwas los ist“. Dem sollte bei der Straßenplanung Rechnung getragen werden.

Autos verursachen Emissionen, die starke Auswirkungen auf den kindlichen Organismus haben. Folgende Schädigungen werden durch Kfz-Emissionen hervorgerufen:

- Blockierung des Sauerstofftransports im Blut, Kreislauferkrankungen, Kopfschmerzen, Konzentrationsschwäche durch Kohlenmonoxide,
- krankhafte Veränderungen der Lunge durch Stickoxide,
- Geschwülste und Krebs.

Kinder brauchen eine Stadt- und Verkehrsplanung, die ihre Mobilität unterstützt und sie vor den Folgen des Autoverkehrs schützt. Dazu müssen der Individualverkehr verringert, weitreichende Verkehrsberuhigungen umgesetzt, Gehwege und Spielstraßen angelegt werden. Straßen und Wege müssen für alle Bürgerinnen nutzbar sein, nicht nur für Autos.

Natur: Das Aufwachsen von Kindern in einer intakten Natur wird in unserer Gesellschaft zunehmend schwieriger. Es haben sich Produktionsverfahren durchgesetzt, die in vielfältiger Weise und erschreckendem Ausmaß zur Umweltzerstörung beigetragen haben. Rohstoffressourcen und Umweltgüter wie Wasser, Luft und Boden wurden und werden unter Mißachtung ökologischer Kriterien ausgebeutet.

Umweltzerstörung gefährdet die zukünftigen Lebensgrundlagen. Kinder müssen Gelegenheit bekommen, Natur zu erleben, sie müssen Einblicke

in Naturabläufe erhalten und einen schonenden und verantwortungsvollen Umgang mit der Natur erleben und erlernen. Dies setzt langfristige Planungen voraus, die unabhängig vom privaten Profitstreben durchdacht werden müssen.

Erforderlich ist eine Umweltpolitik, die als oberste Prämisse Umweltschäden in allen Lebensbereichen zu verhindern sucht. Nur so kann insbesondere Kindern die Möglichkeit gegeben werden, sich mit der Natur zu identifizieren. Allen Kindern muß ein Leben in einer gesunden Umwelt ermöglicht werden.

5. Kinder und Medien

Elektronische Medien gehören heute zu einem nicht mehr wegzudenkenden Bestandteil im Leben von Kindern. Fernseher, Videorecorder, Computer, Radio und Walkman sind allgegenwärtig. Die Anzahl der Kinder, die über ein eigenes Fernseh- oder Audiogerät verfügen, ist in den letzten Jahren immer weiter gestiegen. Kinder sind bereits seit langem als Konsumenten entdeckt worden. Die zunehmende Kommerzialisierung von Kinderinteressen und -bedürfnissen äußert sich in entsprechenden multimedial vermarkteten Produkten. Serienfiguren gibt es auf Video- und Musikcassetten, in Comics und Büchern, als Computerspiel. Der Vertrieb greift über den Medienbereich hinaus; Kinderfiguren werden auf Bettwäsche, Kissen, T-Shirts, Taschen etc. verkauft. Die entsprechenden Industrie- und Handelszweige machen sich dabei die Sammelleidenschaft der Kinder zunutze. Gezielt auf Kinder ausgerichtete Werbung unterstützt den Prozeß der umfassenden Vermarktung.

Intensiver Medienkonsum bei Kindern führt oft zu Inaktivität. Zeit, die vor dem Fernsehgerät verbracht wird, kann nicht für andere Freizeitaktivitäten genutzt werden. Eigene Erfahrungen durch aktives Aneignen der Lebenswelt werden ersetzt durch Informationen aus zweiter Hand. Vieles, was über den Bildschirm flimmert, kann von Kindern nicht alleine verarbeitet werden.

Positiv gesehen können Medien zu einer Erweiterung der Erfahrungs- und Erlebnismöglichkeiten von Kindern führen. Sie vermitteln ihnen Vorstellungen über die nähere oder entfernte Umwelt, präsentieren Lebensmodelle und Identifikationsmöglichkeiten. Dem steht entgegen, daß eigene Erfahrungen und eigene Aktivitäten, soziales und kreatives Lernen zu kurz kommen. Medien verstärken zumindest gesellschaftlich herrschende Normen und Werte, sie vermitteln und schaffen neue Welterklärungsmuster.

Der Tagesablauf von Kindern wird vermehrt nach den Medienangeboten strukturiert. Es ist auffallend, daß Kinder zunehmend Medienprodukte konsumieren, die nicht für sie produziert wurden.

- In mehr als 99 % aller Haushalte steht zumindest ein Fernseher; in jedem zweiten Haushalt befinden sich statistisch gesehen zwei Fernseher.
- Die Anzahl der Kinder und Jugendlichen, die ein eigenes Fernsehgerät besitzen, ist immer weiter angestiegen; etwa jedes dritte Kind im Grundschulalter verfügt bereits über ein eigenes Gerät.
- Bei den Videorecordern liegt die Haushaltssättigung bei etwa 50 %. Der aktive Umgang mit Video ist allerdings sehr selten, in nur rund 2 % aller Haushalte gibt es eine Videokamera.
- In jedem Haushalt befinden sich statistisch gesehen zwei Rundfunkgeräte; fast jede/r 12- bis 15jährige besitzt ein eigenes Radio.
- Ähnlich sieht es im Bereich der sonstigen Musikgeräte wie Walkman, Kassettenrecorder, Plattenspieler oder Stereoanlagen aus; die Mehrheit der Kinder verfügt mindestens über eines dieser Geräte.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, daß der Medienkonsum bei Familien, und gerade auch bei jüngeren Kindern, ansteigt. Insbesondere gilt dies für Familien, die über einen Kabelanschluß verfügen. Hier wurde darüber hinaus festgestellt, daß häufiger mit der Erlaubnis zur Fernsehnutzung belohnt oder bestraft wird und die Eltern den Kindern wesentlich häufiger empfehlen, fernzusehen, wenn sie sich nicht um sie kümmern können. Fehlende, alternative Freizeitmöglichkeiten führen gerade bei Kindern zu stark erhöhtem Fernsehkonsum.

Gewalt in den Medien: In den Medien ist Gewalt immer präsent. Neueste Untersuchungen belegen, daß Aggression zum unabdingbaren Bestandteil des Fernsehangebotes geworden ist. In einer Fernsehwoche können ca. 1.800 Gewaltverbrechen und 500 Morde gezählt werden, d.h., daß die Tötung von Menschen z.T. selbstverständlicher Programmbestandteil ist. Kinder konsumieren diese Angebote oft genauso wie Erwachsene.

Gewaltszenen sind auch in Videofilmen stark angestiegen. Über 7.500 Horror- und Gewaltvideos mit steigender Tendenz sind mittlerweile in der Bundesrepublik im Angebot. Nahezu alle Kinder haben Zugang zu solchen Videos. Sie unterscheiden sich dabei von den herkömmlichen Filmen vor allem durch die Brutalität und Direktheit, mit der in Großaufnahmen genüßlich grausamste Verstümmelungen und Metzereien gezeigt werden. Eine wesentliche Botschaft, die aber auch in den anderen Medien vermittelt wird, ist: Der/die Stärkere, Grausamere, Kaltblütigere überlebt - oft sogar in der Rolle des/der „Guten“.

Auch unter den Computerspielen finden sich eine Reihe von Spielen mit Verherrlichung und Verharmlosung von Krieg, oder Spiele, in denen Vernichtung und Zerstörung Hauptziele sind. Sie enthalten häufig Stories von menschenverachtender Brutalität, von offenem oder verstecktem Rassismus und Sexismus. Auch hier gilt, daß Menschen, und besonders Kinder, soziales Verhalten vor allem durch Beobachtung und Nachahmung lernen.

Kinder brauchen Medien, die sie aktiv nutzen können. Sie müssen medienpädagogisch unterstützt werden, um einen sinnvollen und eigenverantwortlichen Umgang mit dem gesamten Medienangebot zu erlernen. Darüber hinaus müssen pädagogisch wertvolle Medienproduktionen unterstützt und Kinder stärker in Programmplanungen von Rundfunk und Fernsehen einbezogen werden.

6. Gewalt gegen Kinder

In der öffentlichen Diskussion wird physische Gewalt gegen Kinder zunehmend verurteilt. Pädagoginnen ist es schon seit Ende der fünfziger Jahre verboten, Kinder zu schlagen. Mittlerweile ist selbst das Elternrecht auf Züchtigung (BGB 1631) strittig. Es wird allerdings noch täglich praktiziert, und selbst schwerwiegende Gewalttaten gegen Kinder sind keine Seltenheit. Erwachsene mißbrauchen, ausgehend von autoritären Erziehungstraditionen, ihre Macht gegen Kinder. Körperliche Züchtigung stellt nach wie vor für weite Teile der Elternschaft ein legitimes Sanktions- und normales Erziehungsmittel dar. Gewalt gegen Kinder findet überwiegend im privaten Bereich der Familie statt, äußert sich jedoch ebenfalls in vielfältigen Formen staatlicher und struktureller Gewalt.

Jahr für Jahr werden mindestens 300.000 bis 400.000, also über 3 % aller 11 Mio. Kinder und Jugendlichen, in den alten Bundesländern körperlich mißhandelt bzw. sexuell mißbraucht (Deutsche Forschungsgemeinschaft 1989). Aber in keiner Statistik tauchen die Kinder auf, die unter gravierender seelischer Quälerei, emotionaler Ablehnung und psychosozialer Vernachlässigung leiden; bewußt oder fahrlässig werden deren kindliche Bedürfnisse nicht beachtet.

Gewalt gegen Kinder äußert sich in vielen Formen, die häufigsten sind körperliche Mißhandlungen, Vernachlässigung, psychische Mißhandlung und sexuelle Ausbeutung.

Die Verletzung des Rechts auf körperliche, seelische und soziale Unversehrtheit von Kindern in der Familie macht in trauriger Weise die strukturellen Defizite in unserer Gesellschaft deutlich. Hinter der

verfassungsmäßigen Festschreibung des Rechts von Eltern, für die Pflege und Erziehung ihrer Kinder Sorge zu tragen, steht das Bild einer heilen Familie. Die Realität sieht aber oft ganz anders aus. Verantwortung für junge Menschen setzt Kompetenz, Umsicht und Sorgfalt voraus. Viele Mütter und Väter sind hierbei überfordert. Die offizielle Familienpolitik trägt nicht dazu bei, diese schwierige Situation zu entschärfen. Der Umgang mit den Kindern wird immer noch als Privatsache verstanden.

7. Kinder sind Mädchen oder Jungen

Geschlechtsspezifische Erziehung erleben Kinder in allen Lebensbereichen. Überkommene Rollenklischees werden vermittelt in Kindersendungen und -büchern, die von braven Mädchen und abenteuerlustigen Jungen handeln. In Schulbüchern werden Mädchen in der Regel passiv und scheu, Jungen forsch und aktiv dargestellt.

Im Sinne einer Emanzipation der Geschlechter brauchen Kinder positive Identifikationsmuster und keine Rollenklischees. Einer auf die Erhaltung traditioneller Geschlechterrollen ausgerichteten Erziehung ist durch eine qualifizierte koedukative Praxis zu begegnen. Schulbücher, Kinderbücher, Kinderfilme und andere Kindermedien sind zu überarbeiten und in Richtung auf eine Erweiterung des Rollenspektrums auf beide Geschlechter hin zu erweitern. Außerdem ist es erforderlich, Angebote der Mädchen- und Jungenarbeit als wichtige Bestandteile emanzipatorischer Erziehung anzuerkennen und zur Verfügung zu stellen (s. die Beiträge zur Mädchen- und Jungenarbeit in diesem Heft).

8. Ausblick:

Bis zur Kinderfreundlichkeit in unserer Gesellschaft ist es noch ein weiter Weg, auf dem viele Einzelschritte gegangen werden müssen. Kinderpolitik muß Querschnittspolitik sein, bei deren Umsetzung sich alle Beteiligten - ausgehend vom politisch verantwortlichen Gremium, dem Jugendhilfeausschuß - aktivieren und engagieren müssen. Hier bestehen auch für die Jugendverbände Möglichkeiten, Einfluß zu nehmen.

Kinder dürfen nicht nur als Objekte von Planungen und Entscheidungen betrachtet werden, sondern müssen als aktiv gestaltende Subjekte ernstgenommen werden. In der Landes- wie Kommunalpolitik muß schon im Planungsbereich die Lebenssituation für Kinder besser berücksichtigt werden. Jugendverbände müssen als Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen ernstgenommen werden und dementsprechend bei allen Überlegungen hinsichtlich einer verbesserten Interessenvertretung für Kinder beteiligt werden.



Rechtsextremismus: Jugendverbände als Orte der Prävention und Integration



Rechtsextremismus, Gewalt, Kriminalität und Ausländer-innenfeindlichkeit sind keine isolierten Erscheinungsweisen einer ausgeflippten Generation, sondern ein Problem der Mitte unserer Gesellschaft. Auch wenn Jugendverbände keine Inseln der Gerechtigkeit im Meer der Unterdrückung sind, ist ihr Beitrag zur Prävention und Integration junger Menschen in unsere Gesellschaft von großem und nicht zu ersetzendem Wert.

Nicht allein die rechtsorientierten Jugendlichen, sondern die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen sie leben, sind das Problem

Die Situation der Jugendlichen in unserem Land ist gekennzeichnet durch Milieuverlust, Zukunftsunsicherheit, Individualisierung und Orientierungslosigkeit. Galt noch vor einiger Zeit der Jugend das Versprechen, ihr würde die Zukunft gehören, ist eingedenk der Krisenerfahrungen von Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Einkommensverlusten heute davon wenig übriggeblieben. Jugendliche werden mehr und mehr in die Lage gezwungen, sich ihre eigene Zukunft bauen zu müssen. Alte Schranken wie Klassen und Ausbildungen verlieren an Bedeutung; demgegenüber ist das frühere Privileg, im Besitz des Abiturs oder gar eines Hochschulzeugnisses zu sein, heute immer weniger Wert. Ein gewaltiger Verdrängungswettbewerb nach unten hat eingesetzt, der berühmte „Taxifahrer mit Diplom“ ist nur die (sichtbare) Spitze des Eisbergs. Mit diesen Veränderungen einher geht der Verlust der Gewißheiten und ihrer Transporteur-innen. Die traditionellen gesellschaftlichen Institutionen, die Kinder und Jugend-



liche auf ihrem Weg zum Erwachsenwerden begleitet und geleitet haben, verlieren an Einfluß: Die Familie, die Schule, die Kirche. Es mangelt an personalen Bezügen. Rechte Einstellungen oder Praxen sind vor dem Hintergrund solcher Entwicklungen somit (freilich unangemessene) Artikulationsformen von Hilflosigkeit, aber auch von Bedürfnissen.

Rassismus und Rechtsradikalismus als Problem der Mitte unserer Gesellschaft

Das Klima ist rauher, die Ellenbogen sind spitzer geworden. Die sog. „Tübinger Untersuchung“ von Held, Leibrecht und anderen, die im Jahre 1992 Jugendliche und junge Arbeitnehmer-innen befragten und diese nach den Kriterien „Arbeitsplatz“, „berufliche Zukunft“, „Bildung“, „ökonomische Absicherung“ und „soziale Einbindung“ in Benachteiligte und Nicht-Benachteiligte einteilte, förderte bereits zutage, daß die Benachteiligten signifikant weniger ausgeprägte rassistische Haltungen hatten. „Rassismus und Rechtsextremismus haben alle gesellschaftlichen Schichten erfaßt. Sie sind ein Problem der Mitte unserer Gesellschaft.“ Dieser Ausspruch von Niedersachsen (baldigem) Ex-Minister Jürgen Trittin verweist auf den von Held und anderen festgestellten „Wohlschauvinismus“, der einem extremen „Leistungsdenken“ verhaftet ist: „Getreu der Devise 'Du mußt so handeln, daß Du Gewinn machst' grenzen sie diejenigen aus, die Gewinn, Erfolg und Position schmälern könnten. Sie sind nicht bereit, zu teilen mit denen, die es ihrer Auffassung nach nicht verdient haben. Das sind zunächst einmal die Zuwandererinnen, das sind (...) aber auch all diejenigen Inländerinnen, die in der Ellenbogengesellschaft weniger Chancen und Erfolg haben.“ Die Berliner Professorin Birgit Rommelspacher nennt dies die „instrumentalistische Arbeitsorientierung, d.h. die vorrangige Orientierung an Geld, Aufstieg und Status.“

Rechte Meinungen und Verhaltensweisen sind in den wenigsten Fällen fundierte, abgesicherte und damit reflektierte Positionen, insofern „wissen die meisten nicht, was sie tun“. Meinungen und Verhaltensweisen sind vielmehr der Versuch, hilfsweise eigene Antworten auf bedrohende Fragen zu entwickeln.

Das Problem liegt wie schon gesagt nicht so sehr im rechten Rand der Gesellschaft, sondern vielmehr in ihrer Mitte: Positionen, die früher gar nicht oder nur an bestimmten Stammtischen ausgesprochen werden durften, werden heute in Talkshows und Zeitungen vertreten. Es ist alles möglich geworden, ja, mit bestimmten Positionen wird man sogar erst richtig interessant. Verbindet sich hier Meinung mit

Aktion, hat man die Aufmerksamkeit auf seiner Seite. Selbstverständlich gibt es auch den harten Kern der „echten“ Gesinnungstäter und Bauernfänger in den rechtsextremistischen und faschistischen Organisationen, die versuchen, solche Jugendliche für ihre Organisationen zu gewinnen. Tatsächlich stellt diese Gruppe aber wohl eine deutliche Minderheit dar. Interessanter ist daher die „Grauzone“ dazwischen.

Die gesellschaftlichen Bedingungen haben sich verkompliziert: „Die neue Unübersichtlichkeit“ produziert Unsicherheit. Zwar sagen viele, daß man das alles „differenziert betrachten“ müsse, tatsächlich aber sind die vermeintlichen Antworten „einfache Antworten“: Starker Staat, wir sind als Deutsche was besonderes, erstmal wir. Statt Solidarität herrscht Konkurrenzkampf, in dem sich jeder einen individuellen Vorsprung erhofft. Differenziertes Nachdenken ist zu anstrengend und führt nicht schnell zu Lösungen, wie alles anders und besser wird. Das ist wie im Fernsehen: In „SAT 1 News“ bekommen wir in 60 Sekunden die Highlights des Tages. Mehr könnten wir anscheinend nicht verdauen. Das eigentlich perverse aber ist: Jetzt meinen wir, zu wissen, wie es ist. Andere Analogien machen es noch deutlicher: Die Länge der Zeitungsartikel geht zugunsten großlettriger Anzeigen zurück, Fachbücheraufgaben sind rückläufig und und und. Es gilt die Formel: Reizüberflutung = Informationsverarmung. Also: Einem Plädoyer für differenziertes Denken zuzustimmen, heißt, sich Anstrengungen auszusetzen.

Der Thrill oder: Das Bedürfnis nach den geilen Gefühlen: Gewalt als eine abartige Spielart der „Erlebnispädagogik“

Die Medien können hier als Stichwortgeber erhalten: Sie vermitteln ein schneller, höher, weiter: Die Konsumorientierung führt zu immer neuen Bedürfnissen, die die Funktion erfüllen, sich aus dem Alltag zu verabschieden und in die Fantasy-Welt einzutauchen. Einzige Voraussetzung dafür ist die Kaufkraft: Geld alle - Film zu Ende! Es gibt keine Spielothek, in der sich Jugendliche einfach treffen können, mal abhängen, mal austauschen, mal ihre eigene Musik hören. Außerhalb der kaufbaren Vergnügungen werden die Möglichkeiten immer geringer: wer interessiert sich schon noch für den Familienausflug ins Alte Land zur Kirschblüte? Und da es die Familien so auch nicht mehr gibt, fällt der Familienausflug sowieso flach. Es muß was Schärferes her, was Betörenderes: Bungee-Jumping, Freeclimbing, S-Bahn-Surfen. Warum nicht auch: Brandsätze schleudern? Sich mit Bullen kloppen. Gewalt als

Ventil, den öden Alltag durch Action zu versüßen. Da kommt's weniger auf den Inhalt, sondern mehr auf den Fun an. Moral spielt gegen Action keine Rolle.

Die rechten Ideologien stabilisieren ein patriarchalisches und frauenfeindliches Bild von Geschlechterrollen: Starker Mann, dienende und unterstützende Frau

Dies ist ein Sachverhalt, auf den in Diskussionen selten hingewiesen wird. Rechte Jugendcliquen zeichnen sich häufig durch ganz hierarchische Strukturen aus: Es gibt i.d.R. einen Chef, der sagt, wo es langgeht, ihm folgen andere Jungs. Mädchen oder Frauen haben eher dienende Funktionen, sie sollen die Männer unterstützen und reproduzieren. Das ist nicht nur für die Gruppe wichtig, sondern durchzieht die gesamte Lebensplanung der Frau: Ökonomische Eigenständigkeit und also Berufstätigkeit sind unwichtig: Die Rolle der Frau ist die der Mutter. Aber es gibt nicht nur diesen Trend. Wir haben in Niedersachsen das Modellprojekt „Mädchen in der Jugendarbeit“, das auch die Frage „Mädchen und Rassismus“ bearbeitet. Zusätzliche Erkenntnis: Gewalt unter Mädchen nimmt zu, Mädchen als Gewalttäterinnen. Auch wenn's das gibt, bilden natürlich die Jungs und Männer den Schwerpunkt. Wir könnten also andersherum sagen: Am aggressiven und scheinbar grenzenlosen Verhalten der Jungen und jungen Männer können wir das gnadenlose Versagen der Sozialisation insbesondere der männlichen Hälfte der Jugend ablesen; ein Versagen, welches allerdings in unterschiedlicher Weise natürlich alle damit betrauten gesellschaftlichen Institutionen umfaßt: Die Familie, die Schule, die Kirche und natürlich auch den Jugendverband. Solange die Vorbilder der Jungs HeMan und Rambo sind und im realen Leben Matthäus oder Effenberg heißen, ist auch noch nicht allzu viel zu erwarten. Also: Die geschlechtsspezifische Dimension der Arbeit ist von wichtiger Bedeutung.

Wer ist dran: Was ist zu ändern? Staat und Gesellschaft, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Bildungs- und Jugendarbeit: Integration statt Ausgrenzung

Wenn also der Aufriß der Probleme doch etwas weiterschweifend ausfällt, dann wollen wir uns nun der Frage der Problemlösung zuwenden. Zunächst: Eingang wurde bereits ausgeführt, daß nicht die Jugendlichen das Problem sind, sondern ihre Lebensumstände. Man kann auch sagen: Nicht die Probleme, die sie machen, sondern die Probleme, die sie haben! Der allererste Ansatzpunkt einer Gegenstrategie liegt also darin, die zugrundeliegenden Probleme anzupacken.

Diese Probleme sind so grundlegend, daß nicht die Jugendarbeit allein hier gefragt ist. Es geht um einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz, und der fängt ganz woanders an: Wir brauchen bessere Ausbildungsplätze für Jugendliche, wir brauchen bessere Wohnungen, die Schulausbildung ist mittlerweile verkommen zu anonymen Lernfabriken. Wir brauchen eine Neudefinition der Rolle der Bundesrepublik im Inneren wie im Äußeren: Es geht darum, Allmachtsphantasien zu begrenzen: Kein Militär im Ausland, keine Verfassungsänderung des Bundeswehrauftrages, sondern Abschaffung des Wehrdienstes; kein fauler „Asylkompromiß“, sondern doppelte Staatsbürgerschaft. Integration wird in Deutschland zu einem zunehmend wichtigen Faktor: Wir leben in einer Zwei-Drittel-Gesellschaft, die systematisch einem Drittel der Bevölkerung die Lebensbedingungen verengt: Kein Job, keine Wohnung, keine Perspektive. Hier geht es um Integration des ausgegrenzten Drittels, und das wird nicht durch Umverteilen von unten nach oben, sondern genau umgekehrt zu realisieren sein. Das ist sicher auch eine Frage nach Umverteilung zugunsten von Migrant-inn-en, aber eben nicht nur ein Problem einer wie auch immer gearteten Ausländer-innen-, Migrations-, Flüchtlings- oder interkulturellen Politik; das ist zuvorderst eine ganz banale Frage der Innen- und Sozialpolitik des Staates, in dem wir leben.

Dann weiter: Die Spaltung in Ost- und Westdeutschland ist noch lange nicht aufgehoben. Es geht also um Integration der beiden Deutschländer. Und: Statt Aus- und Abgrenzung geht es um die Integration unserer ausländischen Bürger-innen. Deutschland ist ein multikulturelles Land und braucht eine multikulturelle Kultur der Vielfalt. Aufeinander zugehen, voneinander lernen, miteinander teilen. Nicht vergessen möchte ich, wenn wir von Integration sprechen, daß auch die Behinderten vermehrt Angriffen gegenüberstehen. Demokratie und gegenseitige Achtung kann noch immer daran abgelesen werden, wie eine Gesellschaft mit ihren Minderheiten umgeht: Ausländer-innen, Behinderte, Andersdenkende.

Hier genau setzt auch die Frage nach der Rolle der Jugendverbände an.

Zur Rolle der Jugendverbände: Raum zur Entwicklung und Vermittlung von Wertorientierungen und praktischen Lebenshilfen bieten

Jugendverbände können diese Problem nicht alleine lösen, aber sie können einen nicht unwesentlichen Beitrag dazu leisten. Einmal können sie laut diese Forderungen nach einer alternativen Politik äußern.



Dann können sie mehr Mitsprache und Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche fordern. Mit der Unterstützung solcher Forderungen könnten sich freilich zahlreiche Politiker-innen profilieren, indes: Jugendpolitik ist wohl so ziemlich eines der unattraktivsten Politikfelder und sicher keines, in dem sich Politiker-innen noch Lorbeeren verdienen können: Die unter 18jährigen wählen ja nicht, und die 18jährigen und älteren auch nicht mehr! Aber nicht nur das: Jugendverbände können ganz bestimmte Angebote machen, die Jugendliche woanders eben nicht finden und finden können: Erfahrungen von Gruppensolidarität, von Mitmenschlichkeit und Freundschaft, Erfahrungen gemeinsamer Aktivitäten, gemeinsamer Bearbeitung von Interessen und Fragen. Der entscheidende Vorteil von Verbänden liegt darin, daß sie Angebote personaler Kontakte unterbreiten können: Hier sind welche, die sind für uns da, die uns ernstnehmen, die hören uns zu, die machen was mit uns, oder auch, die lassen uns in Ruhe. Hier stören wir nicht, hier dürfen wir sein und unseren Kram machen, selbst wenn's nur abhängen ist. Anstelle der Erfahrung, unbeliebt und ungeduldet zu sein, können sich Jugendliche hier so etwas wie ein zuhause aufbauen. Tatsächlich: Wenn wir uns die heutigen Familienstrukturen ansehen, dann kann von zuhause wohl kaum die Rede sein, bestenfalls von Reproduktionsstätte. Auch die knallharten Macker brauchen jemand, der oder die ihnen zuhört, wo sie ausspannen können, wo sie Antworten auf ihre Fragen überlegen können. Aber es geht nicht allein um Angebote: Wir Jugendverbandsmenschen sind ja keine Neutren. Die Wertorientierungen unseres Verbandes haben wir in aller Regel verinnerlicht. Und wenn wir mal hinschauen, wie das bei uns lief, war das alles ja gar nicht anders. Ein Pfadfinder wird nicht durch das Lesen des Programms oder gar der Satzung zum Pfadfinder und die Gewerkschaftsfrau nicht wegen Marxens Kapital. Entscheidend sind persönliche Kontakte, über die wir zum Verband kommen und über die wir Stück für Stück in kritisch solidarischer Auseinandersetzung uns den Stallgeruch aneignen und dann irgendwann selbst so riechen oder stinken oder duften, das hängt vom Standpunkt ab! Also: persönliche Kontakte sind das wichtigste! Diese können Jugendverbände anbieten, sie können Raum (teilweise im wahrsten Sinne des Wortes) zur Verfügung stellen.

Die Jugendverbände stellen spezifische milieubedingte Beratungs- und Selbstbestimmungsangebote zur Verfügung

Genau hier setzen die Angebote der Jugendverbände an: Sie bieten soziale Heimat, Möglichkeiten zur

Selbstorganisation, Gleichaltrigen-Erziehung, Gemeinschaft und Solidarität. Diese wohl für alle Jugendverbände zutreffende Angebotsbeschreibung geschieht mit der jeweiligen konkreten verbandsspezifischen Milieuausprägung: als konfessionelle, humanitäre, gewerkschaftliche, politische, auf den ländlichen Raum bezogene, naturbezogene, kulturbezogene oder auf das Geschlecht bezogene Verbände. Damit werden viele, längst aber nicht alle sich entwickelnden Jugendkulturen erfaßt, deren Bedeutung nicht zuletzt durch die Untersuchung von Gerhard Schulze u.a. in „Die Erlebnisgesellschaft“ herausgearbeitet wurde. Entgegen der vereinfachenden Annahme, im Zuge der Individualisierung lösten sich gleichsam alle sozialen Milieus auf, stellt Schulze fest, daß Milieus trotz oder neben der Individualisierung weiterhin eine große Bedeutung in der Gesellschaft haben. Individualisierung bedeutet also nicht Auflösung, sondern Veränderung von Formen der Gemeinsamkeit. In den Jugendverbänden finden sich wichtige Bestandteile jugendlicher Kulturen und Milieus wieder. Dazu fordert der Deutsche Bundesjugendring: „Für die Jugendverbände besteht vor dem Hintergrund einer Gesellschaft, in der sich die Milieuzusammenhänge umstrukturieren und in der sich die gesellschaftlichen Erscheinungsformen, vor allem auch im Bereich der Jugendkulturen, vervielfältigen, die Notwendigkeit, als Gemeinschaft von Verbänden eine möglichst breite Konzept- und Wertevielfalt als Angebot an die Kinder und Jugendlichen zur Verfügung zu stellen.“ Die Grundlage dafür bilden die unterschiedlichen Wertorientierungen und Profile der einzelnen Jugendverbände. Diese „müssen sich auf mehr und sehr unterschiedliche jugendkulturelle Milieus einstellen. Die Vervielfältigung dieser Milieus erfordert bei den Jugendverbänden neben der pluralen Breite ihrer Gesamtheit zunehmend auch eine stärkere Binnenpluralität.“

Prävention und Integration

Doch selbst wenn diese Anforderungen skizzieren, daß Jugendverbände wie bereits eingangs angemerkt keine Inseln der Gerechtigkeit im Meer der Unterdrückung sind, sind sie doch aufgrund ihrer Doppelfunktion Prävention und Integration ein wichtiger Faktor zur jugendlichen Sozialisation. Prävention, weil Jugendliche ein solidarisches Miteinander statt Ausprägung der Ellenbogen lernen und Jugendverbände stets wesentliche Beiträge gegen die Ausbreitung einer Ideologie der Ungleichheit geliefert haben, und Integration, weil Jugendliche in Jugendverbänden sich in selbstbestimmten demokratischen Räumen einüben können. Integration in das demokratische Gemeinwesen schließt jedoch ausdrücklich die Fähigkeit zur politischen

Kritik und zum Widerstand gegen empfundene Ungerechtigkeiten ein. Deshalb ist Integration stets verbunden mit geistigen und intellektuellen Anstrengungen, wie sie etwa in den Bildungsangeboten der Jugendverbände zum Ausdruck kommen. Diese Angebote stellen im positivsten Sinne eine „Speerspitze“ gegen die Verdüpfung und Verdummung des Alltagsbewußtseins, an das ja die rechtsextremistische Ideologie in hohem Maße anknüpft, dar.

Probleme der Jugendverbände im Umgang mit rechtsorientierten Jugendlichen

Wenn es stimmt, daß die entscheidende Kategorie zur Prävention die des persönlichen Kontaktes ist, so haben Jugendverbände allerdings einige Defizite im praktischen Umgang mit rechtsorientierten Jugendlichen. Es gilt wohl der Grundsatz: Mit Inhalten allein kommt man nicht gegen Gefühle und Verunsicherungen an: Praktische Ansätze sind gefordert!

Bisher wurden die zugrundeliegenden Probleme beschrieben und eine Anforderungsstruktur skizziert, wie Jugendverbände dem begegnen könnten, was also eigentlich das Ziel und die Anforderungen wären. Welche Gründe können nun ohne Anspruch auf Vollständigkeit ausgemacht werden, warum die Jugendverbandsarbeit dem (noch) nicht so ganz gerecht wird?

Erstens: Jugendverbände sind in ihrer überwiegenden Mehrheit traditionell auf Mittelschichten zugeschnittene Verbände. Der Deutsche Bundesjugendring hat jüngst zurecht darauf hingewiesen, daß die Gesamtheit der Jugendverbände auch das gesamte soziale Spektrum abdeckt, daß es also sehr wohl eine Reihe von Verbänden gibt, die sich klientelmäßig vorrangig aus Kindern und Jugendlichen der unteren Schichten zusammensetzen. Dennoch stimmt wohl die Annahme, daß überwiegend Mittelschichtskinder und -jugendliche Klientel der Jugendverbände sind. Auch wenn die Jugendforschung eindrücklich nachgewiesen hat, daß es keine unbedingte Korrelation zwischen rechter Orientierung und Sozialstrukturzugehörigkeit gibt, herrscht diese Vorstellung häufig vor. Ist ja nicht unser Klientel. Hier verdoppelt sich die Ausgrenzung: Vorhin war die Rede von der Zwei-Drittel-Gesellschaft; es scheint so, als ob das eine Drittel tendenziell auch aus der Jugendverbandsarbeit oder genauer: aus Teilen der Jugendverbandsarbeit ausgegrenzt würde.

Zweitens: Die Angebote der Jugendverbände richten sich fast ausschließlich an deutsche Jugendliche. Zwar gehen auch schon mal ausländische Kinder und Jugendliche mit, aber in der Angebotsstruktur taucht das noch sehr wenig auf. Es ist auch nicht ganz einfach, sich ein muslimisches Mädchen in einer Gruppe der evangelischen Jugend vorzustellen. Aber wenn im Stadtteil beide miteinander wohnen und spielen, sollte das im Verband nicht mehr möglich sein? Hier gibt es ganz sicher gerade auf deutscher Seite Ängste, auf andere zuzugehen. Dies ist ein Problem, welches in der Fachdiskussion mit dem schillernden Begriff der „Interkulturellen Bildung“ belegt wurde; ein Begriff, den alle toll finden, und kaum jemand weiß, was er eigentlich zu sagen hat.

Drittens: Die Jugendverbände sind häufig zufrieden mit der Anzahl der Angebote, die sie machen. Es ist kaum so, daß sie sich fragen, wie wir denn noch an andere herankommen, die bisher noch nicht zur Zielgruppe der Arbeit gehörten, sondern viele Untersuchungen, auch in Niedersachsen, zeigen: Aufgrund der zunehmenden Schwierigkeiten, ehrenamtliche Mitarbeiterinnen für die alltägliche Arbeit zu finden, können viele sinnvolle Angebote nicht erbracht werden. Ich erinnere an dieser Stelle an die Forderungen des Landesjugendringes zur Verbesserung der Bedingungen ehrenamtlichen Engagements, die wir im Rahmen unserer „Kampagne E“ aufgestellt haben. (Vgl. dazu auch den Beitrag in dieser Broschüre)

Viertens: Viele Verbände oder genauer: viele ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sicher berechtigt auch Ängste, sich vorzustellen, wie eine praktische Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen angegangen werden könnte. Hier mengen sich Ahnungslosigkeit, Vorurteil und ganz handfeste Angst vor körperlicher Bedrohung. Das ist ein wichtiger Faktor, über den wir nicht einfach hinweggehen können. Die Angst ist da, und sie muß thematisiert werden.

Fünftens: Sicherlich gibt es - das muß man wohl so zugeben - auch eine gewisse Arroganz nach dem Motto: „Was haben wir mit denen zu tun? Sollen die doch bleiben, wo sie sind. Unser Verband kann kein Ort für solche Leute sein.“ Sind wir ganz ehrlich, so müssen wir wohl eingestehen, daß nicht die wenigsten so denken. Das offen so aussprechen oder einfach nicht über die eigene Verantwortung nachdenken kommt in diesem Fall auf das gleiche heraus.



Sechstens: Es gibt schon auch noch eine weitverbreitete Umgangsweise mit diesem Thema in den Verbänden, die ich einmal „Resolutions-Aktionismus“ nennen möchte: Die Gremien des Verbandes beschäftigen sich damit und verabschieden eine Resolution, in der sie sich verschärft gegen Rechtsradikalismus und Gewalt aussprechen. Diese Resolutionen werden genau formuliert und sind gut begründet. Das ist sicher auch wichtig und richtig. Leider nur erfüllen sie gelegentlich, um nicht meistens sagen zu müssen, den Zweck, den Eindruck zu erwecken, man habe was getan. Fragt man dann nach einer veränderten Verbandspraxis, ist meistens Fehlanzeige.

Siebtens: Verbände engagieren sich auch bei Aktionstagen oder Multikulturellen Wochen, die dann mit viel Aufwand organisiert werden. Für den Bereich der Schulen hat der Bielefelder Rechtsextremismusforscher Wilhelm Heitmeyer das einmal so ausgedrückt: „Wer in der Schule nichts als eine Antifa-Projektwoche hinbekommt, hat das Thema schon verloren.“ Dahinter steht die wohl richtige Erkenntnis, daß die Waffen des Intellekts stumpf geworden sind gegen das Gefühl der Ausgrenzung, Vereinsamung und des Werteverlustes. Insofern können über den Kopf angeschobene Veränderungsprozesse nur bedingt etwas ändern, so sie denn überhaupt ankommen. Dem Kognitiven ist daher zumindest das Emotionale zur Seite zu stellen. Das stellt durchaus keinen Widerspruch zum Vorhin Gesagten in bezug auf intellektuelle Anstrengungen dar: Ohne den Versuch der geistigen Durchdringung kann keine Ideologie der Ungleichheit überwunden werden, aber das Bemühen, allein auf intellektuellem Wege Gefühle „aufknacken“ zu wollen, greift zu kurz. Es geht also um eine grundlegendere Infragestellung der eigenen verbandlichen Alltagspraxis und um das Entwickeln neuer offener Konzepte einer multikulturellen Jugendarbeit. Das wird nicht bruchlos und ohne Konflikte vonstatten gehen, aber eine Alternative dazu sehe ich nicht.

Erste Gehversuche: Diskussionen, Beschlüsse, Presseerklärungen und eine „Talkrunde“

Bereits seit einigen Jahren setzen wir uns als Landesjugendring mit dieser Thematik auseinander. Die Auflistung der Dokumente am Ende dieses Beitrages mag dies belegen. Stellvertretend für die bisherigen Diskussionen und Beschlüsse soll an den inhaltlichen Schwerpunkt im Rahmen der 16. Vollversammlung des Landesjugendringes am 06.03.1993 in Goslar erinnert werden. Im Rahmen

der „Talkrunde“ konnte allerdings niemand einfache Rezepte, mit denen rechtsradikalen Ausschreitungen zu begegnen ist, anbieten. Das war auch nicht zu erwarten. Vielmehr gewährten Expertinnen und Experten aus der Praxis Einblicke in ihre Erfahrungen im Umgang mit rechtsorientierten Jugendlichen, die auch für die Arbeit der Jugendverbände zu diesem Thema von Interesse waren.

„Rechtsradikale Äußerungen und Verhaltensweisen sind eine bestimmte Art, Alltagsprobleme abzureagieren,“ vertrat Gunter A. Pilz von der Universität Hannover und sprach sich deshalb für die Verbesserung der Lebensbedingungen Jugendlicher aus. Auch mit Einzelaktionen sind die Probleme nicht lösbar, wie Horst Oberwahrenbrock vom Göttinger Jugendamt erläuterte. Für die Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen ist das Akzeptieren der Personen wichtig, was nicht mit der Befürwortung gewalttätiger Verhaltensweisen zu verwechseln ist. Ihren vielfachen Erfahrungen von innerer Isolation und Fremdheit sollte mit kontinuierlichen Gesprächsangeboten, die auch Möglichkeiten persönlicher Beziehungen bieten, begegnet werden. Rechtsradikale Verhaltensweisen sind zwar überwiegend ein männliches Problem, aber auch Mädchen spielen dabei, indem sie entsprechende Verhaltensweisen von Jungen unterstützen und stabilisieren, eine Rolle. Direkte Gewaltausübung ist bei ihnen seltener anzutreffen, wie Rotraud Diestelhorst, ihrerzeit Koordinatorin von Projekten mit rechtsorientierten Jugendlichen in Rosdorf, ausführte. Sigmar Gabriel, SPD-Landtagsabgeordneter, sieht in der enormen Ausweitung rechtsradikaler Ausschreitungen und rechtsradikalen Gedankenguts kein Problem der Ränder der Gesellschaft, sondern eines des Zentrums. Dort wird das gesellschaftliche Klima gebildet, das den Nährboden für bestimmte Verhaltensweisen bildet. Für die jetzige Situation trägt die Politik große Verantwortung. Abschließend wurde festgestellt, daß nur durch die Zusammenarbeit von Jugendverbänden und den öffentlichen Trägern der Jugendarbeit sowie mit breiter gesellschaftlicher Unterstützung Jugendliche wieder Sinn- und Werterfahrungen machen können, die rechtsradikalen Orientierungen entgegenstehen.

„Fachtagung des Landesjugendringes zu Gewalt und Rassismus oder Interkulturelle Gesellschaft“

Um in diesem Themenbereich einen Schritt weiterzukommen, hat der Landesjugendring Niedersachsen gemeinsam mit dem Nds. Kultusministerium, dem Nds. Landesjugendamt und den Jugendämtern der Länder Niedersachsen und Bremen vom 01. bis 03. November 1993 im Ev. Jugendhof Sachsenhain

in Verden/Aller eine Fachtagung zum Thema „Gewalt und Rassismus oder Interkulturelle Gesellschaft? Probleme und Reaktionen der Jugendarbeit“ durchgeführt. Vor 100 Teilnehmer-inne-n aus verschiedenen Bereichen der Jugendarbeit forderte der Nds. Kultusminister Prof. Rolf Wernstedt in seinem Einleitungsreferat verstärkte Bemühungen aller Anbieter von Jugendarbeit, sich der interkulturellen Jugendarbeit zuzuwenden. „Das gemeinsame Miteinander von deutschen und ausländischen Jugendlichen muß zu einem ganz wichtigen Anliegen der Jugendarbeit werden“, so der Minister.

In sechs Workshops beschäftigten sich die Teilnehmer-innen mit Integrations- und Kooperationserfahrungen in Jugendverbänden, Ansätzen einer aufsuchenden Jugendarbeit mit rechtsorientierten und gewaltbereiten Jugendlichen, untersuchten geschlechtsspezifische Fragestellungen (Jungen und Gewalt / Mädchen und Rechtsextremismus) und loteten Zusammenarbeitsbedingungen zwischen Jugendarbeit und Schule aus. In der abschließenden Talkshow ermunterte die Nds. Ausländerbeauftragte, Frau Gabriele Erpenbeck, die Anwesenden zu mehr Engagement im Zusammenleben deutscher und ausländischer Jugendlicher: „Häufig handelt es sich bei diesen Jugendlichen auch um 'Inländer', ohne deutschen Paß, also um Jugendliche, die schon in der zweiten oder gar dritten Generation in Deutschland leben.“ Die Abteilungsleiterin im Nds. Frauenministerium, Frau Antonia Wigbers, sagte zusätzliche Mittel in Höhe von 600.000 DM für Projekte der aufsuchenden Jugendarbeit für 1994 zu. „Mit der Tagung“ so der Vorstandssprecher des Landesjugendringes, Manfred Neubauer, „konnte ein breiter Austausch der verschiedenen Anbieter von Jugendarbeit hergestellt werden. Dies allein ist in diesen Zeiten ein wichtiger Erfolg.“

Mit dieser Tagung ging es um den recht umfassenden Versuch, Themen wie Gewalt und Rassismus bei Kindern und Jugendlichen ebenso zu bearbeiten wie die Integration ausländischer Jugendlicher in die Jugendverbandsarbeit zu forcieren. Die Vieldimensionalität des Themas spiegelte sich wider in der Vielzahl der Diskutant-inn-en, die jeweils eher aus einem Bereich kamen: Welche mehr mit ausländischen Jugendlichen zu tun hat, setzte sich stark für eine „interkulturelle Jugendarbeit“ ein, wer mehr mit gewalttätigen Jugendlichen überwiegend jungen Männern zu tun hat, mehr für aufsuchende oder akzeptierende Ansätze einer Jugend(sozial)arbeit. Dennoch hat die Vielfalt des Themas zugleich ihre Schwierigkeit deutlich gemacht: Es gibt nicht den einen Ansatz, den zu verfolgen allein Erfolg verspricht. Auch befinden wir uns offensichtlich nicht in einer Zeit, in der die verschiedensten Ansätze profiliert miteinander konkurrieren könnten. Vielmehr sieht es vielleicht

ernüchternd so aus, daß es viel mehr Absichtserklärungen und Vorhaben als tatsächliche praktische Ansätze und mithin Erfahrungen gäbe. Dies gilt sicher, abgesehen von einigen löblichen Ausnahmen, eher generell für den gesamten Bereich der Jugendarbeit. Hier räumte auch der Nds. Kultusminister Rolf Wernstedt in seinem Eröffnungsreferat ein, daß die Jugendarbeit noch am Anfang der interkulturellen Arbeit stehe. Die Verdener Nachrichten dazu: „Den Schulen hat er ein entsprechendes Programm als fächerübergreifende 'Querschnittsaufgabe' verordnet. In der offenen Jugendarbeit außerhalb der Schulen und Vereine, für die Wernstedt ebenfalls zuständig ist, muß er bisher jedoch passen.“

Selbstverständlich sind die täglichen Berührungspunkte zwischen Kindern und Jugendlichen mit und ohne deutschen Paß in Schulen viel deutlicher, oft auch viel dramatischer. Dies kann jedoch nicht zum Kurzschluß verleiten, es würde ausreichen, alle Bemühungen auf die Schulen zu konzentrieren. So nehmen auch immer mehr Jugendverbände die Herausforderung an, eine interkulturelle Jugendarbeit in den eigenen Reihen nicht nur zu fordern, sondern auch selbst umzusetzen. Die Deutsche Pfadfinderschaft St. Georg (DPSG) berichtete etwa von einem Projekt, gemeinsam mit dem Bund muslimischer Pfadfinder in Deutschland Jugendarbeit anzubieten. Die DPSG-Vertreterin: „Natürlich ist bei uns nicht alles eitel Sonnenschein, aber wer einmal mit einer solchen Arbeit angefangen hat, läßt nie mehr davon los.“ Die Teilnehmer-innen des Workshops waren sich schließlich einig darin, daß eine interkulturelle Jugendarbeit kein kurzfristiger Arbeitsschwerpunkt sein kann, der angefangen und wieder beendet wird, sondern ein Arbeitsansatz sein muß, der die eigene Arbeit oft genug grundlegend in Frage stellt.

In diesem Bereich der interkulturellen Jugendarbeit wird sicher genauso weiterzudiskutieren sein wie in der Frage der Geschlechtsspezifität. In den Workshops zu Jungen bzw. zu Mädchen ebenso wie im abschließenden Roundtable-Gespräch wurde immer wieder völlig zurecht die geschlechtsspezifische Dimension sowohl einer interkulturellen als auch antiaggressionsorientierten Jugendarbeit betont. Auch hier stehen die Jugendverbände erst am Anfang der Diskussion. Schließlich sollte nicht unerwähnt bleiben, daß der notwendige Versuch, zwischen Schule und Jugendarbeit eine Brücke zu schlagen, weitergeführt wurde. Daß beide Bereiche auch in naher Zukunft stärker aufeinander zugehen müssen und dabei die Jugendarbeit durchaus eigene Potentiale in eine stärkere Kooperation mit einbringen könnte, ist sicher nicht das unwichtigste aller Ergebnisse gewesen.



Mitarbeit im Bündnis „Ohne Freunde sind wir allein“ und im Aktionsbündnis „Tu' was gegen Rechtsextremismus“

Der Vollständigkeit halber sollte noch erwähnt werden, daß der Landesjugendring Niedersachsen Gründungsmitglied des Niedersächsischen Bündnisses gegen Ausländerhaß und Fremdenfeindlichkeit „Ohne Freunde sind wir allein“ ist und in diesem Zusammenhang Aufrufe, Aktionen und Tagungen unterstützt und begleitet hat. Darüber hinaus unterstützt der Landesjugendring ganz aktuell den Jugendaktionspreis „Tu was gegen Rassismus“, der vom Juso-Landesverband Niedersachsen gestartet wurde und noch bis zum 31. Juli 1994 läuft.

Konsequenzen

Mindestens zwei Konsequenzen sind aus dem bisher Gesagten zu ziehen: Zum einen ergeht die Aufforderung an die Jugendverbände, sich weiter engagiert entlang der skizzierten Anforderungen für die Entwicklung einer interkulturellen Jugendarbeit in den eigenen Reihen einzusetzen. Dieser Prozeß ist angeschoben, und er ist unumkehrbar. Die Frage kann nicht lauten, ob interkulturelle Arbeit ein Teil des Angebotspektrums wird, sondern wie in allen Angebotsbereichen die interkulturelle Dimension reflektiert und umgesetzt wird. Zum anderen aber ist erneut zu unterstreichen, daß die Funktion der Jugendverbandsarbeit nicht durch kurzfristige „Feuerwehraktionen“ in Gestalt von befristeten Sonderprogrammen unterminiert werden darf. Viel zu häufig hat man den Eindruck, die Politik reagiert lediglich überall hektisch dort, wo gerade etwas passiert ist: Ein Anschlag, ein Brandsatz oder ähnliches sind noch die geeignetsten Mittel, Sondermittel zu akquirieren. Diese hektische Betriebsamkeit der Politik, getrieben von der Annahme, dadurch Handlungsfähigkeit beweisen zu können, sollte der Einsicht weichen, daß eine grundsätzliche Ausstattung der ohnehin laufenden Arbeit die beste Prophylaxe im Kampf gegen den Rechtsextremismus ist. Ein Ausbau der Regelförderung, eine Ausweitung des hauptamtlichen Personals bei den Jugendverbänden und in diesem Sinne eine Verstärkung der Angebotsstrukturen der Jugendarbeit sind allemal wirkungsvoller als ein dreimonatiges Sonderprogramm zum Ruhigstellen.

Forderungen des Landesjugendrings an die neue Landesregierung

- Ausbau der Regelförderung der Jugendverbände in Richtung institutionelle Förderung,
- Ausweitung des hauptamtlichen Personals bei den Jugendverbänden,
- Verstärkung entsprechender Angebotsstrukturen der Jugendarbeit auch über die Jugendverbände hinaus.

Dokumente des Landesjugendrings zu diesem Thema:

- „Jugendverbände gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus“, 15. Vollversammlung des Landesjugendrings Niedersachsen e.V. am 07.03.1992
- „Dem HASS keine Chance - Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland“, gemeinsame Erklärung des Landesjugendrings Niedersachsen und des Kinder- und Jugendrings Sachsen-Anhalt, 26.11.1992
- Resolution des Landesjugendrings Niedersachsen e.V. zur Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland, Beschluß des Hauptausschusses vom 01.12.1992
- „Jugendverbände gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit“, Inhaltlicher Tagesordnungspunkt der 16. Vollversammlung des Landesjugendrings Niedersachsen e.V. am 06.03.1993
- „Gewalt und Rassismus oder Interkulturelle Gesellschaft“, Korrespondenz Nr. 67 vom Dezember 1993
- „Sozial und Jugendpolitik: Statt Um- und Abbau antizyklische Ausweitung!“ Beschluß der 17. Vollversammlung des Landesjugendrings Niedersachsen vom 05.03.1994
- Dokumentation der Fachtagung „Gewalt und Rassismus oder Interkulturelle Gesellschaft“, in Vorbereitung.



Gedenkstätte Bergen-Belsen: Jugendliche arbeiten auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers



Am 15. April 1995 jährt sich zum 50. Mal der Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen. Im Blick auf dieses historische Datum setzt der Landesjugendring Niedersachsen e.V. sein Bemühen fort, die „Steinernen Zeugen“ auf dem Gelände des ehemaligen Lagers zu sichern, zu erhalten und nutzbar zu machen.

Die Ausgangssituation: Parkähnliche Anlage und unbeachtete „Steinerne Zeugen“

Bereits seit Sommer 1991 arbeiten Jugendliche in Begleitung verschiedener Mitgliedsverbände des Landesjugendringes auf dem sog. Außengelände der Gedenkstätte. Bekannterweise befindet sich die heutige Gedenkstätte lediglich auf einem begrenzten Teil des historischen Konzentrationslagergeländes. Der Arbeit vorausgegangen war die Erfahrung, daß die Praxis der Gedenkstättenarbeit in Bergen-Belsen immer wieder - insbesondere mit Jugendlichen - darunter leidet, daß es wenig Anschauliches auf dem Gelände der Gedenkstätte gibt. So war es kaum möglich, Jugendlichen eine Vorstellung von dem zu vermitteln, was in Bergen-Belsen geschah.

„Man kann sich hier gar nichts vorstellen“ ist eine immer wiederkehrende Aussage von Jugendlichen, wenn sie die heutige Gedenkstätte besuchen. Dieses Gelände ist ein großer, als Parkanlage gestalteter Friedhof. Alle Bauten, Einrichtungen und Fundamente sind hier nach dem Krieg abgetragen und vollständig entfernt worden. „Hier ist wirklich Gras



über die Sache gewachsen“ sagen immer wieder Jugendliche, wenn sie im Bereich des ehemaligen KZ's stehen, der heute außerhalb der Gedenkstätte liegt. In diesem Gelände gibt es noch bauliche Reste, um die sich bis heute keine-r gekümmert hat und die weder erforscht noch freigelegt sind. Diese Reste liegen in einem großen Waldgelände neben der heutigen Gedenkstätte. Es sind Teile von Fundamenten, Lagerstraßen, Fußböden von Baracken, Feuerlöschbecken, Zisternen u.ä. Zum Teil sind diese Reste nur mit Gras überwachsen oder mit Laub zugedeckt, zum Teil liegen sie einige Zentimeter unter dem Waldboden.

Initiative des Landesjugendringes: „Spuren suchen - Spuren sichern!“

Diese Erkenntnisse wurden im Rahmen eines Internationalen Workcamps des CVJM Landesverbandes Hannover gewonnen, das bereits im Sommer 1991 erste Aufzeichnungen über gefundene „Steinerne Zeugen“ tätigte. Mittlerweile ist die Arbeit weitergegangen, und der Landesjugendring hat in zahlreichen Beschlüssen immer wieder seine Absicht dokumentiert, die Arbeit unter dem Motto „Spuren suchen - Spuren sichern!“ fortentwickeln zu wollen. Dazu wurde eigens die „Arbeitsgruppe Bergen-Belsen des Landesjugendringes“ ins Leben gerufen, die die ersten Konzeptionen für die pädagogische Arbeit entwickelte und darüber hinaus die wichtigen politischen Kontakte mit den betrauten Stellen aufbaute: Zum Nds. Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten, zum Wissenschaftlichen Beirat für die Gedenkstättenarbeit, zur Gedenkstätte selbst und ihren Mitarbeitern, zur Nds. Landeszentrale für politische Bildung, zur Bezirksregierung Lüneburg und namentlich der dortigen Denkmalspflege bis hin zur AG Bergen-Belsen, der Wehrbereichsverwaltung II, der Standortverwaltung der Bundeswehr und auch der Forstwirtschaft vor Ort.

Denn die Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus ist für Jugendliche heute - eingedenk des wieder erschreckend grassierenden Rechtsextremismus nicht nur in Deutschland - nötiger denn je. Deshalb hat der Landesjugendring im März 1993 ein erstes Konzept vorgelegt, das den gesamten Bereich des ehemaligen Konzentrationslagers, der außerhalb der heutigen Gedenkstätte liegt, für Jugendarbeit und Schule nutzbar machen will. Ziel dieses Konzeptes ist es, die dort noch vorhandenen Spuren zu suchen, ihre Hintergründe zu erforschen, sie zu sichern und für die Besucherinnen und Besucher der Gedenkstätte zugänglich zu machen. Bei der Arbeit an den „Steinernen Zeugen der Geschichte“ können Jugendliche Geschichte wirklich und im wahrsten Sinne des Wortes „begreifen“ lernen.

Erste Umsetzungen des Konzeptes durch Jugendliche

Erste Schritte der Realisierung dieses Konzeptes sind bereits gegangen worden: Im Jahr 1993 wurden während eines Internationalen Jugendworkcamps und durch mehrere Einsätze mit Schüler-innen-gruppen das Wasserbecken im ehemaligen Frauenlager freigelegt, Untersuchungen an der Hauptlagerstraße durchgeführt sowie weite Teile des Geländes außerhalb der heutigen Gedenkstätte kartographiert. Eine Dokumentation dieser Arbeiten wurde angefertigt und in der Gedenkstätte ausgestellt.

Auch in den nächsten Jahren sollen Reste des ehemaligen Lagers gesucht, freigelegt und darüber hinaus auch gepflegt werden. Arbeitsformen können dabei sein: Internationale Workcamps über mehrere Tage, Arbeitseinsätze an Wochenenden, Projekt-tage oder -wochen mit Schulen, Schüler-innen-tagungen z.B. berufsbildender Schulen oder auch Patenschaften für einzelne „Steinerne Zeugen“ durch Schulen oder Jugendverbände.

Schwerpunktvorhaben 1994/95

Als Schwerpunktprojekt für 1994/95 ist vorgesehen, die in unmittelbarer Nähe der Hauptlagerstraße liegenden Fundamente der Blöcke 9 + 10 zu bearbeiten. Dieses Projekt eignet sich gut für die geplanten Maßnahmen mit Jugendlichen, da viele unterschiedliche Arbeiten zu erledigen sind und es gerade für diesen Lagerbereich zahlreiche Dokumente gibt, die die Geschichte des Lagers erschließen. Durch eine Beschilderung sollen zudem die Besucherinnen und Besucher auf die Bedeutung dieses Lagerteils hingewiesen werden. Außerdem soll das Wasserbecken bei der Küche B freigelegt und in entsprechender Weise zugänglich gemacht werden; die Vermessungsarbeiten werden fortgesetzt.

Dazu werden verschiedene Jugendverbände und Einrichtungen im Jahr 1994 mehrere Workcamps mit Jugend- und Schüler-innengruppen in Bergen-Belsen organisieren, um dieses Schwerpunktprojekt umzusetzen.

Internationales Workcamp des Landesjugendringes aus Anlaß des 50. Jahrestages der Befreiung im April 1995

Anläßlich des 50. Jahrestages der Befreiung des Lagers wird der Landesjugendring Niedersachsen im Zeitraum der erwarteten Gedenkveranstaltungen

im April 1995 ein großes Internationales Workcamp in Bergen-Belsen durchführen. Auf diese Weise will sich der Landesjugendring aktiv an dem Gedenken beteiligen und über die Projekte der Jugendarbeit auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers informieren. Der Landesjugendring will durch sein Engagement dazu beitragen, wirksame Zeichen gegen das Vergessen zu setzen und Jugendlichen angesichts der Erfahrungen von Rechtsextremismus, Ausländer-innenhaß und Gewalt eine konkrete Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus zu ermöglichen.

Unterstützung und Anerkennung tut not!

Bisher verlief die Arbeit der Jugendverbände ausschließlich selbstorganisiert. Mit eigenen, auch finanziellen Mitteln wurden z.T. erhebliche Anstrengungen unternommen, die Projekte überhaupt realisieren zu können. Neben den Kosten für Anreise (v.a. bei internationalen Teilnehmenden), Unterbringung und Verpflegung entstehen Aufwendungen für die Arbeiten im Gelände durch Dokumentationsarbeiten, Werkzeuge u.a.m. Hier ist eine Unterstützung der Arbeit der Jugendverbände dringend notwendig. Vorstellbar ist zum einen, aus dem entsprechenden Topf für Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen einen angemessenen Betrag für die Arbeiten im Außengelände zur Verfügung zu stellen. Zum anderen aber könnte und sollte das für Jugendarbeit zuständige Fachministerium im Hinblick auf den Jahrestag der Befreiung für 1995 besondere Fördermittel für Projekte im Bereich Bergen-Belsen zur Verfügung stellen und damit die Bedeutung dieser Arbeit für die Jugendarbeit im Land Niedersachsen unterstreichen.

Der Landesjugendring und namentlich die damit beauftragte Arbeitsgruppe erarbeitet zur Zeit ein umfangreiches Konzept zur Arbeit im Gelände und beabsichtigt, dies mit den entsprechenden Stellen konstruktiv zu beraten und zu beschließen. Von der neuen Landesregierung ist daher eine Anerkennung und Unterstützung dieser gemeinsamen Anliegen zu erwarten. Dies drückt sich in entsprechender frühzeitiger Beteiligung durch die Nds. Staatskanzlei und das beteiligte Nds. Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten bei der Planung zu den Gedenkveranstaltungen zum 50. Jahrestag aus, aber auch in der entsprechenden Zuweisung der Mittel für die genannten Projekte.

Forderungen des Landesjugendringes an die neue Landesregierung

- Beteiligung bei der Planung zu den Gedenkveranstaltungen zum 50. Jahrestag,
- Mittelzuweisungen für die Arbeiten im Außengelände durch den „Gedenkstättenopf“,
- besondere Fördermittel des zuständigen Fachministeriums in Höhe von 50.000 DM für die Aktivitäten der Jugendverbände aus Anlaß des 50. Jahrestages der Befreiung 1995.

Dokumente des Landesjugendringes zu diesem Thema:

- „Die ‘steinernen Zeugen’ im Außengelände der Gedenkstätte Bergen-Belsen sichern, erhalten und für die Jugendarbeit nutzbar machen“, Beschluß des Hauptausschusses des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. vom 16.06.1992
- „Jugendverbände aktiv gegen Rechtsextremismus: Mit Jugendlichen die ‘Steinernen Zeugen’ auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen sichern, erhalten und nutzbar machen“, Beschluß der 16. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. vom 06.03.1993
- „Konzept für den Bereich des ehemaligen KZ’s Bergen-Belsen, der außerhalb der heutigen Gedenkstätte liegt“, März 1993
- „Spuren suchen - Spuren sichern - Die ‘steinernen Zeugen’ vom KZ Bergen-Belsen“, Handzettel I, April 1993
- „‘Spuren suchen - Spuren sichern’: Die Jugendverbände setzen ihre Arbeit mit Jugendlichen auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen fort“, Beschluß der 17. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. vom 05.03.1994
- „Spuren suchen - Spuren sichern - Die ‘steinernen Zeugen’ vom KZ Bergen-Belsen“, Handzettel II, April 1994
- Pressemappe zu den Aktivitäten in Bergen-Belsen, fortlaufend





Ergebnisse der Jugendhilfestatistik 1992 Eine beeindruckende Leistungs- bilanz der Jugendarbeit



Das Niedersächsische Landesamt für Statistik hat im März 1994 die Ergebnisse der Jugendhilfestatistik für das Jahr 1992 vorgelegt. Im Rahmen der bundesweit durchgeführten Erhebung von Aktivitäten der Jugendarbeit, die in den §§ 98 bis 103 des KJHG neu geregelt worden ist, hat das Nds. Landesamt für Statistik die von den Trägern der öffentlichen und der freien Jugendhilfe im Jahr 1992 durchgeführten und mit öffentlichen Mitteln geförderten Maßnahmen erhoben.

**Die Ergebnisse fassen wir
nachfolgend zusammen.**

Im Blick auf die Zahlen weisen wir ergänzend darauf hin, daß über die nachfolgend genannten öffentlich geförderten Maßnahmen hinaus (nicht zuletzt aufgrund der kommunalen Förderungsentwicklung) eine nicht unerhebliche Zahl weiterer Maßnahmen freier Träger stattgefunden haben, die nicht öffentlich gefördert wurden und von daher hier nicht erfaßt sind.

Bildungsmaßnahmen

Die Träger der Jugendarbeit führten 1992 5.648 Bildungsmaßnahmen durch.

An diesen Bildungsmaßnahmen waren 120.148 Teilnehmer-inne-n an 553.433 Teilnahmetagen beteiligt.

Während die Zahl der Bildungsmaßnahmen im Vergleich zu 1986 um rund 10% angestiegen ist, hat sich die Zahl der Teilnahmetage verdoppelt.

Einschätzung

- Die Maßnahmezahl hat sich weiter erhöht.
- Die Dauer der Maßnahmen hat sich im Schnitt verdoppelt; dies ist wohl insbesondere der zeitlich ausgedehnten Aus- und Fortbildung von Jugendgruppenleiter-inne-n zuzuschreiben.
- Die Arbeitsbelastung der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat sich aufgrund dieser Entwicklung deutlich verschärft.
- Mehr als 12% der nds. Kinder und Jugendlichen in der Altersgruppe von 14 - 27 Jahren haben an einer Bildungsmaßnahme der Jugendarbeit teilgenommen.
- Der Anteil der freien Träger ggü. den öffentlichen Trägern liegt gleichbleibend bei 89,9% zu 10,1% der Bildungsmaßnahmen. Leider entspricht dies nicht den Anteilen bei den öffentlichen Förderungsmitteln.
- 45,4% aller Bildungsmaßnahmen der freien Träger (1.585 von 3.494) sind Maßnahmen der Mitarbeiter-innen-fortbildung.

5.648
Bildungsmaßnahmen
mit 120.148
Teilnehmer-inne-n

Freizeit- und Erholungsmaßnahmen

Die Träger der Jugendarbeit führten 1992 10.873 öffentlich geförderte Freizeit- und Erholungsmaßnahmen mit 2.298.037 Teilnahmetagen durch.

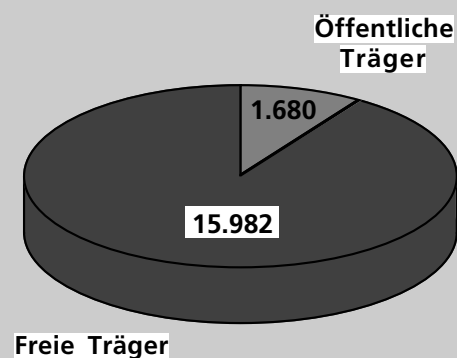
An diesen Maßnahmen haben 280.034 Kinder und Jugendliche durchschnittlich jeweils 7 Tage teilgenommen.

Einschätzung

- Die Zahl der Maßnahmen hat sich im Vergleich zu 1986 um 20% von 9.041 auf 10.873 erhöht.
- Die Teilnahmetage konnten um 34,8% von 1.704.088 auf 2.298.037 ausgeweitet werden.
- Der Anteil der freien Träger liegt relativ gleichbleibend bei 92% aller Freizeit- und Erholungsmaßnahmen.

10.873
Freizeit- und
Erholungsmaßnahmen
mit 280.034
Kindern und Jugendlichen

Anzahl der Maßnahmen (Bildung, Freizeit- und Erholung und IB)





Internationale Jugendbegegnungen

Aus öffentlichen Förderungsmitteln wurden 1992 in Niedersachsen unterstützt::

**1.141
Internationale Jugendbegegnungen mit 344.392 Teilnahmetagen.**

Einschätzung

- Die Zahl der Internationalen Jugendbegegnungsmaßnahmen ist um 5% von 1.202 auf 1.141 zurückgegangen; die Zahl der der Teilnahmetage von 362.386 auf 344.392 um 5%. Seit 1981 läßt sich damit ein Rückgang von rund 19% konstatieren. Grund dafür sind insbesondere die Mittelkürzungen auf allen Ebenen. Die beabsichtigten massiven Kürzungen im Bereich des Bundesjugendplanes werden diese Tendenz weiter verschärfen und mit dazu beitragen, daß die internationale Jugendarbeit noch weiter ins Abseits gerät.
- Bereits 1986 haben wir festgestellt, daß die Praxis der Mittelvergabe die Jugendverbände deutlich benachteiligt. So liegt der Anteil des öffentlichen Trägers mit 21,3% bei den Internat. Jugendbegegnungen weit über seinem Anteil an den Gesamtaktivitäten der Jugendarbeit (9,5%).

Die Zahl der Internationalen Jugendbegegnungsmaßnahmen ist in 10 Jahren um 19% zurückgegangen

ALLGEMEINES

■ Geschlecht

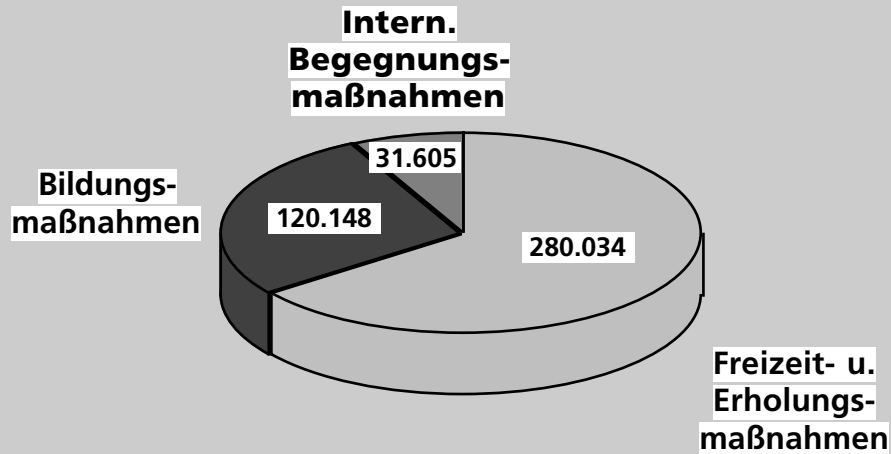
- Von allen Maßnahmen der freien Träger wurden 4,9% (öffentl. Träger: 6%) ausschließlich mit Mädchen bzw. Frauen und 10,2% (6,7%) ausschließlich mit Jungen bzw. Männern durchgeführt. 84,9% (87,3%) der Maßnahmen waren sowohl für weibliche als auch für männl. Teilnehmerinnen offen.
- An den Maßnahmen der freien Träger haben 56,2% männl. Kinder und Jugendliche und 43,8% weibliche Kinder und Jugendliche teilgenommen. Für die Maßnahmen der öffentlichen Träger lag dieses Verhältnis bei 51,1% (m) und 48,9% (w).

■ Ehrenamtliches Engagement

- Eine Vielzahl der vorgenannten Maßnahmen der Jugendarbeit wird von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Jugendverbände durchgeführt; hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben hier meist die Funktion und Aufgabe, die Ehrenamtlichen bei ihrer Arbeit zu begleiten und zu unterstützen.

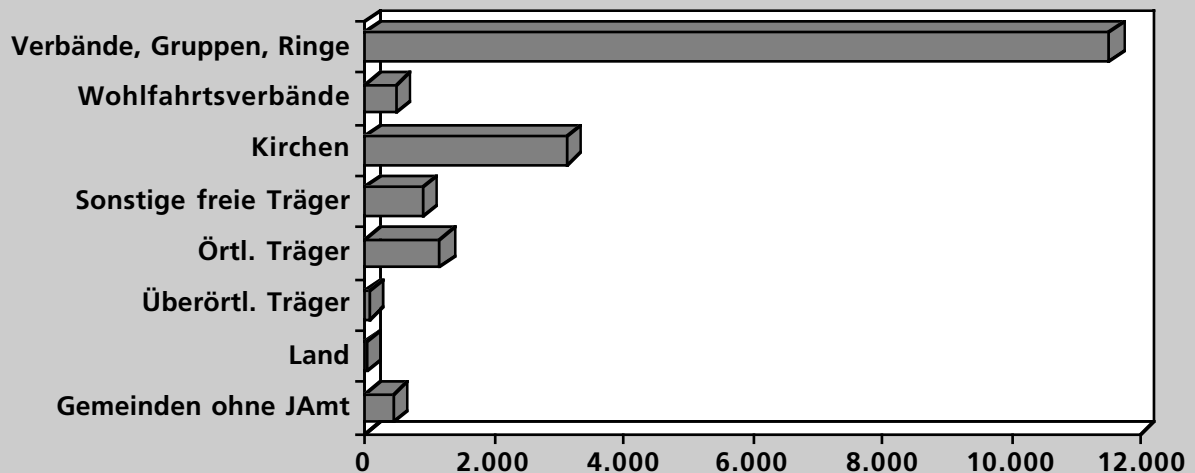
**Über 85%
der Maßnahmen
finden mit
gemischten Gruppen statt**

Teilnehmer-innen an Maßnahmen der Jugendarbeit



Maßnahmen der Jugendarbeit im Einzelnen

Träger der Maßnahmen



■ Anteile der freien Träger / öffentlichen Träger

MASSNAHMEN	Freie Träger	Öffentl. Träger
Bildungsmaßnahmen	89,9%	10,1%
Freizeit- und Erholungsmaßnahmen	92,0%	8,0%
Intern. Jugendbegegnungen	78,7%	21,3%



Veröffentlichungen des Landesjugendringes Niedersachsen e.V.

Der Landesjugendring Nds. stellt mit einer umfangreichen Palette von Veröffentlichungen regelmäßig aktuelle Materialien für alle Bereiche der Jugendarbeit zur Verfügung. Im folgenden ist eine Liste der z.Z. bzw. in Kürze erhältlichen Broschüren zusammengestellt.

In der Reihe „Materialien für Jugendarbeit und Jugendpolitik“ sind Dokumentationen und jeweils ergänzende Texte von Fachtagungen des Landesjugendringes erschienen. Erhältlich sind:



Denkanstöße Mensch und Umwelt - Zukunft der Umwelt als Aufgabe der Gegenwart.
88 Seiten, DIN A 4, 3 DM



„Kampagne E“ - Ehrenamtliche in der Jugendarbeit,
88 Seiten, DIN A 4, 4 DM

In der Reihe „Materialien für die Mädchenarbeit“ sind Dokumentationen von Fachtagungen, die vom Niedersächsischen Modellprojekt „Mädchen in der Jugendarbeit“ veranstaltet wurden, erschienen. Erhältlich sind:



Jugendkulturarbeit - Ich male es an jede Wand, Kultur bringt Power in das Land!
76 Seiten, DIN A 4, 4 DM



Wen-Do, „Mädchenarbeit: Strategien und Handlungskonzepte gegen Aggression und Gewalt - Selbstverteidigung und Selbstbehauptung für Mädchen in Jugendarbeit und Schule“.
60 Seiten, DIN A 4, 4 DM



Jugendhilfeplanung im Bereich Jugendarbeit - Ja, mach nur einen Plan.
80 Seiten, DIN A 4, 4 DM



Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) - mädchenspezifisch betrachtet.
72 Seiten, DIN A 4, 4 DM



In der Reihe „Handreichungen“ sind Ausführungen und Praxishilfen zu aktuellen jugendpolitischen Themen zusammengestellt. Erhältlich sind:



Handreichungen für die Umsetzung von KJHG und AGKJHG in den Landkreisen und Gemeinden in Niedersachsen. 48 Seit., DIN A 5, 1,50 DM



Handreichungen 2 mit dem neuen Nds. AGKJHG vom 31.1.1994. Rechtliche Rahmenbedingungen / Stellung der freien Träger / Jugendhilfeausschüsse. 48 Seiten, DIN A 5, 2 DM



Handreichungen 3, Jugendhilfeplanung - Orientierungen für die Jugendverbände. Erscheint im Juni mit ca. 48 Seiten, DIN A 5, 2 DM

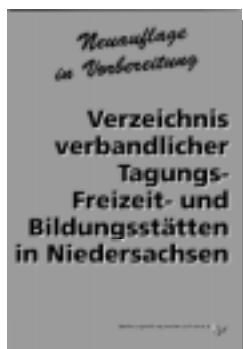
Nachschlagewerke und Arbeitshilfen des Landesjugendringes werden regelmäßig aktualisiert bzw. neu erstellt und haben vereinzelt schon den Stellenwert eines 'Standardwerkes' erreicht, wie z.B. die Broschüre „Was man nicht nur vor Fahrt- und Lagerbeginn wissen sollte ...“, deren mittlerweile 25. Auflage 190.000 Exemplare erreicht.



Was man nicht nur vor Fahrt- und Lagerbeginn wissen sollte ..., Rechtliche Hinweise für Jugendgruppenleiterinnen und solche, die es werden wollen. 24 Seiten, DIN A 5, -,80 DM



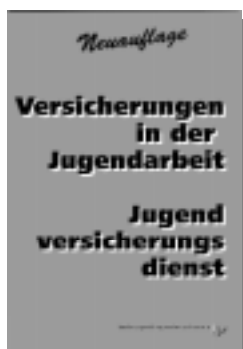
Zeltplatzverzeichnis - Zeltplätze in Niedersachsen. Beschreibung von 57 Zeltplätzen in ganz Niedersachsen, DIN A 5, 1 DM



Verzeichnis verbandlicher Tagungs-, Freizeit- und Bildungsstätten in Niedersachsen. Aktualisierte Neuauflage in Vorbereitung



Künstlerverzeichnis. Umfangreiches Verzeichnis von Künstlerinnen und Künstlern aus den Bereichen Musik, Texte, Tanz, Kabarett, Clownerie & Artistik, Mitmachtheater & Workshops und Werkstatt, (Stand Juli 1991) 210 Seiten, DIN A 5, 5 DM



Versicherungen in der Jugendarbeit. Jugendversicherungsdienst, aktualisierte Neuauflage, 45 Seiten, DIN A 4, 2 DM



Gesetze, Verordnungen, Erlasse, Richtlinien für die Jugendarbeit in Niedersachsen. Neuauflage in Vorbereitung, erscheint voraussichtlich im Sommer 1994



Investitionen in die Zukunft - Förderung der Jugendarbeit in Landkreisen und Kreisfreien Städten. Zusammenstellung der Förderrichtlinien, Stand Mai 1989, 104 Seiten, DIN A 4, 3 DM



Jugendarbeit & Schule. Außerschulische Jugendarbeit und Nachmittagsbetreuung. Betreuungs-, Beratungs-, Bildungs- und Freizeitangebote. Beschluß des LJR-Hauptausschusses vom Oktober 1991. 28 Seiten, DIN A 5, 0,50 DM

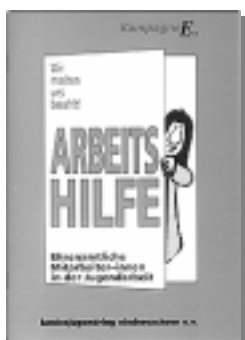


Jugendringe in Niedersachsen - Ausgezählt und beileibe nicht am Boden! Ergebnisse einer Befragung aller nds. Jugendringe im Herbst/Winter 1992. 80 Seiten, DIN A 5, 2 DM

Zeitschriften:



„korrespondenz“, Informations- und Kommunikationsorgan des Landesjugendringes Nds. e.V., informiert über aktuelle Themen aus Jugendarbeit und Jugendpolitik, 17. Jahrgang, erscheint dreimal jährlich auf 20-24 Seiten, DIN A 4, Auflage 7.200 Stück, kostenlos



Wir machen uns bezahlt! Arbeitshilfe zur „Kampagne E“. 64 Seiten, DIN A 5, 1 DM



Donna Lotta, Zeitung zur Mädchenarbeit in Niedersachsen, erstellt durch das Nds. Modellprojekt „Mädchen in der Jugendarbeit“, informiert über Themen, Tendenzen und Termine aus der Mädchenarbeit, erscheint seit 1993 zweimal jährlich auf z.Z. 24 Seiten, DIN A 4, Auflage 3.500 Stück, kostenlos



Wir machen und bezahlt! Grundlagenpapier zur „Kampagne E“, 20 Seiten, DIN A 5, -,50 DM

Weitere Veröffentlichungen:



Jugend aktiv für die Umwelt. Arbeitshilfe zur LJR-Umweltkampagne. 92 Seiten, DIN A 5, 2 DM



Handreichungen zur Jugendarbeit öffentlicher Träger in Niedersachsen: Thesen zur Jugendarbeit öffentlicher Träger in Niedersachsen / Orientierungsrahmen für die Aufgaben der Gemeindejugendpflege / Anregungen zur Jugendförderung im kommunalen Bereich. Herausgegeben vom Nds. Kultusministerium, der AG der Jugendämter der Länder Nds. und Bremen und dem Landesjugendring Nds., 52 Seiten, DIN A 5, kostenlos